

Stadtentwicklung und Planungskultur in Seoul

Ursachen und Auswirkungen der Stadtentwicklung
in der Modernisierungsphase von 1963 - 1996

von Diplom-Ingenieur

Inhee Kim

aus Seoul

Von der Fakultät VII - Architektur Umwelt Gesellschaft

der Technischen Universität Berlin

zur Erlangen des akademischen Grades

Doktor der Ingenieurwissenschaften

- Dr. -Ing.-

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzender: Prof. Rainer Mertes

Gutachter: Prof. Dr. Erich Konter

Gutachter: Prof. Dr. Peter Herrle

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 18. Nov. 2003

Berlin 2003

D 83

Vorwort

Mein herzlicher Dank gilt Herrn Professor Dr. Erich Konter für seine wertvollen Denkanstöße und die kritische Durchsicht meiner Dissertation. Auch Herrn Professor Dr. Herrle möchte ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens besonders danken.

Meinen deutschen und koreanischen Freunden und Kollegen danke ich für die inhaltliche Kritik und Korrektur der Arbeit mit ganzem Herz. Insbesondere gilt mein Dank Bong-Won Seo, Christel Nikolaus, Dagmar Fuchs, Erhart Pfothenhauer, Herbert Rudzinski, Ihl Kwon, Iris Kammerer, Ju-Hyung Oh, Jung-Kyun Oh, Kwon-Wook Park, Markus Walthert, Martina Kneis, Nadja Schwenke, Roland Duntze, Ulf Neupert.

Für Sehyoung und Daien.

Berlin, den 26. Mai 2003

Inhee Kim

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen	5
Verzeichnis der Abbildungen	7
Glossar	9
1 Einleitung	11
1.1 Problem- und Fragestellungen.....	11
1.2 Stand der Forschung.....	14
1.3 Vorgehen und Aufbau der Arbeit	15
1.4 Begriffsklärungen	19
2 Gesellschaftlicher Wandel und räumliche Entwicklung in Südkorea	24
2.1 Entwicklung des Staates	24
2.2 Sozioökonomische Entwicklung.....	27
2.2.1 Vorindustrielle Zeit bis 1963	27
2.2.2 Unvollständiger Fordismus 1963-1987	28
2.2.3 Fertiger Fordismus mit postfordistischen Elementen 1987-1996	35
2.3 Räumliche Entwicklung	38
2.3.1 Extensive Urbanisierung 1960-1985.....	38
2.3.2 Bildung der Großstadtreionen 1986-1996	41
2.4 Fazit.....	47
2.4.1 Merkmale der nachholenden Modernisierung in Südkorea	49
2.4.2 Räumliche Folgen	52

3	Stadtentwicklung und Planungskultur in Seoul	54
3.1	Historische Stadtentwicklung bis 1945	56
3.2	Stadtentwicklung in der Modernisierungsphase 1945-1996.....	60
3.2.1	Räumliche Entwicklung	60
3.2.1.1	Bevölkerungsentwicklung nach Stadtteilen	68
3.2.1.2	Wohnungsversorgung	70
3.2.1.3	Städtebauliche Merkmale der Wohngebiete	73
3.2.2	Sozioökonomische Entwicklung.....	76
3.2.2.1	Sozioökonomische Entwicklung nach Stadtteilen	81
3.2.3	Soziokulturelle Entwicklung.....	88
3.2.4	Stadterneuerung und Erneuerungspolitik	92
3.3	Fazit.....	99
4	Ursachen und Folgen der radikalen Stadtentwicklung.....	104
4.1	Ursachen der radikalen Stadtentwicklung in Seoul	104
4.1.1	Städtebaulicher Aspekt	106
4.1.2	Sozialer Aspekt	107
4.1.3	Ökologischer Aspekt	109
4.2	Folgen der radikalen Stadtentwicklung auf Raum und Gesellschaft	110
4.2.1	Zerstörung der vorhandenen Lebensräume	110
4.2.2	Uniformität der Gesellschaft und des Raumes	112
4.2.3	Verlust der raumbezogenen Identität.....	113
5	Schlussfolgerung	117
5.1	Aktuelle Tendenzen in der Stadtentwicklung und Planungskultur	117
5.2	Perspektiven durch Bestandsentwicklung	120
5.3	Offene Fragen und weiterer Forschungsbedarf	125
	Literaturverzeichnis.....	127
	Deutsch	127
	Koreanisch.....	132

Verzeichnis der Tabellen

1.1: Strategien der Stadterneuerung in Südkorea	22
2.1: Anteilsentwicklung der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren in Korea 1917-1995	28
2.2: Inhalt der Wirtschaftsentwicklungspläne	29
2.3: Wachstumsraten in Südkorea nach Wirtschaftssektoren 1961-1990	29
2.4: Anteil des südkoreanischen Außenhandels am BIP 1962-1986	29
2.5: Leistungsfaktoren für das Wirtschaftswachstum in Südkorea 1963-1976	30
2.6: Südkorea, Auslandsverschuldung	31
2.7: Anteilsentwicklung der Wirtschaftsstruktur nach dem BIP 1953-1996	33
2.8: Konsumverhalten von Lohnarbeitern	36
2.9: Entwicklung der städtischen Bevölkerung 1960-1995	39
2.10: Inhalt der Landesentwicklungspläne	41
2.11: Bevölkerungsentwicklung nach den Regionen 1960-1994	42
2.12: Migrationsmuster in Südkorea 1965-1992	42
2.13: Regionale Disparität nach dem BIP und dem gesamten Entwicklungsstand	45
2.14: Phase des gesellschaftlichen und räumlichen Wandels in Südkorea 1876-1996	47
2.15: Merkmale und Folgen der nachholenden Modernisierung Südkoreas	50
2.16: Geförderte und Benachteiligte der selektiven Förderpolitik	52

3.1: Konzentrationsgrad auf Seoul	55
3.2: Beschäftigtenentwicklung in Seoul nach Wirtschaftssektoren 1911-1941	57
3.3: Großsiedlungen in den 80er Jahren	65
3.4: Siedlungsentwicklung in Seoul	65
3.5: 5 New Town Projects in den 90er Jahren	67
3.6: Räumliche Gliederung von Seoul 1996	68
3.7: Anteilsentwicklung der Flächennutzung in Seoul 1989-1995	71
3.8: Haushalts- und Wohnungsentwicklung in Seoul 1970-1995	71
3.9: Entwicklung der Wohnungsgröße in Seoul 1975-1990	72
3.10: Anteil der Häusertypen nach einzelnen Stadtteilen im Jahr 1990	76
3.11: Beschäftigtenentwicklung in Seoul nach Wirtschaftssektoren 1955-1996	77
3.12: Entwicklungstrends der Wirtschaftszweige 1981-1996	77
3.13: Anzahl der Neubauten nach der Nutzung in Seoul 1921-1990	79
3.14: Entwicklung der Betriebsstätten bzw. Beschäftigten nach Stadtteilen in Seoul, 1981-1996	86
3.15: Entwicklungstrends der Hauptwirtschaftszweige in einzelnen Stadtteilen, 1981-1996	87
3.16: Wandel der soziokulturellen Struktur	88
3.17: Bevölkerungsentwicklung in Seoul 1960-1990	89
3.18: Entwicklung der Altersstruktur in Seoul 1970-1993	90
3.19: Entwicklungsstand des Zentrenumbaus und der Wohnungssanierung in Seoul 1996	94
3.20: Träger des Zentrenumbaus und der Wohnungssanierung in Seoul	94
3.21: Nutzungs- und Flächenänderung nach dem Stadtzentrumumbau	95
4.1: Einzelne Ursache der radikalen Stadtentwicklung in Seoul	105
5.1: Veränderte Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Seoul	122

Verzeichnis der Abbildungen

1.1: Veränderung des Stadtbildes Seouls im 20. Jahrhundert	12
1.2: Untersuchungsablauf	16
2.1: Geographische Lage Südkoreas	24
2.2: Entwicklung der Wachstumsrate des BIP 1960-1999 in Südkorea	34
2.3: Räumliche Gliederung und Bevölkerungsentwicklung 1960-1994 in Südkorea	38
2.4: Gesellschaftliche und räumliche Folgen der nachholenden Modernisierung in Südkorea	53
3.1: Übersichtskarte Seoul	54
3.2: Historischer und vormoderner Stadtplan von Seoul	58
3.3: Traditionelles und vormodernes Stadtbild „Namdaemun-tong“	58
3.4: Bevölkerungsentwicklung in Seoul 1910-1999	61
3.5: Siedlungsentwicklung in Seoul	61
3.6: Apartment-Komplexe in der Landwirtschaftsfläche in Kang-Nam	63
3.7: Konzentration der Großstädte in der Hauptstadtregion	67
3.8: New Town im suburbanen Raum	67
3.9: Räumliche Gliederung von Seoul	68
3.10: Bevölkerungsentwicklung nach einzelnen Stadtgebieten in Seoul 1960-1996	69

3.11: Typus der Wohngebäude	75
3.12: Anteilsentwicklung der Haustypen in Seoul 1975-1998	75
3.13: Anteilsentwicklung der Gebäudezahl nach der Nutzung 1921-1990	79
3.14: Struktur des Grundbesitzes nach dem Stadtzentrenumbau (Ulhiro-2 Ga)	95
3.15: Veränderung städtebaulicher Struktur durch Sanierung (Muak-Dong)	97
3.16: Veränderung städtebaulicher Struktur durch Sanierung (Kumho-Dong)	97
3.17: Wandel von Raum und Gesellschaft in Seoul	99
3.18: Bürogebäude in der Moderne und Postmoderne	101
3.19: Wohnungsbau in der Moderne und Postmoderne	101
4.1: Gegensatz zwischen erneuertem und bestehendem Gebiet in Seoul	111
4.2: Städtebauliche Struktur des innerstädtischen Wohngebiets in Seoul	111
4.3: Dominanz der Apartment-Komplexe in den 90er Jahren	112
4.4: Postmoderne Architektur ersetzt die vormoderne Architektur	115
4.5: Ursache und Folgen der radikalen Stadtentwicklung in Seoul	116

Glossar

Die auf Deutsch übersetzten koreanischen Begriffe werden in der vorliegenden Arbeit „*kursiv*“ geschrieben. Das heißt, alle Begriffe, die *kursiv* erscheinen, sind die Übersetzung der koreanischen Begriffe.

Bodenordnungsmaßnahme (Toji-Guhoik-Jeongri-Saup)

Maßnahmen zur Baulanderschließung durch Umlegung

Bodenordnungsgesetz (Toji-Guhoik-Jeongri-Saup-Bub)

Das Gesetz regelt die Bodenordnung durch Umlegung. Wichtigstes Instrument für die Baulanderschließung bis in die 70er Jahre.

Chaebol

Wirtschaftskonglomerat bzw. große Konzerne von Südkorea

Gabo-Reform

Eine Reform, die das traditionelle Ständesystem im Jahr 1894 durch Aufstand von Bauern (*Dong-Hak*) endgültig aufgelöst hat.

Kang-Nam

Name des neuen Stadtteils, der in den 70er Jahren südlich des *Han-Flusses* im Rahmen der staatlichen Stadterweiterungsmaßnahme errichtet wurde.

Korporative Sanierung (Habdong-Jaegaebal)

Das erfolgreichste Sanierungsinstrument von *Wohngebietssanierung* in den 80er und 90er Jahren. Da die Sanierung durch ein Bündnis von Eigentümergenossenschaft, Bauunternehmer und Stadtverwaltung durchgeführt wird, wird sie als „*korporativ*“ übersetzt.

Nachfolgebau (Jae-Gunchuk)

Nachfolgebau ist die planungsrechtliche Regelung für den Neubau durch Abriss des Altbaubestandes nach dem „*Wohnungsbauförderungsgesetz*“ (*Jutaek-Gunsul-Chokjin-Bub*). Hauptziel des *Nachfolgebaus* ist die Förderung des raschen Wohnungsbaus durch vereinfachtes Verfahren des Neubaus.

Sanierungsgenossenschaft (Jaegabal-Chohab)

Sanierungsträger durch Bildung der Genossenschaft, die von den Grundstücks- und Gebäudebesitzern gegründet wurde.

Stadterneuerung (Urban Renewal)

Siehe Begriffserklärung Kap. 1.4

Stadterneuerungsgesetz (Doshi-Jaegaebal-Bub)

Gesetz zur Erhebung der städtebaulichen Missstände und Verbesserung der städtischen Funktionen. Stadterneuerung umfasst drei Instrumente je nach den Planungsgegenständen: Stadtzentrenumbau, Wohnungssanierung und Gewerbesanierung.

Stadtplanungsgesetz (Doshi-Gaehoik-Bub)

Das Gesetz regelt die Bodennutzungen (Art der Flächennutzung). Das Gesetz weist die Gebiete zum Wohnbauland, Industrieaugebiet und Erneuerungsgebiet aus.

Zentrenumbau (Doshim-Jaegaebal)

Teilstrategie der Stadterneuerung, die sich lediglich auf das Stadtzentrum und die Nebenzentren bezieht. *Zentrenumbau* ist mit einer grundlegenden Änderung der Nutzungs-, Eigentümer- und Bodenordnungsstruktur verbunden.

Verordnung zur Siedlungsplanung (Choson Shigaji Gaehoikryung)

Diese Verordnung regelte die Boden- und Bauordnung. Sie wurde 1934 erlassen und war Vorläufer des Stadtplanungsgesetzes von 1962.

Wohnungssanierung (Jutaek-Gaeryang-Jaegaebal)

Teilstrategie der Stadterneuerung für Wohnungssanierung.

1 Einleitung

1.1 Problem- und Fragestellungen

Die südkoreanische Hauptstadt Seoul durchlebte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen raschen Modernisierungsprozess. Hierzu gehören der Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozess, der rasante Wandel von vormoder-ner zur industriellen Gesellschaft, das schnelle Wirtschaftswachstum, eine damit einhergehende Veränderung der städtebaulichen Struktur sowie eine Stadterweite- rung infolge des expansiven Bevölkerungswachstums. Daraus entstand innerhalb kürzester Zeit ein völlig neues Stadtbild; Seoul besteht seit 600 Jahren, jedoch scheint es, als ob es erst in den letzten Jahren neu gebaut worden wäre. Geht man durch die Straßen von Seoul, ist es sehr schwierig, etwas aus den 600 Jahren der Geschichte der Stadt zu entdecken. Die historischen Stadträume wurden in den letzten Jahrzehnten durch die radikale Stadtumbaupolitik komplett zu einem moder- nen Stadtzentrum umgestaltet (Abb. 1.1a und 1.1b). Selbst vom Stadtbild der 60er Jahre, als der Modernisierungsprozess begann, sind kaum Zeugnisse erhalten (Abb. 1.1c und 1.1d). Die Entwicklung der Stadt verlief bis heute äußerst dynamisch und dadurch ändert sich ihr Gesicht jeden Tag aufs Neue. Es entstanden neue Bürokomplexe in den städtischen Zentren, zahlreiche Apartment-Komplexe überall in den verschiedenen Stadtteilen, neue (Wohn-)Städte in der Umlandregion und neue bzw. erweiterte Hauptverkehrsstraßen zulasten der vorhandenen Bausub- stanz und des Naturraumes.

Der rasante Wandel von der vormodernen zur modernen Stadt innerhalb weniger Jahrzehnte ermöglichte der städtischen Gesellschaft, die seit Jahrhunderten beste- hende materielle Not zu überwinden. Allerdings raubte dieser Umbruch Seoul die historisch entstandenen sozialräumlichen und städtebaulichen Eigenarten. Bemühungen um eine Integration von bestehenden städtebaulichen Strukturen in das neue Stadtbild sind kaum zu erkennen. Es existiert daher nur noch das „Neue“. Zudem ist das Tempo des räumlichen Wandels so überstürzt, dass man die Veränderungen der Stadt kaum mehr nachvollziehen kann (Abb. 1.1).

Abb. 1.1: Veränderung des Stadtbildes Seouls im 20. Jahrhundert



a) Zentrale Geschäftsstraße „Jongro“ 1930 und 2000



b) Geschäftsviertel um das Stadttor „Namdaemun“ 1940 und 2000



c) Innerstädtisches Wohngebiet „Muakjae“ 1985 und 2000



d) „Sangkae-Siedlung“ 1986 und nach der Sanierung 1993

Quelle: a) SDI 2001a, S.66; SMG 2000, S. 71, b) SDI 2001a, S. 135; SMG 2000, S. 96,
c) SDI 2001a, S. 315; SMG 2000, S. 141, d) SDI 2001a, S. 313; SDI 2001a, S. 314

Diese Entwicklung ohne Verbindung zwischen Neuem und Ursprünglichem sowie Fortschritt und Tradition hatte gravierende soziale, städtebauliche und ökologische Folgen. Die Grün- und Landwirtschaftsflächen wurden in Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen umgewandelt. Die frühere städtebauliche Struktur, die zeit- und ortsspezifische Eigenschaften besaß, wurde durch moderne Architektur ersetzt. So gesehen fehlten in der bisherigen Entwicklung die historischen, städtebaulichen und sozioökonomischen Bezüge, die eine wichtige Voraussetzung für die soziale und raumbezogene Identität des Individuums und der Gesellschaft sind. Stattdessen entstand eine neue technokratisch und gewinnorientierte Architektur bei gleichzeitiger Verdrängung des Vorhandenen. Als Folge dieses sich radikal verändernden Stadtbildes stellt sich die Frage nach der Bedeutung der sozialen und städtebaulichen Bestände Seouls in den letzten Jahrzehnten:

- Welche historischen und aktuellen Werte sind in den sozialen und städtebaulichen Beständen der Stadtentwicklung zu erkennen?
- Welchen Einfluss hat die Stadtplanung bzw. Stadtentwicklungspolitik in der Modernisierungsphase auf die Stadtentwicklung ausgeübt?
- Welche Ursachen lagen der raschen Stadtentwicklung zugrunde und wie wirkte sich die nachholende Modernisierungsphase städtebaulich und sozial-räumlich aus?

Anhand dieser Fragestellungen werden die folgenden Arbeitshypothesen zur Stadtentwicklung und Planungskultur in der Modernisierungsphase in Seoul erarbeitet:

- Die vorhandenen sozialen und städtebaulichen Strukturen im Lebensraum Seoul wurden in der Modernisierungsphase als Hindernis bzw. als etwas Wegzuwerfendes betrachtet.
- Die betroffenen schwächeren Bevölkerungsgruppen sowie die bestehende bauliche Substanz wurden im Planungsverfahren völlig ignoriert.
- Die nachholende Modernisierung in Südkorea war die Ursache für die radikale Stadtentwicklung in Seoul. Der rücksichtslose Umgang mit den räumlichen und gesellschaftlichen Beständen führte 1. zur Zerstörung der vorhandenen Lebensräume, 2. zur Uniformität von Gesellschaft und Raum und schließlich 3. zum Verlust der raumbezogenen Identität.

1.2 Stand der Forschung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Notwendigkeit der „Bestandsentwicklung“ durch die kritische Betrachtung bisheriger Stadtentwicklung in Seoul. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt aber nicht in den allgemeinen städtischen Problemen als Folge der raschen Urbanisierung, sondern im Umgang mit den sozialen und städtebaulichen Beständen im Planungsprozess.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der Transformationsprozess von der vormodernen zur modernen Gesellschaft im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung. Unter diesem Aspekt gab es zahlreiche Untersuchungen, besonders seit den 90er Jahren. Kim, D.-H. (1992) hat einen Überblick über die spezifischen Merkmale der räumlichen Entwicklung in der Modernisierungsphase in Südkorea gegeben. Kim, H.-G. (1999) stellte die Umbruchsituation der modernen Gesellschaft im Zuge der Globalisierungsprozesses dar. Cho, M.-R. (1993, 1999) versuchte den gesellschaftlichen Wandel zur postmodernen Gesellschaft anhand des Regulationsansatzes zu erklären. Lim, H.-C. (1998) analysierte den ökonomischen Umbruch in den 90er Jahren in Südkorea. Lee, K.-S. (1998) und Lee, W.-B. (1999) haben den Urbanisierungsprozess Südkoreas als Folge der nachholenden Modernisierung untersucht. Die Ergebnisse dieser Beiträge bieten exzellente Erklärungen über die räumliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Zusammenhang mit dem Modernisierungsprozess. Allerdings bezog sich die räumliche Reichweite dieser Untersuchungen auf die gesamte Landesebene.

Die Untersuchungen zur Stadtentwicklung in Seoul als Folge des raschen Urbanisierungsprozesses sind in der Stadtforschung auch zahlreich behandelt worden. Hierzu zählen die Studien, die sich intensiv mit dem komplexen Stadtentwicklungsprozess (Choi, K.-H. 1997, Choi, S.-D. 1996, Lee, S. 1995, Son, J.-M. 1996) und mit der Veränderung der Produktionsstruktur und ihren räumlichen Folgen beschäftigten (Cho, S.-C. 1994; Kang, H.-S. 1993; Lee, E.-K. 1999; Moon, M.-S. 1993) sowie die räumlichen Merkmale als Folge der postmodernen Konsumtionskultur in den 90er Jahren untersuchten (Jung, G.-Y. 1998; Jung, S.-K. 1998).

Der überwiegende Teil der Arbeit konzentrierte sich auf die einzelnen Sektoren, wie z.B. Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltprobleme etc. Es handelte sich lediglich um die städtische Probleme als Folge des raschen Urbanisierungsprozesses. Es wurden neue Planungskonzepte vorgeschlagen, wie z.B. ökologieorientierter Stadtumbau, nachhaltige Stadtentwicklung, behutsame Stadterneuerung, bürgernahe Stadtplanung. Die gegenwärtige Stadtforschung orientiert sich eher an den konkre-

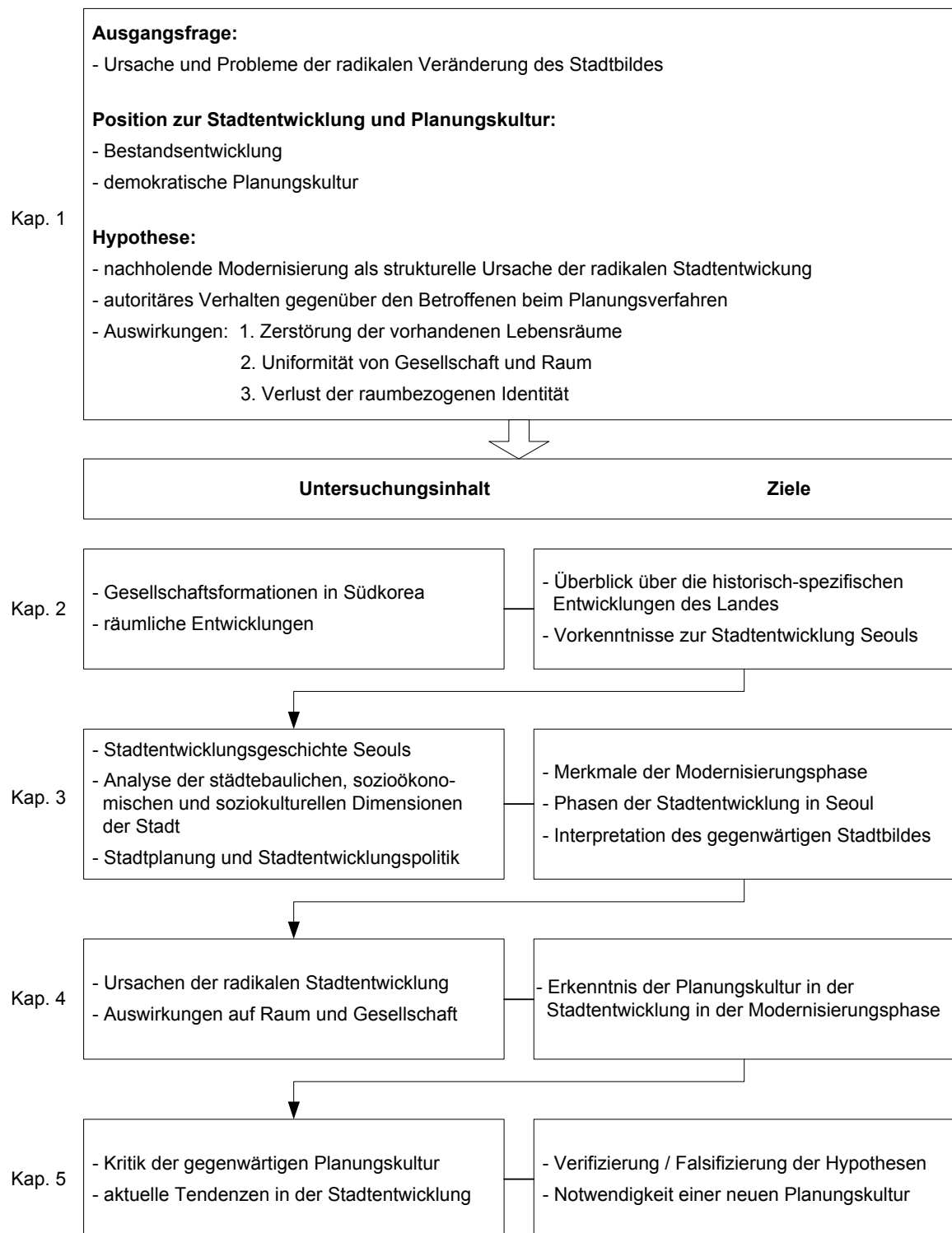
ten Umsetzungsstrategien. Vernachlässigt wurde aber in den meisten Studien die grundlegende Frage, warum diese neuen Planungskonzepte „gerade jetzt“ in Seoul „notwendig“ sind. Damit beschäftigt sich das Kernstück der vorliegenden Arbeit: mit der Notwendigkeit einer neuen Planungskultur „Bestandsentwicklung“ in Seoul für das 21. Jahrhundert.

1.3 Vorgehen und Aufbau der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es, die Notwendigkeit des „Bestandsentwicklungskonzeptes“ mit Hilfe kritischer Betrachtung der historischen Stadtentwicklung in Seoul und der Analyse der zukünftigen Entwicklungstendenzen herauszuarbeiten. Der gesamte Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1963 bis 1996. Die vorliegende Arbeit umfasst den Zeitraum von 1963, als die Militärregierung von Südkorea die wachstumsorientierte Modernisierungspolitik intensiv und offensiv forcierte, bis 1996, als die Gesellschaft mit der schwersten Wirtschaftskrise während der Modernisierungsphase konfrontiert wurde. Die Periode von der Kolonialzeit und Nachkriegszeit zwischen 1910 und 1963 sowie 1996 und der Gegenwart wird zusammenfassend betrachtet. Das untersuchte Gebiet umfasst im Wesentlichen die metropolitane Stadtregion, insbesondere in den innerstädtischen Gebieten Seouls. Um die globalen Entwicklungstendenzen analysieren zu können, wird das gesamte Land einbezogen.

Der Ausgangsfrage nach den Ursachen und Wirkungen der radikalen Veränderung des städtischen Raumes liegt die Arbeitshypothese zugrunde, dass die radikale Stadtentwicklung in Seoul eine Folge der nachholenden Modernisierung Südkoreas seit den 60er Jahren ist. Der Ursachenforschung über die radikale Veränderung der räumlichen Struktur liegt die Annahme zugrunde, dass der Raum ein dialektisches Produkt gesellschaftlicher Interaktion ist. Daher setzt die Analyse der räumlichen Entwicklung das Verständnis der Gesellschaftsformation voraus. Zur Klärung der Gesellschaftsentwicklung wird der Regulationsansatz verwendet, der als Bezugsrahmen für die Analyse der zeitlich und räumlich differenzierten Entwicklungsdynamik der modernen kapitalistischen Gesellschaft zu verstehen ist. Demzufolge können die Phasen des historisch dominierenden Gesellschaftsmodells festgestellt werden. Dadurch wird es möglich, die konkreten Prozesse der Stadt- und Regionalentwicklung im Zusammenhang mit der Gesellschaftsentwicklung zu erklären (Helbrecht 1994, S. 7).

Abb. 1.2: Untersuchungsablauf



Der Schwerpunkt des 2. Kapitels liegt darin, die Phänomene der raumstrukturellen Entwicklungen in Südkorea in ihrem historischen Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Transformationsprozess darzustellen. Auf dieser Grundlage wird die Phase des historisch dominierenden Gesellschaftsmodells herausgearbeitet. Davon ausgehend wird die Modernisierung als Transformationsprozess von der traditionellen/bäuerlichen hin zur kapitalistischen/industriellen Gesellschaft betrachtet. Der Wandel zur industriellen Gesellschaft brachte eine strukturelle Änderung des Raumes mit sich. Demnach wird die räumliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Industrialisierung und politischen Entwicklung (Wirtschafts-, Industrie- oder Raumpolitik) analysiert. Untersucht werden u.a.:

- Entwicklung des Staates
- sozioökonomische Entwicklung im Zusammenhang mit der Industrialisierungspolitik und deren räumliche Folgen
- Schwerpunkte der raumbezogenen Politik in den unterschiedlichen Regierungsperioden.

Ziel des 3. Kapitels ist es, einen Einblick in die gegenwärtige Raumstruktur von Seoul durch Analyse des Modernisierungsprozesses in den einzelnen sektoralen Bereichen, wie z.B. Bevölkerung und Wohnen, soziokulturelle und sozioökonomische Struktur sowie räumliche Planung und Politik, zu gewinnen. Dazu wird die historische Entwicklung von Seoul anhand zweier Phasen der Stadtentwicklung dargestellt: vormoderne Phase mit Übergangszeit zwischen 1876 und 1963 und Modernisierungsphase zwischen 1963 und 1996. Schließlich wird die Stadterneuerungspolitik als Instrument für die Stadtentwicklung hinsichtlich ihres Umgangs mit den sozialen und städtebaulichen Beständen untersucht. Hier wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die Stadterneuerungspolitik bei dem räumlichen Wandel gespielt hat und welche charakteristischen Merkmale sie aufweist.

Die Rolle und der Einfluss der Planung auf die Stadtentwicklung werden anhand von Fallbeispielen näher erläutert. Die ausgewählten Beispiele sind repräsentative Stadtentwicklungsprojekte der jeweiligen Entwicklungsphase seit den 70er Jahren, als die räumliche Umstrukturierung der Stadt durch die Stadtentwicklungspolitik begann. Dazu gehören Stadterweiterungen und Industrieansiedlungen in den 70er Jahren, Großsiedlungen durch Stadterweiterungsmaßnahmen und Umbau des Stadtzentrums in den 80er Jahren, Flächensanierung der städtischen Wohngebiete und Entstehung der neuen Städte am Stadtrand in den 90er Jahren.

Die Untersuchung bezieht sich auf drei Fragestellungen:

1. Frage nach den Entwicklungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten: Welche Probleme bzw. Herausforderungen gab es in der Stadt und welche Konzepte und Maßnahmen für die Stadtentwicklung werden geplant, um die jeweiligen Probleme zu lösen?
2. Frage nach der Planungskultur: Wie wurde die Planung durchgesetzt und welche Probleme, besonders bezogen auf die städtebaulichen und sozialen Bestände, tauchten als Folge der Umsetzung bzw. Durchführung der Planung auf?
3. Frage nach dem Zusammenhang von Planung und Stadtentwicklung: Welchen Einfluss hat die räumliche Planung auf die Stadtentwicklung und welche Rolle spielt sie dabei?

Aufgrund dieser Untersuchungsergebnisse wird das gegenwärtige Stadtbild interpretiert. Anhand dieser Interpretation werden die Ursachen und Bedingungen der radikalen Stadtentwicklung herausgearbeitet, nach denen die Strukturierung bzw. Restrukturierung des Raumgefüges in Seoul vollzogen wurde.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit den Ursachen der raschen und rücksichtslosen Stadtentwicklung unter den städtebaulichen, sozialen und ökologischen Aspekten. Anschließend werden die negativen Auswirkungen mit besonderem Augenmerk auf den Umgang mit den städtebaulichen und sozialen Gegebenheiten beim Planungsprozess dargestellt. Damit werden die Arbeitshypothesen verifiziert bzw. falsifiziert.

Im letzten Kapitel wird die gegenwärtige Planungskultur anhand der aktuellen Stadtumbauprojekte diskutiert. Daraus werden die Notwendigkeit einer neuen Planungskultur und Konturen eines neuen Stadtentwicklungskonzepts abgeleitet: Bestandsentwicklung durch demokratische Planungskultur in der zukünftigen Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der veränderten Rahmenbedingungen.

1.4 Begriffsklärungen

Modernisierung und Globalisierung

Der Begriff Modernisierung steht für die gezielte Veränderung einer Gesellschaft. In der historischen Perspektive ist dieser Begriff durch den Wandel von einer Agrar- zur Industriegesellschaft sowie deren Weiterentwicklung gekennzeichnet. Die Modernisierung ist in engerem Sinne als die gesellschaftliche Transformation von der traditionellen zur modernen industriellen Gesellschaft zu verstehen. BECK hat die Modernisierung nach zwei Phasen definiert: „einfache Modernisierung“ als Prozess der Auflösung traditioneller und Ablösung durch industrielle Gesellschaftsformen und „reflexive Modernisierung“ als Prozess der Auflösung industrieller Gesellschaftsformen und deren Ablösung durch eine andere Moderne (Beck 1996, S. 39).

Die zweite Phase der Moderne („reflexive Modernisierung“ von BECK) ist eng mit dem beschleunigten Globalisierungsprozess als neuem weltweitem Transformationsprozess verbunden. So ist die Globalisierung „eine Entwicklung, die durch Transformation von Raum und Zeit in der Folge globaler Kommunikationsmedien und Massentransportmöglichkeiten entsteht. [...] Globalisierung in diesem Sinne ist ein sehr komplexer, widersprüchlicher Prozeß, der neuartige Konflikte und Formen der Abgrenzung erzeugt: So sind beispielsweise das Aufkommen lokaler Nationalismen und die Akzentuierung lokaler Identitäten durchaus als Folgen der Globalisierung zu begreifen, der sie auf den ersten Blick zu widersprechen scheinen. Das eigene ist zugleich das globale Leben. Das Gehäuse der Klasse und des Nationalstaates ist zu groß und zu klein geworden“ (Beck 1994, S. 45).

„Globalisierung ist weder Zustand noch Ursache, sondern ein Prozess der Transformation des Zusammenhangs zwischen Territorium und der Organisation sozio-ökonomischer Beziehungen“ (Bathelt/Glückler 2002, S. 263). Globalisierung ist „... als Prozeß der Transformation einer Gesellschaftsformation zu fassen, als eine great transformation des späten 20. Jahrhunderts“ (Altvater/Mahnkopf 1999, S. 31). Der Begriff Transformation setzt das Verständnis der Form der Vergesellschaftung voraus, die in einem historischen Prozess in eine neue Form transformiert wird (ebd., S. 30). Nach ALTVATER ist die Globalisierung ein wirtschaftlicher, politischer, kultureller und ökologischer Entgrenzungsprozess - eine Grenzüberschreitung von

nationaler zur transnationalen Ebene - und zugleich ein Prozess, in dem die neue Grenze durch neue Rahmenbedingungen gezogen wird (vgl. ebd.). Damit werden die Verbindungen zwischen verschiedenen Gesellschaften oder Regionen über die ganze Erdoberfläche hinweg vernetzt (Giddens 1997, S. 85).

Zusammenfassend lässt sich „Modernisierung“ in der vorliegenden Arbeit als eine Bezeichnung für die gesellschaftliche Umwandlung von traditioneller zur industriellen Gesellschaft definieren. Demgegenüber ist „Globalisierung“ als Tendenz zur Ablösung der bisherigen industriellen Gesellschaft durch einen neuen Transformationsprozess zu verstehen. So ist die Globalisierung „ein gesellschaftliches Verhältnis, das in ökonomischen, technischen, kulturellen Prozessen am Ende des 20. Jahrhunderts strukturierend wirkt“ (Altvater/Mahnkopf 1999, S. 37).

Institutionen der Modernisierung

Die wesentlichen Institutionen des Modernisierungsprozesses sind Industrialisierung, Durchkapitalisierung der Gesellschaft und die Rolle des Staates (Giddens 1997, S. 75 ff.). Während die Industrialisierung und die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise wichtigste Triebkräfte zur Transformation der Gesellschaft waren, übernahm der Staat die Rolle der Sicherung und Kontrolle des gezielten Modernisierungsprozesses.

- Die Industrialisierung führte die traditionelle zur industriellen Gesellschaft. Demzufolge wurde die gesellschaftliche Struktur nach dem Prinzip der Arbeitsteilung neu organisiert, woraus eine neue, differenzierte Beschäftigungsstruktur von industriellen und tertiären Sektoren entstand, was wiederum eine Änderung und Anpassung der räumlichen Struktur bedingte. Räumliche Aufteilung nach Zweck und Funktion einerseits und Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb der Stadt und im ganzen Land andererseits waren die Folge dieses Industrialisierungsprozesses. Die Industrialisierung führte zur Umgestaltung der Natur zugunsten der menschlichen Bedürfnisse. Demnach leben die Menschen „in einer gestalteten Umwelt, in einer Umwelt des Handels, die zwar freilich eine physische, aber nicht mehr bloß natürliche ist. Nicht nur die bebaute Umwelt der städtischen Bereiche, sondern auch die meisten übrigen Landschaften werden der Koordination und Kontrolle durch den Menschen unterworfen“ (ebd., S. 81).
- Der Kapitalismus ist „ein System der Warenproduktion“ (ebd., S. 75); seine Hauptmerkmale sind Privateigentum an den Produktionsmitteln und Lohnarbeit. Im Mittelpunkt dieses Systems steht die Beziehung zwischen dem privaten

Kapitalbesitz und der Lohnarbeit. Dieses Verhältnis bildet das grundlegende Klassensystem der Gesellschaft (ebd., S. 75). Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft hat die traditionellen Reproduktionsformen aufgelöst. Die kapitalistische Warenproduktion und die industrielle Lohnarbeit ersetzen die subsistenzwirtschaftlichen Produktions- und Reproduktionsformen (Hirsch/Roth 1986, S. 51). Die Folgen der Durchkapitalisierung der Gesellschaft sind ein neues Lohn- und Klassenverhältnis, ein neues Verhältnis zwischen kapitalistischen und nicht kapitalistischen Sektoren, neue Unternehmensstrategien etc.

- Der Nationalstaat ist die wichtigste Institution in der Gesellschaft der Moderne. Der Staat ist die politische Institution und er garantiert die Sicherung und Weiterentwicklung der Gesellschaft, der ganzen Nation bzw. der territorialen Gebiete. Die politischen Maßnahmen des Nationalstaates umfassen die Gesamtheit aller Handlungsweisen und Regelungen, die für den Zusammenhalt und die Reproduktion der Gesellschaft als komplexes soziales Verhältnis in der jeweiligen räumlichen Ebene notwendig sind (Hirsch 1990, zitiert in Konter 1997, S. 218). Die politische Regulierung ist erforderlich nicht nur für die Sicherung und Ausübung von Herrschaft, sondern auch für die Sicherung und Weiterentwicklung der Gesellschaft. Der Staat entsteht „aus der Gesellschaft, aber er reflektiert in seinen Operationen auch die Gesellschaft, über die er Autorität und Herrschaft ausübt. Er ist Teil der Gesellschaft und doch von ihr geschieden“ (Hall 1989, zitiert in Konter 1997, S. 226). „Die zentrale Aufgabe des Staates ist die Absicherung der Permanenz und Kontinuität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses“ (ebd., S. 226)

Stadtentwicklung

„Stadtentwicklung umfaßt die Gesamtheit aller gestalteten und zufälligen materiellen und immateriellen Vorgänge, die eine Stadt bzw. die Städte insgesamt verändern“ (Haus/Schmidt-Eichstaedt/Schärfer 1986, S. 270).

Der Veränderungsprozess der Stadt ist gekennzeichnet durch doppelte Bewegungen, nämlich Sich-Entwickeln und Entwickelt-Werden (Keim 1989, S. 6 f.). Das heißt, die Stadt entwickelt sich selbst in eine bestimmte Richtung durch sehr komplexe, ineinander verflochtene Zusammenhänge einerseits, und andererseits wird auf die Gestaltung der Stadt durch gezielte Aktivitäten, wie z.B. Steuerungs- und Planungstätigkeiten, Einfluss genommen. Daher ist es möglich, die zukünftige Entwicklung der Stadt durch diese zielgerichtete Aktivität in eine gewünschte Rich-

tung zu lenken. Zu den wichtigsten Instrumenten der Aktivität zählt die räumliche Planung, wie z.B. die Stadtplanung, Stadtentwicklungsplanung etc. Die Art und Weise, wie die Ziele gesetzt und Inhalte der Stadtentwicklung bestimmt werden und wie die Planung durchgeführt wird, wird durch die vorhandenen gesellschaftliche Rahmenbedingungen bestimmt. Dazu zählen z.B. der politische Wille, die ökonomische Lage, technische Entwicklungen, städtebauliche bzw. architektonische Herausforderungen, demographische Veränderungen etc. Diese Einflussfaktoren sind je nach den historisch-spezifischen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Ländern und Städten unterschiedlich, und entsprechend unterschiedlich stellen sich Ziele und Inhalte für die zukünftige Stadtentwicklung dar.

Stadterneuerung (Urban Renewal)

Tab. 1.1: Strategien der Stadterneuerung in Südkorea

	Stadterneuerung (Urban Renewal)		
	<i>Zentrenumbau</i>	<i>Wohnungssanierung</i>	<i>Wohnumfeldverbesserung</i>
<i>Raumbezug</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Zentrum • Nebenzentren 	<ul style="list-style-type: none"> • illegale und heruntergekommene Wohngebiete • normale Wohngebiete, die bis in die 70er Jahre errichtet worden waren 	<ul style="list-style-type: none"> • heruntergekommene Wohngebiete
<i>Art der Durchführung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Flächensanierung • Nutzungs- und Funktionsänderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kahlschlagsanierung • Austausch der Eigentümerstruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • behutsame Erneuerung • Abriss und Neubau
<i>Hauptträger</i>	<ul style="list-style-type: none"> • privates (Groß-)Kapital 	<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Hand

Die Stadterneuerung in der vorliegenden Arbeit versteht sich als Oberbegriff für eine politische Strategie zur Wiederbelebung der städtischen Funktionen und zur Effektivitätssteigerung der Flächennutzung durch öffentlichen Eingriff in die bebauten Stadtgebiete. Die koreanische *Stadterneuerung (Urban Renewal)* wird weitgehend mit der Flächensanierung der illegalen Siedlungen, der in den 60er und 70er Jahren errichteten Einfamilienhäuser bzw. Apartment-Siedlungen sowie der Stadtzentren, gleichgesetzt. Das heißt, die koreanischen städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen sind mit erheblichen sozialen und städtebaulichen Eingriffen verbunden. Demgegenüber steht die behutsame Stadterneuerung bisher nicht im Vordergrund öffentlicher Sanierungsstrategien in Korea.

Die *Stadterneuerung* in Südkorea arbeitet mit drei verschiedenen Strategien, nämlich der „*Zentrenumbau*“ (*Doshim-Jaegaebal*), die „*Wohnungssanierung*“ (*Jutaek-Gaeryang-Jaegaebal*) und die „*Wohnumfeldverbesserung*“ (*Jugeo-Hawngyung-Gaesun-Saup*) (Tab. 1.1). Dementsprechend enthielt das *Stadterneuerungsgesetz* die getrennte Regelung des Umbaus der Zentren zum einen und der Sanierung der Wohnbauten zum anderen.

Das Erneuerungsgebiet wird festgelegt, wenn die Zentren und Wohngebiete bauliche und städtebauliche Missstände und Mängel aufweisen. Ein einzelner Eigentümer oder eine Genossenschaft kann zum Erneuerungsträger bestellt werden. Ausnahmsweise können die Gemeinden oder andere öffentliche Körperschaften (Korea Housing Corporation oder Korea Land Corporation) sowie Dritte als Erneuerungsträger beauftragt werden.

Planung

Der Mensch versucht - bewusst oder unbewusst - die Zukunft im Sinne seiner Interessen, Bedürfnisse, Vorstellungen und Ideen zu gestalten. Zu diesem Zweck stellt er Überlegungen an und trifft Vorbereitungen für sein zukünftiges Handeln, um die Richtung der gewünschten „Zukunft“ zu bestimmen. Diese gedankliche und zielgerichtete Vorwegnahme von möglicher bzw. notwendiger Zukunft kann im allgemeinen Sinne als Planung bezeichnet werden. Die Planung ist zugleich ein Entscheidungsprozess der Ziel- und Handlungsalternativen über die mögliche und notwendige Zukunft auf der Grundlage von Analyse, Diagnose und Prognose der Situation und Entwicklung (Konter 1997, S. 41; Luhmann 1971, S. 67). Damit kann die Planung "Herrschaft über Dinge, Raum und Zeit, über die Richtung von Bewegungen bzw. Entwicklungen, d.h. Herrschaft über die Zukunft" erringen (Konter 1997, S. 43).

Die Planung muss einerseits Wissen über die komplexen Gegenstandssituationen und möglichen Entwicklungen besitzen und andererseits die Verfügungsgewalt darüber haben. Da die absolute Erkenntnis über den Gegenstandsbereich nicht gegeben ist, wird die Komplexität der Welt unter bestimmten Aspekten, die sich nach den raumzeitlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich darstellen, reduziert. Darüber hinaus ist die Verfügungsgewalt der Planung in der Praxis durch unvorhersehbare und unerwartete Ereignisse wesentlich eingeschränkt. Diese Reduktion des Wissens über die Gegenstandsbereiche und die eingeschränkte Verfügungsgewalt stellen die wesentlichen Grenzen der Planung dar. Damit löst die Planung selbst neue, ungeplante Entwicklungsprozesse aus (ebd., S. 44).

2 Gesellschaftlicher Wandel und räumliche Entwicklung in Südkorea

Südkorea liegt in Südostasien zwischen Japan und China (Abb. 2.1). Die Staatsform ist seit 1945 die Präsidialrepublik. Die Hauptstadt des Landes ist Seoul. Das Land ist seit 1948 in die Republik Korea im Süden und die Demokratische Volksrepublik Korea im Norden geteilt. Südkorea ist 98.730 km² groß und hat 45,8 Mio. Einwohner (1998). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 13.478 US-\$ (1998). Das Land besteht aus 9 Provinzen und 7 Städten mit Provinzstatus.

Abb. 2.1: Geographische Lage Südkoreas



2.1 Entwicklung des Staates

Der Nationalstaat Südkorea wurde im Jahr 1948 gegründet. Der Prozess zur Gründung des modernen Staates reichte aber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück, als das Königreich „*Choson-Dynastie*“ nach einer langjährigen Abschottungspolitik von ausländischen Mächten gewaltsam geöffnet wurde. Nach der erzwungenen Öffnung des Landes 1876 fanden Konflikte zwischen Japan, China, Russland und den USA statt, mit dem Ziel der Eroberung des Königreichs *Choson*. Vor diesem Hintergrund gab es verschiedene Reformbewegungen in *Choson*, die die Bewahrung der Unabhängigkeit, des Landes und die Abschaffung der traditio-

nellen Ständegesellschaft anstrebten. Das bisherige Ständesystem wurde durch den großen „*Aufstand der Bauern*“ (*Dong-Hak*) 1894 endgültig abgeschafft. Die weiteren Reformbewegungen kamen durch den militärischen Angriff Japans im Jahr 1910 zum Erliegen.

Während der Kolonialzeit zwischen 1910 und 1945 existierten zahlreiche weitere Unabhängigkeitsbewegungen, die von elitären Gruppen geleitet und von der breiten Bevölkerung unterstützt wurden. Im Jahr 1919 gab es die größte Unabhängigkeitsbewegung gegenüber der Kolonialherrschaft Japans. Diese Volksdemonstration führte jedoch zu einer Änderung der Kolonialpolitik zugunsten einer weiteren Japanisierung des koreanischen Volkes durch verstärkte polizeiliche Überwachung und noch gewaltsamere militärische Unterdrückung.

Nach der Niederlage Japans im 2. Weltkrieg wurde Korea zwar befreit, aber weiterhin von externen Institutionen, d.h. amerikanischen und sowjetischen Truppen, verwaltet. Dies führte zur Teilung des Landes in zwei ideologisch entgegengesetzte Staaten: in Süd- und Nordkorea. In der Übergangszeit zwischen 1945 und 1948 wurde im Süden eine Grundstruktur des Nationalstaates vorbereitet und das kapitalistische Marktsystem unter dem starken Einfluss der US-Regierung eingeführt. Im Jahr 1948 wurden dort Wahlen zur Regierungsbildung abgehalten und die erste Republik in Korea gegründet.

Die politischen Spannungen zwischen dem demokratischen Süd- und dem kommunistischen Nordkorea lösten 1950 den Koreakrieg aus. Der dreijährige Krieg zerstörte das Land fast vollständig. In der Nachkriegszeit herrschte politische und wirtschaftliche Instabilität. Die höchste Priorität der Politik galt der Sicherheit gegenüber dem kommunistischen Nordkorea. Die rechtskonservative diktatorische Regierung baute ihre Macht mit Unterstützung der USA aus. Die Pressefreiheit wurde durch starke Kontrollen erheblich eingeschränkt. Diese Unterdrückungspolitik und die stark verbreitete Korruption führten 1960 zur „*April-Demonstration*“, in deren Folge die Regierung gestürzt wurde. Ein Jahr später wurde die Übergangsregierung wiederum durch einen Militärputsch abgelöst. Nach einer zweijährigen Übergangsphase gründete die Militärregierung im Dezember 1963 die dritte Republik in Korea. Ziel der neuen Regierung war die Stabilisierung des Landes durch Wirtschaftswachstum, um ihren Militärputsch zu rechtfertigen. Dazu wurde eine langfristige Wirtschaftspolitik mit dem Ziel „wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Industrialisierung“ verkündet.

Die Militärregierung reorganisierte das Staatssystem zu einem starken, autoritären Staat. Dieser Staat spielte im wirtschaftlichen Geschehen eine aktive Rolle. Die Regierung setzte die Finanz- und Sozialpolitik entscheidend zugunsten des Großkapitals ein, was zulasten der Lohnarbeiter und der Kleinunternehmer ging. Die Großunternehmer bekamen ausländisches Kapital zu günstigen Konditionen, während die Demokratiebewegungen und die gewerkschaftlichen Aktivitäten gewaltsam unterdrückt wurden, um niedrige Produktionskosten zu garantieren und politische Stabilität zu halten. Parallel dazu wurde eine ausbeuterische Agrarpolitik betrieben. Dadurch sollten die Kosten für Landwirtschaftsprodukte für die ausgebeuteten Lohnarbeiter in der Stadt niedrig gehalten werden. Dies führte zu einer miserablen Wirtschaftslage in den ländlichen Räumen. Diese selektive Modernisierungspolitik zulasten des primären Sektors, der Lohnarbeiter sowie der Kleinunternehmer wurde bis in die 80er Jahre diktatorisch fortgeführt.

Politik und Wirtschaft stabilisierten sich im Zuge der Modernisierungsphase durch die gewaltsame Unterdrückungspolitik und das enorme Wirtschaftswachstum. Nach der Ermordung des Staatspräsidenten PARK im Jahr 1979 übernahm General CHUN die neue Regierung. Er führte das diktatorische militärische Herrschaftssystem weiter. Aber im Gegensatz zu den 70er Jahren entwickelte sich in den 80er Jahren eine spektakuläre Bewegung für Demokratie und soziale Reformen. Dies führte schließlich zur Ablösung der Militärregierung durch einen Volksaufstand 1987. Die Phase des Militärregimes zwischen 1963 und 1987 war de facto mit der Modernisierung Südkoreas gleichzusetzen.

Das Volk forderte die direkte Wahl des Präsidenten. So wurde ROH als neuer Präsident gewählt. Trotz des Regierungswechsels wurde die vollständige Auflösung des Militärregimes nicht erreicht, da der neue Präsident ROH aus der bisherigen Militärregierung stammte. ROH garantierte jedoch die „Reform“ des politischen Klimas durch Demokratisierung sowie die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger. Ab 1987 verringerte sich die staatlich geförderte Gewalt aufgrund der wachsenden demokratischen Ansprüche und der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Im Jahr 1993 wurde die erste zivile Regierung gebildet und der diktatorische Militärstaat endgültig aufgelöst.

2.2 Sozioökonomische Entwicklung

2.2.1 Vorindustrielle Zeit bis 1963

Die Wirtschaftsstruktur Koreas war bis Ende des 19. Jahrhunderts überwiegend durch den Agrarsektor geprägt. Erst während der Kolonialzeit entwickelten sich Handel und Industrie. In der Kolonialpolitik wurde das Land Korea benutzt als:

- Quelle von Landwirtschaftsprodukten und Rohstoffen für die Industrialisierung von Japan,
- Absatzmarkt von japanischen Produkten,
- Produktionsstandort für militärische Zwecke.

Die Industriepolitik in der Kolonialzeit orientierte sich ausschließlich an den Interessen Japans. Am Anfang konzentrierte sie sich auf die infrastrukturellen Einrichtungen, vor allem den Ausbau des Eisenbahnnetzes, der Hafengelände, Straßen etc. Demgegenüber gab es kaum Investitionen in die industriellen Einrichtungen. In den 20er Jahren begann das japanische Kapital auf dem koreanischen Markt vor allem in den Lebensmittelbereich, in den 30er Jahren in die Chemie- und die Textilindustrie zu investieren. Ende der 30er Jahren entwickelte sich die Militärindustrie aufgrund der Kriegserklärung gegen die USA und China. So begann die erste Industrialisierung in Korea.

Als besondere Merkmale des koreanischen Industrialisierungsprozesses in der Kolonialzeit sind hervorzuheben:

- Die Rohstoffe und Arbeitskräfte Koreas wurden vom monopolistischen Kapital Japans ausgebeutet. Über 94% des gesamten industriellen Kapitals kam aus Japan (Lee, J.-O. 1995, S. 357). Der Einsatz von einheimischem Kapital im industriellen Sektor war beinahe ausgeschlossen.
- Die Produkte wurden nicht auf dem koreanischen Markt konsumiert, sondern überwiegend nach Japan und in die Mandschurei transportiert. Die Auswirkungen dieser japanischen Industrialisierung auf den gesamten koreanischen Markt waren deshalb minimal.
- Das technische Know-how über die industriellen Anlagen wurde von den Japanern monopolisiert.

Tab. 2.1: Anteilsentwicklung der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren in Korea 1917-1995, in Prozent

	1917	1925	1930	1940	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995
I. Sektor	86,4	84,4	79,7	74,2	59,3	51,3	50,0	37,8	25,4	18,5	12,5
II. Sektor	2,0	2,1	6,4	7,3	11,1	15,2	18,1	22,8	24,0	27,9	23,6
III. Sektor	11,6	13,5	13,9	18,5	29,6	33,5	32,1	39,4	50,4	53,6	64,0

Quelle: zusammengestellt nach Jung, J.-S. 1995, S. 366; Lee, K.-S. 1998, S. 96

Der Industrialisierungsprozess während der Kolonialzeit ist aufgrund der oben genannten Eigenschaften als „selektiv“ bzw. „punktuell“ zu bezeichnen. Zum Ende der Kolonialzeit erreichte der Industrialisierungsgrad sein höchstes Niveau. Die Zahl der Industriebeschäftigten bzw. der Industriestätten nahm erheblich zu. Trotz dieser beachtlichen Entwicklung des industriellen Sektors waren die Beschäftigten im primären Sektor mit 74,2% (1940) dominant (Tab. 2.1).

Nach dem Koreakrieg war die Wirtschaft Südkoreas auf ausländische Unterstützung, vor allem durch die USA, angewiesen. Die damalige Wirtschaft war durch leichte Konsumgüterindustrie, wie z.B. Textil- und Zuckerindustrie, sowie durch die Weiterverarbeitung von Reis geprägt. In den 50er Jahren fehlten alle Voraussetzungen für eine Industrialisierung, wie z.B. Kapital, Absatzmärkte, Infrastruktur, Bodenschätze und politische Stabilität; lediglich an Arbeitskräften mangelte es nicht.

2.2.2 Unvollständiger Fordismus 1963-1987

Anfang der 60er Jahre übernahm das Militär die politische Macht und führte eine moderne Wirtschaftsentwicklungspolitik ein. Die wichtigsten Maßnahmen waren die „Fünf-Jahres-Entwicklungspläne“. Sie sollten alle fünf Jahre mit neuen Zielen und Strategien zugunsten der Industrialisierung festgesetzt werden (Tab. 2.2). Der erste und zweite Plan wurde in den 60er Jahren durchgeführt. Das Hauptziel der beiden Pläne war eine wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Modernisierung der Industriestruktur und sollte durch eine exportorientierte Wirtschaft erreicht werden. Folgen dieser Entwicklungspolitik waren u.a. Aufbau der Infrastruktur, die Errichtung neuer Industriestätten sowie die Zunahme der Industriearbeiter. Damit wurden die industriellen Grundstrukturen und Rahmenbedingungen des Wirtschaftswachstums für die nächsten Jahrzehnte geschaffen.

Tab. 2.2: Inhalt der Wirtschaftsentwicklungspläne

1962-1971 1.+ 2. Plan	- exportorientierte Industrialisierung - Aufbau der Infrastruktur
1972-1981 3.+ 4. Plan	- Förderung der Schwerindustrie - Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit - Förderung der ländlichen Regionen
1982-1991 5.+ 6. Plan	- Schaffung einer konstanten Wirtschaftsstruktur - Wettbewerbsfähigkeit durch Deregulierung - Wohlfahrt und Gerechtigkeit
1992-1996 7. Plan	- Wirtschaftliche Effektivität durch Wettbewerb - innovative Unternehmenskultur und Förderung einer neuen Arbeitskultur - Vorbereitung der Globalisierung

Quelle: zusammengestellt nach Ministry of Finance and Economy, Korea, verschiedene Jahrgänge

Tab. 2.3: Wachstumsraten in Südkorea nach Wirtschaftssektoren 1961-1990, in Prozent

	1961-66	1967-71	1972-76	1977-81	1982-86	1987-90
I. Sektor	6,3	1,5	6,2	0,2	4,4	-0,9
II. Sektor	13,5	19,8	18,1	10,3	12,5	10,7
III. Sektor	6,6	12,4	8,3	4,2	8,4	12,2
Gesamt	7,7	9,6	9,7	6,1	9,8	10,3

Quelle: Kim, D.-H. 1992, S. 41

Tab. 2.4: Anteil des südkoreanischen Außenhandels am BIP 1962-1986, in Prozent

	1962	1967	1972	1977	1982	1986
Export	2,4	7,5	15,1	26,8	31,2	36,5
Import	18,2	23,3	23,9	28,9	35,0	33,2
Zusammen	20,6	30,8	39,0	55,7	66,2	69,7

Quelle: Kim, I.-G. 1998, S. 342

Diese Politik führte nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern hatte auch negative Auswirkungen. Eine davon war die zunehmende Diskrepanz zwischen den Wirtschaftssektoren. Es wurde ausschließlich in die Industrie investiert und dadurch verschlechterte sich die Lage des landwirtschaftlichen Sektors (Tab. 2.3). Dies ist der Hauptgrund für die extreme Bevölkerungszuwanderung in die Großstädte (Landflucht), hier vor allem in die Hauptstadtregion. Ein weitere Folge war die starke Abhängigkeit vom Weltmarkt, besonders von Japan und den USA. Die exportorientierte Industrialisierung ohne eigene Rohstoffe und Kapital führte zu einer immensen Einfuhr von Rohstoffen. Die importierten Rohstoffe bzw. halbfertigen Produkte wurden von billigen Arbeitskräften verarbeitet. Die fertigen Produkte wurden nicht innerhalb des Binnenmarktes konsumiert, sondern exportiert. Diese exportorientierte Wirtschaftspolitik verstärkte die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Außenhandel. Über die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsprodukts in den 70er Jahren wurde vom Außenhandel erwirtschaftet. Dieser Anteil erhöhte sich in den 80er Jahren noch erheblich auf etwa 70% (Tab. 2.4).

Tab. 2.5: Leistungsfaktoren für das Wirtschaftswachstum in Südkorea 1963-1976

Leistungsfaktoren	%
Einsatz der Arbeitskräfte	33,5
Anlage der Kapitalinvestitionen	23,8
Folge des wirtschaftlichen Maßstabs (economy of scale)	17,6
Technische Entwicklung	13,6
Abnahme des primären Sektors	7,6
Ausbildung	3,9

Quelle: Kim, D.-H. 1992, S. 154

Das Wirtschaftswachstum zwischen 1963 und 1976 beruhte wesentlich auf einem expansiven Einsatz der Arbeitskräfte und auf Kapitalinvestitionen (Tab. 2.5). Wie bereits erwähnt, hatte die selektive Industrialisierungspolitik eine gewaltige Bevölkerungszuwanderung in die Großstädte ausgelöst (Tab. 2.11). Die massenhaft zuströmenden Arbeitskräfte aus den ländlichen Regionen in den 60er Jahren ermöglichten erst die extensive Kapitalakkumulation durch die arbeitsintensive Leichtindustrie, wie z.B. Textilindustrie oder Bekleidungsindustrie. Demzufolge erreichte das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 9,5%. Nach dem Regulations-

ansatz¹ war das Entwicklungsmodell in den 60er Jahren durch die Verknüpfung eines „extensiven Akkumulationsregimes“² mit einem „primitiven Taylorismus“³ gekennzeichnet. Die Industrie profitierte von den zuwandernden Arbeitskräften aus ländlichen Regionen. Niedrige Löhne verbunden mit einem relativ hohen Bildungsniveau der Bevölkerung erwiesen sich trotz Rohstoff- und Kapitalmangel als absoluter und komparativer Kostenvorteil für den Aufbau einer arbeitsintensiven Leicht- bzw. Konsumgüterindustrie in den 60er Jahren (vgl. Engelhard 1996, S. 697).

Zwischen 1969 und 1972 gab es die erste Krise in Wirtschaft und Politik. Die Wirtschaftswachstumsrate ging von 13,8% (1969) auf 5,8% (1972) zurück, und die Handelsbilanz wurde durch den zunehmenden Import von Zwischenprodukten verschlechtert (Kim, D.-H. 1992, S. 49). Hinzu kam eine gewerkschaftliche Mobilisierung aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen und der ausbeuterischen Lohnverhältnisse. Diese wirtschaftliche und politische Krise erforderte eine Korrektur der Politik. Es folgte ein wirtschaftlicher Kurswechsel hin zur Förderung der Schwerindustrie und eine noch stärkere Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Tab. 2.6: Südkorea, Auslandsverschuldung

<i>Jahr</i>	<i>1965</i>	<i>1970</i>	<i>1975</i>	<i>1980</i>	<i>1985</i>	<i>1990</i>	<i>1995</i>
Mio. US-\$	206	2.245	8.456	27.170	46.729	34.014	78.400

Quelle: Engelhard 1996, S. 698

¹ Der Regulationsansatz ist als Bezugsrahmen der Analyse der zeitlich und räumlich differenzierten Entwicklungsdynamik moderner kapitalistischer Gesellschaften zu verstehen. Dem Regulationsansatz zufolge sind die Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaften je nach historischen Phasen unterschiedlich. Ein Entwicklungsmodell ist durch die Verbindung spezifischer Akkumulationsregime und Regulationsweisen geprägt. Die Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaftsformation werden durch die Kombination von Akkumulationsregime und Regulationsweise je nach historischer Phase bzw. Region differenziert dargestellt. Beim Verhältnis zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise kann von einer wechselseitigen Bedingtheit gesprochen werden. „Akkumulationsregime und Regulationsweise (sind) keinesfalls voneinander ‚ableitbar‘. Ein Akkumulationsregime kann mit durchaus unterschiedlichen Regulationsweisen kombiniert sein“ (Hirsch 1990, zitiert in Danielzyk 1998, S. 105).

² Kapitalakkumulation durch unbegrenztes Reservoir an billiger und extensiv ausbeutbarer Arbeitskraft, ohne Investition in neue Technologien bzw. Produktionsstrukturen (Lipietz 1991b, S. 92 f.).

³ Der Taylorismus ist eine wissenschaftliche Methode und erstrebt eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch eine Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Demgegenüber ist der Arbeitsprozess beim so genannten „primitiven Taylorismus“ zwar weitgehend rationalisiert, jedoch fehlt die Mechanisierung. Aufgrund des mangelnden Kapitals werden die technischen Ausrüstungen durch billige Arbeitskräfte, wie Frauen, ersetzt. (Lipietz 1991b, S. 92f; Kim, D.-H. 1992, S. 32 ff.).

Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik in den 70er Jahren lag auf einer massiven Investition in die kapitalintensive Schwer- und Chemieindustrie. Das notwendige Kapital für die Investitionen bzw. Förderungen der Schwerindustrie wurde durch ausländische Kredite beschafft; daraus ergab sich eine höhere Auslandverschuldung (Tab. 2.6). Besonders die Großunternehmen profitierten von dieser Förderung der Schwerindustrie. Nur sie waren im Gegensatz zu den kleineren und mittleren Unternehmen in der Lage, den Anspruch der wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zu erfüllen. Unter diesen Umständen bildete sich ein südkoreanisches Wirtschaftskonglomerat, das so genannte „*Chaebol*“. Die Leichtindustrie, die überwiegend aus kleinen und mittleren Betrieben bestand, wurde von der staatlichen Förderungspolitik vernachlässigt. Diese selektive Förderung von Großunternehmen führte nicht nur zur Steigerung der Exporte, sondern auch zu einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Regierung und Wirtschaftskonglomerat. Die wirtschaftliche und die politische Struktur wurden durch das Bündnis zwischen Staat und *Chaebol* stark monopolisiert.

Seit Mitte der 70er Jahre sank der Beschäftigtenanteil des I. Sektors an den gesamten Wirtschaftssektoren drastisch, während der Anteil des II. und III. Sektors stieg. Die positive Entwicklung des industriellen Sektors, sowohl bei der Beschäftigtenzahl als auch bei dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP), stieg bis Ende der 80er Jahren kontinuierlich und erreichte damit den bis dahin höchsten Stand der Industrialisierung. Die Wachstumstendenz des II. Sektors brach in den 90er Jahren ab, wobei der Anteil der Schwerindustrie am industriellen Sektor weiterhin wuchs (Tab. 2.1 und 2.7). Diese Entwicklung war auf die konzentrierten Investitionen in die Schwerindustrie in den 70er Jahren zurückzuführen. Im Zuge der Industrialisierung tendierte die Gesellschaft zum fordistischen Modell⁴. Allerdings ist das koreanische Entwicklungsmodell in den 70er Jahren als "peripherer bzw. abhängiger Fordismus"⁵ zu bezeichnen. Denn die Kapitalakkumulation erfolgte nicht durch Investition

⁴ Der Fordismus ist ein Unternehmens- und Produktionskonzept, das die standardisierte Massenproduktion durch tayloristische Arbeitsorganisation ermöglicht. Der Fordismus wurde als Erklärungsmodell für die kapitalistische Gesellschaftsentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten verwendet. Das Modell ist durch Verbund von intensivem Akkumulationsregime und monopolistischer Regulationsweise geprägt. Die relativ stabile Verkopplung zwischen industrialisierter Massenproduktion und standardisierter Massenkonsumtion gilt als fordistisches Akkumulationsregime, und das wird von der spezifischen fordistischen Regulationsweise hergestellt und gewährleistet. Zur fordistischen Regulationsweise gehören v.a. ein zentralisiertes korporatistisches Abkommen zwischen Staat, Unternehmensverbänden und Gewerkschaftsorganisationen und staatlichen Institutionen (vgl. Hirsch 1980, S. 58; Läßle 1987, S. 75-76; Danielzyk 1998, S. 111f; Krätke 1996, S. 9 f.).

⁵ Nach Lipietz fehlten beim „peripheren Fordismus“ die Kernfunktionen, wie z.B. qualifizierte Ingenieure. Demgegenüber bezeichnet Kim das Modell als „abhängigen Fordismus“, da die Massenproduk-

in die Mechanisierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse, sondern durch extensive Erweiterung der Produktionsmenge mit Hilfe staatlicher Subventionen (Lim, H.-C. 1998, S. 76; Kim, D.-H. 1992, S. 54). Die Durchsetzungskraft der staatlichen Intervention verstärkte sich in den 70er Jahren durch den Verbund mit *Chaebol*.

Tab. 2.7: Anteilsentwicklung der Wirtschaftsstruktur nach dem BIP 1953-1996

	1953	1960	1970	1980	1990	1996
I. Sektor	47,3%	36,8%	26,7%	14,7%	8,7%	6,3%
II. Sektor	10,1%	15,9%	22,5%	29,7%	29,7%	26,1%
III. Sektor	42,6%	47,3%	50,8%	55,6%	61,6%	67,6%
Schwerindustrie ¹⁾	21,1%	39,2%	39,2%	53,6%	65,9%	76,2%

1) Anteil der Schwerindustrie an dem II. Sektor

Quelle: Lim, H.-C. 1998, S. 71

Die Arbeiterbewegung wurde in dieser Zeit in noch stärkerem Maße unterdrückt. Die ideologischen Spannungen zwischen Nord- und Südkorea wurden als Grund für die Unterdrückung der Demokratiebewegung angegeben. Demnach wurde die gewerkschaftliche Aktivität mit dem Kommunismus gleichgesetzt, der die politische Sicherheit Südkoreas gefährden könnte (Kim, H.-K. 1999, S. 190 ff.). Unter diesen Rahmenbedingungen konnte die demokratische Konsensbildung zwischen Gewerkschaftsorganisation, Unternehmensverbänden und staatlichen Institutionen nicht funktionieren. Die gesellschaftliche Reproduktion wurde lediglich durch den Verbund von Staat und Großunternehmen (*Chaebol*) monopolistisch geregelt. Die Forderungen nach Lohnsteigerungen und rechtlich verankerten Arbeitsbedingungen wurden unterdrückt. Die Nachfrage nach dem enorm gestiegenen Industriegüterangebot wurde nicht durch die Massenkonsumtion im Lande, sondern durch Massenexport gesichert.

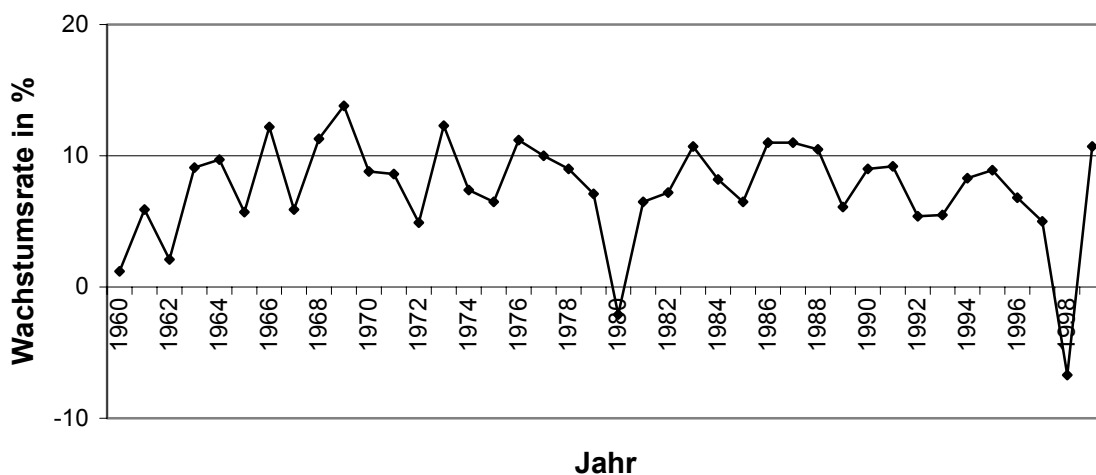
Ende der 70er Jahre erlebte das Land erneut eine Konjunkturkrise. Die Hauptursachen waren die Überinvestitionen in der Schwerindustrie aufgrund der staatlichen Subventionen und die Weltwirtschaftskrise durch steigende Ölpreise. Das BIP 1980 hatte zum ersten Mal seit den 60er Jahren einen Rückgang um 2,1% zu verzeichnen (Abb. 2.2). Von der Krise waren besonders die Großunternehmen stark betroffen, die von der steuerlichen und finanziellen Vergünstigung durch die Förder-

tion nicht an den Massenkonsum der nationalen Märkte gekoppelt wurde, sondern auf Export angewiesen war (vgl. Lipietz 1991b, S. 92).

politik in den 70er Jahren profitiert hatten. Die mehrfache Investition in die Schwerindustrie führte nun zu Überangeboten, die am Weltmarkt nicht abgesetzt werden konnten. Die selektive und einseitige Investitionspolitik zugunsten der Großunternehmen führte zu Versäumnissen in der technologischen Entwicklung und zur Vernachlässigung der kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Krise erforderte eine Neuordnung der Wirtschaftspolitik sowie der Unternehmensstrategie der *Chaebol*. In diesem Zusammenhang wurden die Stabilisierung der Wirtschaftsstruktur und „balanced growth“ als Hauptziele einer neuen Wirtschaftspolitik in den 80er Jahren festgesetzt. Der Staat zog seine direkte Intervention auf dem Markt zurück und überließ stattdessen das Wirtschaftsgeschehen größtenteils dem Markt. Der Schwerpunkt der staatlichen Aktivität lag nun mehr in der indirekten Förderung der Forschung und Entwicklung bzw. des Humankapitals. Demzufolge entwickelte sich die kapitalintensive Investitionsgüterindustrie wie die Elektronik- und Fahrzeugbranche. Die Wirtschaft in den 80er Jahren erholte sich vor allem durch die günstige Weltwirtschaftslage, die sinkenden Zinsen, die niedrigen Energiepreise und die Stärkung der japanischen Währung. Das Wirtschaftswachstum erreichte seinen Höhepunkt in den 80er Jahren und damit wurde das Land als „Newly Industrializing Country (NIC)“ eingestuft (Kim, D.-H. 1992, S. 39).

Abb. 2.2: Entwicklung der Wachstumsrate des BIP 1960-1999 in Südkorea



Quelle: <http://ynucc.yeungnam.ac.kr/~bwlee/pdc.htm>

2.2.3 Fertiger Fordismus mit postfordistischen Elementen 1987-1996

Der politische Umbruch 1987 löste intensive gewerkschaftliche Aktivitäten aus, die schließlich zum Anstieg der Löhne bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitszeit führten. Die bisherige Kapitalakkumulation, die vom ausbeuterischen Lohnverhältnis profitiert hatte, wurde durch diesen politischen und gesellschaftlichen Umbruch zu einer Korrektur gezwungen. Zudem litt die südkoreanische Wirtschaft unter strukturellen Problemen, wie z.B. an der starken Konzentration auf wenige Großkonzerne und an der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Weltmarkt. Darüber hinaus änderte sich die Weltwirtschaftslage durch eine beschleunigte Globalisierung, die Erhöhung der Ölpreise sowie durch den Druck hin auf Öffnung des Binnenmarktes etc. In diesem Zusammenhang kam es Ende der 80er Jahre zu einer Strukturkrise. Dies forderte die Umstrukturierung des bisherigen Entwicklungsmodells, das überwiegend durch Verbindung von extensivem Akkumulationsregime und monopolistischer Regulationsweise⁶ geprägt war (vgl. Lim, H.-C. 1998, S. 77; Kang, H.-S. 1993, S. 59 ff.). Es folgte eine verstärkte Investition in die Hochtechnologie, in Forschung und Entwicklung, in die Informationstechnologie etc. (Lim, H.-C. 1998, S. 86). Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die darauf basierende High-Tech-Industrie eröffneten eine neue Phase der postindustriellen Gesellschaft⁷. Als Folge dieser Entwicklung ging der Anteil des I. und II. Sektors an gesamten Wirtschaftssektoren erheblich zurück, während der tertiäre Sektor stark anwuchs (Tab. 2.1, Tab. 2.7).

Die höchste Wachstumsrate bei den einzelnen Branchen zwischen 1990 und 1995 zeichnete sich bei dem Wirtschaftszweig „Handel und Gastgewerbe“ mit 76,5% ab, gefolgt von „Kreditinstitute, Versicherung, Immobilienentwickler, Unternehmensdienste“ mit 56,9% (Jung, J.-S. 1995, S. 366). Dieses hohe Wachstum der „personenorientierten Dienstleistungen“ sowie der „Unternehmensdienste“ lässt sich auf die Einkommenssteigerung und den Strukturwandel seit Ende der 80er Jahren zurückführen.

⁶ Die monopolistische Regulationsweise äußert sich „zum einen in der zentralen Aushandlung von Löhnen, einer hohen, rechtlich verankerten Arbeitsplatzsicherheit und einer Steigerung der Löhne in Anpassung an Produktivitätswachstum und Lebenshaltungskosten, zum anderen in einem sozialstaatlichen ‚Netz‘ von Transferleistungen zur Absicherung gegen Risiken und einer staatlichen Globalsteuerung zur Bewältigung konjunktureller Krisen“ (Danielzyk 1998, S. 109). Allerdings unterscheidet sich die monopolistische Regulationsweise in Korea durch geringe Beteiligung der Gewerkschaften.

⁷ Unter dem Begriff „postindustrielle Gesellschaft“ versteht man den Übergang von einer Güter produzierenden zu einer Dienstleistungswirtschaft. (Bell 1988, S. 145)

Der wirtschaftliche Wandel brachte eine Änderung der gesellschaftlichen Lebensweise mit sich. Die Steigerung der Einkommen ermöglichte die Massenkonsumtion innerhalb des Binnenmarktes. Im Jahr 1996 erreichte das BIP pro Person \$10.000, das Land wurde ein Mitglied der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development). In Tabelle 2.8 lässt sich erkennen, dass das Konsumverhalten in den 80er Jahren eine neue Tendenz aufwies. Die Ausgaben für Ausbildung, Unterhaltung und Transportkosten waren erheblich gestiegen, während der Anteil an Lebensmittelausgaben kleiner wurde. Die Konsumkultur in den 90er Jahren unterschied sich von den früheren Kulturen durch eine Vielfältigkeit des Konsums, zunehmende Nachfrage nach personalbezogenen Dienstleistungen sowie größere Anforderungen an die Kultur- und Unterhaltungsindustrie etc. (Jung, K.-Y. 1997, S. 67 ff.). Seit den 90er Jahren stieg nicht nur die Nachfrage nach den Konsumgütern, sondern auch nach Produktionsgütern erheblich an. Damit begann eine neue Phase des Entwicklungsmodells, das durch die Kombination von Massenproduktion, Massenkonsumtion und Massenexport gekennzeichnet war, während das Modell bis in die 80er Jahre hinein lediglich durch Massenproduktion und Massenexport geprägt war. Dies war eine Besonderheit des südkoreanischen Entwicklungsmodells gegenüber den westlichen Industrieländern.

Tab. 2.8: Konsumverhalten von Lohnarbeitern¹⁾

	1963	1973	1980	1990	1996
Lebensmittel	61,3	48,5	43,2	32,0	28,5
Ausbildung	4,8	8,5	5,9	8,1	10,2
Unterhaltung	0,7	1,8	1,8	4,4	5,3
Transportkosten	2,6	5,2	5,8	8,4	11,5
Haushalt ²⁾	9,3	12,4	14,2	14,0	12,1
etc.	21,3	23,6	29,1	33,1	32,4

1) Anteil der gesamten Ausgaben pro Haushalt

2) Haushaltsgeräte, Bekleidung, Schuhe

Quelle: Lim, H.-C. 1998, S. 82; einige Faktoren wurden ausgewertet

In den 90er Jahren trat nach der Strukturkrise ein Phänomen auf, das als intensives Akkumulationsregime und monopolistische Regulationsweise unter starker Beteiligung der Gewerkschaften bezeichnet werden kann und das durch die folgenden Entwicklungen gekennzeichnet war:

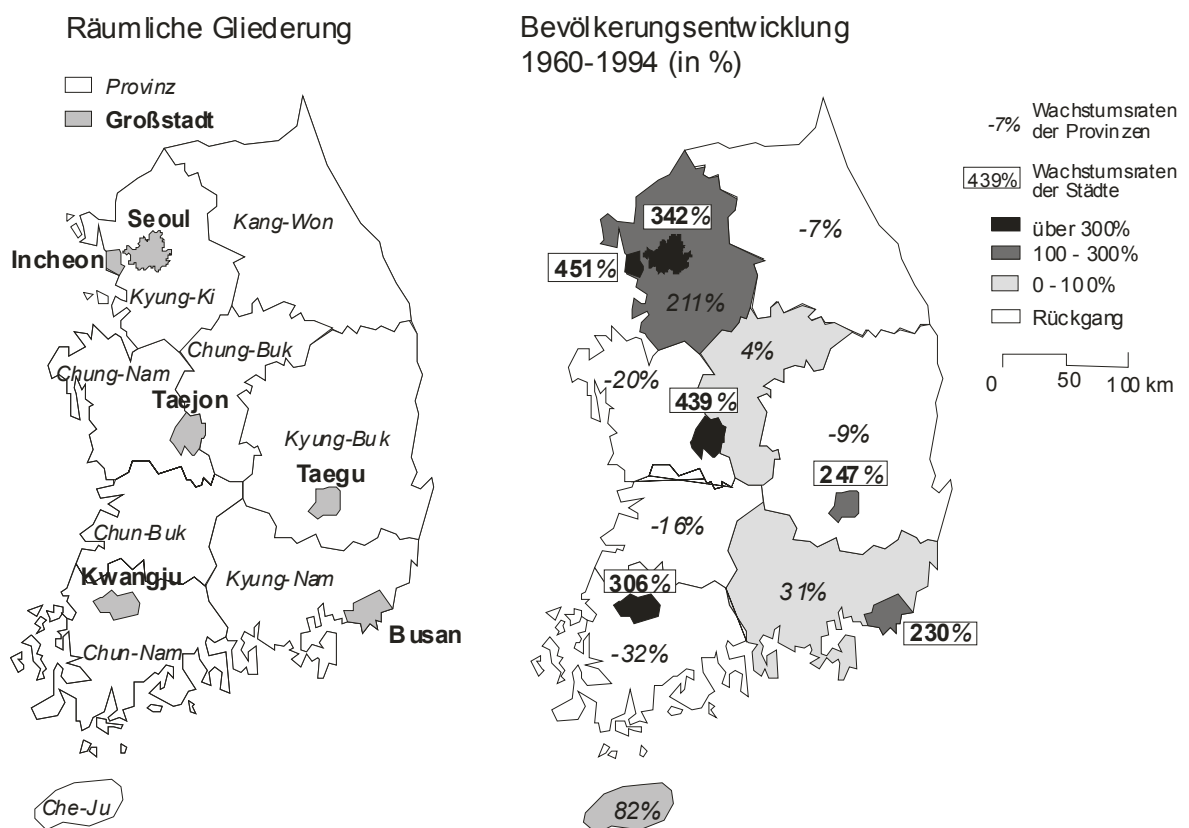
- technischer Fortschritt und hoher Automatisierungsgrad
- zunehmende Lieferverflechtung zwischen Haupt- und Subunternehmen und auch innerhalb der Subunternehmen
- Vervielfältigung der Produktion und Konsum durch die technische Innovation und Einkommenssteigerung
- Kapitalakkumulation durch Investition in technischen Fortschritt, die zur Erhöhung der Produktivität führte.

Seit 1993 stellte die erste zivile Regierung den beschleunigten Globalisierungsprozessen einen neuen Neo-Liberalismus gegenüber. Der Finanzmarkt des Landes wurde nach und nach dem globalen Kapitalmarkt geöffnet. Die Großunternehmen forderten eine Deregulierung der Staatseingriffe auf das Wirtschaftsgeschehen einerseits und eine finanzielle und rechtliche Unterstützung für die Investitionen andererseits. So erhielten die Großunternehmen wieder ausländische Kredite zu günstigen Konditionen wie zu Anfang der Modernisierungsphase. Mit diesen Krediten investierten die Großunternehmen im großen Stil in Forschung und Entwicklung. Während sich der Schuldenberg vergrößerte, verringerten sich die Unternehmensumsätze. Dies verschlechterte die Finanzlage der Unternehmen und der Kreditinstitute des Landes. Darüber hinaus kam es zu einer Wirtschaftskrise in Südostasien, die den Kapitalmarkt in Südkorea stark belastete. Dadurch wurde 1997 in Südkorea die schwerste Wirtschaftskrise seit der Modernisierungsphase ausgelöst: Das BIP sank im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr auf minus 5,8%, das BIP pro Person von \$10.307 (1997) auf \$6.823 (1998). Die Arbeitslosenquote stieg von 2,7% auf 6,8% (Cho, M.-R. 1999, S. 292). Durch diese Krise wurde das Land wieder zu einem Strukturwandel, zu einer neuen liberalen Wirtschaftsform und zur vollständigen Öffnung des Landes gezwungen.

2.3 Räumliche Entwicklung

2.3.1 Extensive Urbanisierung 1960-1985

Abb. 2.3: Räumliche Gliederung und Bevölkerungsentwicklung 1960-1994 in Südkorea



Quelle: Darstellung nach Choi, J.-H. 1998, S. 242; Kang, I.-W. 1997, S. 81

Der Urbanisierungsprozess in Korea war bis in die 50er Jahre mit den historischen Ereignissen, wie z.B. der Kolonialzeit, der Befreiung und dem Koreakrieg, eng verknüpft. Der entscheidende Grund für die Landflucht war die verheerende Lage der ländlichen Regionen gewesen, wenn auch die Stadt kaum Beschäftigungsmöglichkeiten bieten konnte. Die meisten Zugezogenen waren auf die illegalen Siedlungen in den städtischen bzw. staatlichen Gebieten und auf die temporären Arbeitsmärkte angewiesen.

Ab Mitte der 60er Jahren begann eine neue Phase des Urbanisierungsprozesses, der sich von der bisherigen Urbanisierung durch eine massive Entstehung von Arbeitsplätzen in der Stadt und eine verbesserte Lage der ländlichen Regionen unterschied. Die arbeitsintensive Leichtindustrie siedelte sich zunächst in den Großstädten an, vor allem in Seoul, gefolgt von Busan und Daegu. Die staatliche Förderung der Landwirtschaft war im Gegensatz zum industriellen Sektor in der Modernisierungsphase relativ gering. Aufgrund technisch-wissenschaftlicher Fortschritte, wie z.B. auf dem Gebiet der chemischen Düngemittel sowie der Mechanisierung der Feldarbeit, stieg die landwirtschaftliche Produktion, besonders seit den 70er Jahren, kontinuierlich an. Trotz der Zunahme landwirtschaftlicher Produktion setzte sich die Landflucht in die Großstädte fort, da das großstädtische Leben, vor allem von der jüngeren Generation, als „bessere Zukunft“ angesehen wurde⁸.

Tab. 2.9: Entwicklung der städtischen Bevölkerung 1960-1995, in 1.000

	<i>Gesamt</i>	<i>Städtische Bevölkerung¹⁾</i>	<i>Ländliche Bevölkerung</i>	<i>Bevölkerung von 6 Großstädten²⁾</i>	<i>Zahl der Städte¹⁾</i>
1960	24.989	6.997 (28,0%)	17.992 (72,0%)	5.229 (74,7%)	27
1966	29.193	9.807 (34,6%)	19.386 (66,4%)	7.331 (74,8%)	
1970	31.469	12.955 (41,2%)	18.514 (58,8%)	10.063 (77,7%)	32
1975	34.709	16.709 (48,4%)	18.000 (51,6%)	13.565 (74,8%)	
1980	37.449	21.441 (57,3%)	16.008 (42,7%)	15.588 (72,7%)	40
1985	40.467	26.458 (65,4%)	14.009 (34,6%)	18.339 (69,3%)	
1990	43.410	32.308 (74,4%)	11.102 (25,6%)	20.644 (63,8%)	73
1995	44.606	35.033 (78,5%)	9.573 (21,4%)	21.327 (60,8%)	

1) Hierzu gehören die Siedlungen mit mehr als 50.000 Einwohnern

2) Anzahl der Bevölkerung innerhalb der 6 Großstädte sowie Anteil der 6 Großstädte an der gesamten städtischen Bevölkerung (Seoul, Busan, Daegu, Kwangju, Incheon, Daejeon)

Quelle: zusammengestellt nach Lee, K.-S. 1998, S. 86; Kang, I.-W. 1997, S. 85

Im Zuge dieser Urbanisierung überschritt Ende der 70er Jahren der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung den Anteil der ländlichen Bevölkerung. Innerhalb von drei Jahrzehnten kehrte sich das Bevölkerungsverhältnis zwischen Stadt und Land um: Im Jahr 1960 lebten 72% der gesamten Bevölkerung Südkoreas im ländlichen Raum, im Jahr 1990 erreichte der Anteil der städtischen Bevölkerung 74,4% (Tab 2.9). Dieser expansive Urbanisierungsprozess betraf aller-

⁸ Über 70% aller Zuwanderer in die Stadt zwischen 1960 und 1985 gehörten der Altersgruppe der zwischen 15- und 40-Jährigen an (Kim, D.-H. 1992, S. 163).

dings nur die wenigen Großstädte. Der Schwerpunkt der Entwicklung dieser Städte lag bis in die 80er Jahre hinein in der Schaffung von Siedlungen und Infrastrukturen für die rasch wachsende Bevölkerung. Neben diesen wenigen prosperierenden Städten wurden die meisten anderen Städte und die ländlichen Regionen von der staatlichen Modernisierungspolitik vernachlässigt. Dadurch vergrößerte sich besonders Anfang der 70er Jahre die räumliche Ungleichheit zwischen den wenigen Großstadtreionen und den restlichen Gebieten.

Planerische Maßnahmen

Die anfängliche Modernisierungspolitik in den 60er Jahren führte neben dem Wirtschaftswachstum zu räumlichen Problemen. Zum einen gab es ein wachsendes regionales Ungleichgewicht durch den unkontrollierten Verstädterungsprozess, zum anderen einen deutlichen Mangel an Infrastruktur. Um diese räumlichen Probleme aufzufangen und zugleich Räume für die weitere Wirtschaftsentwicklung bereitzustellen, entstand ein Landesentwicklungsplan (1972) als erste räumliche Planung im Rahmen der Raumentwicklungspolitik. Der Landesentwicklungsplan sollte alle zehn Jahre mit neuen Zielen und Strategien sowie Maßnahmen aufgestellt werden (Tab. 2.10). Die Neugestaltung der Raumentwicklungspolitik beruhte auf der Erkenntnis der Notwendigkeit einer systematischen und längerfristigen Raumplanung, welche die Effektivität der wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen sollte (Lee, W.-B 1999, S. 33; KRIHS 1996, S. 56 ff.). Der erste Landesentwicklungsplan umfasste die Errichtung zahlreicher Industriekomplexe der Schwerindustrie und Investitionsmaßnahmen zur Erstellung der infrastrukturellen Grundlagen, wie z.B. des Baus von Autobahnen, Hafengeländen, Industriegebieten etc. Darüber hinaus erfolgte eine räumliche Aufteilung nach Funktionen, wie z.B. Wohnsiedlungen, Industriestätten, Verkehrswege etc. Der erste Landesentwicklungsplan hatte zwar die Mängel der infrastrukturellen Einrichtungen zugunsten der Schwerindustrie beseitigt, jedoch wurden die Probleme des räumlichen Ungleichgewichts und der unkontrollierten Verstädterung noch in erheblichem Maße verschärft.

Tab. 2.10: Inhalt der Landesentwicklungspläne

1. Plan (1972-1981)	<div data-bbox="400 443 480 477">Ziele</div> <ul style="list-style-type: none"> • effiziente Nutzung der gesamten Landesfläche • Erweiterung der Infrastruktur • Umweltschutz • Verbesserung der Lebensbedingungen <div data-bbox="400 577 512 611">Strategien</div> <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung großflächiger Industriekomplexe • Förderung der Infrastruktur, v.a. des Ausbaues des Verkehrs-, Kommunikations- sowie Wasser- und Energieversorgungsnetzes • Förderung der zurückliegenden Regionen
2. Plan (1982-1991)	<div data-bbox="400 745 480 779">Ziele</div> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung des Wohlfahrtsstandards durch Schaffung gleichartiger Lebensverhältnisse im gesamten Staatsgebiet • Förderung der Bevölkerungsansiedlungen in den einzelnen Regionen • Erweiterung aller sektoralen und regionalen Entwicklungspotentiale • Erhaltung nicht erneuerbarer Ressourcen sowie Umweltschutz <div data-bbox="400 913 512 947">Strategien</div> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer polyzentrischen Raumstruktur • Wachstumsbegrenzung und kontrollierte Entwicklung der Großstadtreionen • Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur • Förderung der bisher vernachlässigten bzw. benachteiligten entwicklungs-schwachen und zurückgebliebenen Gebiete
3. Plan (1992-2001)	<div data-bbox="400 1115 480 1149">Ziele</div> <ul style="list-style-type: none"> • dezentral organisierte Raumstruktur • Gewinn bringende und Ressourcen schonende Nutzung der Landesflächen • Erhöhung des Wohlfahrtsstandards und Umweltschutzes • Bereitstellung von (an der Wiedervereinigung des Landes orientierten) basis-infrastrukturellen Vorleistungen <div data-bbox="400 1305 512 1339">Strategien</div> <ul style="list-style-type: none"> • intensive Förderung des Wachstums der Regionen und Einschränkung der Konzentration auf das Großraum Seoul • Ausbau neuer Industriegebiete in den wirtschaftlichen Stagnationsräumen • Verbindung zwischen den Verkehrs-, Kommunikations- und Logistiksystemen • Verbesserung der Lebensqualität • Schaffung dezentralisierter Planungs- und Entscheidungsstrukturen

Quelle: zusammengestellt nach Kang, I.-W. 1997, S. 114; Lee, W.-B. 1999, S. 27-28

2.3.2 Bildung der Großstadtreionen 1986-1996

Der Urbanisierungsprozess seit Mitte der 80er Jahre unterschied sich von der bisherigen Entwicklung durch Wanderungsmuster. Der Urbanisierungsprozess bis in die 70er Jahre konzentrierte sich zum großen Teil auf 6 Großstädte in Südkorea (Abb. 2.3, Tab. 2.11). Etwa 77% der gesamten städtischen Bevölkerung lebte im Jahr 1970 in diesen Großstädten, davon über die Hälfte in der Hauptstadt Seoul. Diese starke Konzentration auf die wenigen Großstädte beruhte im Wesentlichen auf der massiven Land-Stadt-Wanderung. Seit Mitte der 80er Jahre zeichnete sich ein Umbruch des Wanderungsmusters ab: Während der Anteil der Land-Stadt-

Wanderung an den Gesamtwanderungen von 35,5% (1980-1985) auf 11,5% (1985-1990) zurückging, wuchs im selben Zeitraum der Anteil der Stadt-Stadt-Wanderung erheblich, nämlich von 45,0% auf 75,8% (Tab. 2.12). Dieser Wandel ließ sich wesentlich auf die Entstehung der neuen Industrie- bzw. Satellitenstädte zum einen und die potentielle Ausschöpfung der Landflucht zum anderen zurückführen.

Tab. 2.11: Bevölkerungsentwicklung nach den Regionen 1960-1994, in 1.000

		1960 (%)	1970 (%)	1980 (%)	1990 (%)	1994 (%)	1960-94 ¹⁾
6 Großstädte	Seoul	2.445 (9,8)	5.525 (17,6)	8.364 (22,3)	10.613 (24,4)	10.799 (23,7)	341,7
	Busan	1.164 (4,7)	1.876 (6,0)	3.160 (8,4)	3.798 (8,7)	3.846 (8,5)	230,4
	Daegu	677 (2,7)	1.081 (3,4)	1.605 (4,3)	2.229 (5,1)	2.347 (5,2)	246,7
	Incheon	401 (1,6)	643 (2,0)	1.084 (2,9)	1.818 (4,2)	2.208 (4,9)	450,6
	Kwangju	314 (1,3)	484 (1,5)	728 (1,9)	1.139 (2,6)	1.274 (2,8)	305,7
	Daejeon	229 (0,9)	407 (1,3)	652 (1,7)	1.050 (2,4)	1.235 (2,7)	439,3
Provinzen	Kyunggi	2.348 (9,4)	2.710 (8,6)	3.850 (10,3)	6.156 (14,2)	7.439 (16,3)	216,8
	Kangwon	1.637 (6,6)	1.865 (5,9)	1.791 (4,8)	1.580 (3,6)	1.531 (3,4)	-6,5
	Chungbuk	1.370 (5,5)	1.480 (4,7)	1.424 (3,8)	1.390 (3,2)	1.427 (3,1)	4,2
	Chungnam	2.229 (8,9)	2.451 (7,8)	2.304 (6,2)	2.014 (4,6)	1.845 (4,1)	-17,2
	Chonbuk	2.395 (9,6)	2.432 (7,7)	2.288 (6,1)	2.070 (4,8)	2.005 (4,4)	-16,3
	Chonnam	3.239 (13,0)	3.511 (11,2)	3.052 (8,2)	2.507 (5,8)	2.198 (4,8)	-32,1
	Kyungbuk	3.171 (12,7)	3.475 (11,1)	3.350 (8,9)	2.861 (6,6)	2.876 (6,3)	-9,3
	Kyungnam	3.018 (12,1)	3.119 (9,9)	3.322 (8,9)	3.672 (8,5)	3.959 (8,7)	31,5
	Cheju	282 (1,1)	365 (1,2)	463 (1,2)	515 (1,2)	514 (1,1)	82,3
	<i>Korea</i>	<i>24.919 (100)</i>	<i>31.424 (100)</i>	<i>37.437 (100)</i>	<i>43.412 (100)</i>	<i>45.512 (100)</i>	<i>82,6</i>

1) Veränderung zwischen 1960 und 1994 in %

Quelle: zusammengestellt nach Choi, J.-H. 1998, S. 242; Kang, I.-W. 1997, S. 81

Tab. 2.12: Migrationsmuster in Südkorea 1965-1992

	1965-70	1970-75	1975-80	1980-85	1985-90	1990-92
Migrationsrate in % ¹⁾	16,2	16,6	21,2	22,4	22,4	20,3
davon ²⁾						
ländlich-ländlich	11,6	9,0	4,0	5,0	4,2	4,2
ländlich-städtisch	50,2	40,8	43,9	35,5	11,5	11,5
städtisch-ländlich	10,7	14,2	12,9	14,5	8,5	8,5
städtisch-städtisch	27,5	36,2	39,1	45,0	75,8	75,8
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Anteil der mobilen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

2) Anteil der jeweiligen Wanderungsbewegung an den Gesamtwanderungen

Quelle: zusammengestellt nach Kang, I.-W. 1997, S. 82

Seit Anfang der 90er Jahre zeichnet sich eine Verringerung der Konzentration der Migration auf Großstädte sowie auch des Mobilitätsgrades⁹ im Allgemeinen ab (Tab. 2.9 und Tab. 2.12). Damit kann der anfänglich extensive Urbanisierungsprozess des Landes als abgeschlossen betrachtet werden. Nun trat ein starker Suburbanisierungsprozess der Bevölkerung und der Industrie, insbesondere in der Hauptstadtregion Seoul, ein. Die räumliche Verlagerung der städtischen Funktionen in die Umlandregionen war eng mit den wachsenden Wohnungsproblemen in Großstädten und der Umstrukturierung der Industriestruktur verbunden. Die Bevölkerungskonzentration in den Großstädten verschärfte die Wohnungsnot und deshalb entstanden zahlreiche Satellitenstädte in Umlandregionen. Zugleich begann im industriellen Sektor die räumliche Trennung zwischen Hauptsitz und Produktionsstandorten. Diese räumliche Trennung beruhte auf dem Wandel der Wirtschaftsstruktur in den 80er Jahren und auf der Politik der Förderung von bestimmten Industrieregionen (Kim, D.-H. 1992, S. 181). Demzufolge blieben die Hauptsitze in der Hauptstadt Seoul, die Produktionsstandorte verteilten sich auf die Hauptstadtregion oder die südöstlichen Industrieregionen¹⁰. Entsprechend stellten sich die raumstrukturellen Merkmale des Landes wie folgt dar (vgl. ebd., S. 37):

- Hauptstadtregion: räumliche Konzentration der Hochtechnologien und produktionsorientierten Dienstleistungen
- Südöstliche Regionen: räumliche Konzentration der Produktionsstandorte der High-Tech-Industrie und deren Zuliefererindustrie
- Südwestliche Regionen: arbeitsplatzintensive Industrie

Durch den Suburbanisierungsprozess intensivierte sich die räumliche Verflechtung zwischen der Großstadt und ihren umliegenden Gemeinden. Dies führte zur Bildung neuer Planungseinheiten, die von der zentralen Großstadt und ihren umliegenden Gemeinden gebildet wurden.

⁹ Der mobile Anteil der Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung stieg von 16% in den 60er Jahren auf 24% im Jahr 1988. Damit besaß Südkorea die weltweit höchste Migrationsrate (vgl. Tab. 2.12; Engelhard 1996, S. 700).

¹⁰ Nach einer Erhebung von 1986 hatten über 80% der 500 größten Unternehmen in Korea ihren Hauptsitz in Seoul (Kim, D.-H. 1992, S. 181).

Planerische Maßnahmen

Der zweite Landesentwicklungsplan wurde als Ergebnis der kritischen Auseinandersetzung mit den räumlichen und sozialen Problemen des ersten Plans erarbeitet. Der Schwerpunkt lag auf einer ausgewogeneren Entwicklung zwischen Stadt und Land. Damit sollte eine Gleichstellung des Lebensstandards des gesamten Landes erreicht werden. Dieses Ziel war im ersten Plan zwar auch enthalten, hatte hier aber nur sekundäre Bedeutung. Der zweite Plan orientierte sich nicht mehr am „Wachstum um jeden Preis“. Jedoch scheiterte die politische Maßnahme zur Umverteilung der Entwicklungspotentiale aufgrund der unkontrollierten Konzentration der Bevölkerung und der Unternehmen in den Großstädten, da das Wirtschaftswachstum wegen der Akkumulationsvorteile in den Städten stattfand. Die starke Bevölkerungskonzentration in den Großstädten führte zur flächenmäßigen Ausdehnung der Agglomerationsräume über die Verwaltungsgrenzen hinaus. Zusätzlich wurde die Konzentration auf Seoul durch die enormen Investitionen aufgrund der beiden internationalen Festspiele „Asian Games“ (1986) und „Olympic Games“ (1988) verstärkt.

Der zweite Plan war wegen der Verschärfung der räumlichen Disparitäten zum Scheitern verurteilt. Hinzu kamen die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie z.B. der zunehmende Protektionismus der Industrienationen, der Druck auf Südkorea zum Öffnen des eigenen Marktes und der steigende internationale Wettbewerbsdruck. Das Scheitern des zweiten Landesentwicklungsplanes einerseits und die weltweite Strukturveränderung andererseits erforderten die Verbesserung der staatlichen Raumentwicklungspolitik innerhalb des Planungszeitraumes. Daraus ergab sich die Novellierung des zweiten Landesentwicklungsplanes 1987. Der Schwerpunkt des korrigierten Planes lag auf dem Aufbau von vier regionalen Zentren mit einer Größenordnung von über 1 Mio. Einwohnern. Diese Maßnahme sollte die weitere Konzentration in der Hauptstadtregion verhindern und gleichzeitig drei weitere regionale Zentren fördern.

Trotz der raumplanerischen Maßnahmen war das Land durch räumliche und soziale Disparität seit den 60er Jahren geprägt. Allerdings verringerte sich der regionale Abstand, wobei sich die starke Konzentration auf die Hauptstadtregion Seoul weiterhin fortsetzte. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Person nach den Regionen bzw. Großstädten, lag der Index von Großstädten im Jahr 1970 erheblich höher als der Index der Provinzen. Während ein Einwohner in Seoul im Jahr 1970 1,2 Mio. WON umgesetzt hatte, konnte der Einwohner in der Provinz „*Kyungbuk*“

nur einen Umsatz von 0,3 Mio. WON erzielen. Diese extreme Disparität der Wirtschaftsstruktur verringerte sich ab Mitte der 80er Jahre aufgrund der staatlichen Investitionsmaßnahmen in den ländlichen Regionen (Landesentwicklungspläne). Darüber hinaus verringerte sich die Bevölkerungszahl in den ländlichen Regionen durch starke Landflucht. Diese erhöhte das BIP pro Person. Besonders auffällig war der Anstieg in der Region „*Kyungnam*“ in den 80er Jahren zu beobachten, in der das BIP pro Person dieser Region seit Mitte der 80er Jahre das der Hauptstadt Seoul überstieg. Dies war das Ergebnis der massiven Investitionen in die Schwerindustrie seit den 70er Jahren.

Tab. 2.13: Regionale Disparität nach dem BIP und dem gesamten Entwicklungsstand

		Geschätztes BIP pro Person ¹⁾ in 1.000 Won ²⁾						Index für den regionalen Entwicklungsstand ³⁾		
		1970		1980		1989		1970	1980	1990
		BIP	Index	BIP	Index	BIP	Index			
Großstädte	Seoul	1.233	231	1.298	131	2.331	116	151	70	48
	Busan	725	136	910	92	1.962	98	101	55	44
	Daegu	615	115	721	73	1.787	89	k.A.	k.A.	k.A.
	Incheon	798	150	905	91	2.260	113	k.A.	k.A.	k.A.
Provinzen	Kyunggi	385	72	967	97	1.927	96	64	44	47
	Kangwon	391	73	734	74	1.987	99	87	46	43
	Chungbuk	427	80	864	87	1.771	89	87	40	44
	Chungnam	390	73	748	75	1.552	78	51	32	35
	Chonbuk	375	70	727	73	1.581	79	60	33	37
	Chonnam	345	65	782	79	1.587	79	52	31	34
	Kyungbuk	302	57	692	70	1.820	91	58	42	43
	Kyungnam	450	84	1.085	109	2.505	125	77	47	53
	Cheju	401	75	833	84	1.800	90	98	46	39
Gesamt		533	100	992	100	2.001	100			

1) Index bezieht sich auf das Verhältnis von BIP pro Person der jeweiligen Regionen bzw. Städte und des gesamten Landes

2) 1 € = ca. 1.220 Won (Stand Nov. 2002)

3) Index bezieht sich auf den Werte, die durch 18 unterschiedliche Kriterien bewertet wurden. Hierzu gehören die Wirtschaftsstruktur, Wohnungsversorgung, Umwelt, Verkehr, Bildungs- und gesundheitliche Einrichtungen, öffentliche Services etc.

k.A.: keine Angaben

Quelle: zusammengestellt nach Choi, J.-H. 1998, S. 234-235

Ein weiterer Index für die regionale Disparität stellte der unterschiedliche Entwicklungsstand der Regionen dar. Der regionale Entwicklungsabstand zwischen Seoul und den restlichen Regionen war in den 70er Jahren äußerst groß. Allerdings glichen sich diese Unterschiede Anfang der 90er Jahren aus (Index für den regionalen Entwicklungsstand in Tab. 2.13). Betrachtet man diese Entwicklung differenziert nach den sektoralen Bereichen, zeigt sich eine wesentliche Verbesserung in der Wirtschaftsstruktur, der Wohnungsversorgung und der Umwelt. Demgegenüber blieben die Rückstände in der Verkehrsinfrastruktur sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen der ländlichen Regionen im Vergleich zu den Großstädten relativ unverändert (Choi, J.-H. 1998, S. 236).

Der Strukturwandel zur postindustriellen Gesellschaft in den 90er Jahren erzwang die räumliche Umstrukturierung. Die Städte wuchsen über ihre Verwaltungsgrenzen hinaus. Die Ansprüche an Demokratie, Umweltschutz und Lebensqualität nahmen zu. Unter diesen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zielte der dritte Landesentwicklungsplan auf eine dezentrale Raumstruktur, Wohlfahrtsstandards, Umweltschutz und die Vorbereitung zur Wiedervereinigung. Der Inhalt des neuen Planes unterschied sich nicht wesentlich von den bisherigen Plänen, jedoch ergriff die staatliche Politik in der dritten Periode aktive Maßnahmen zur räumlichen Entwicklung in den benachteiligten Regionen. Demnach sollten die regionalen Zentren in den 90er Jahren aktiv gefördert werden. Neu hinzugekommen waren allerdings die Vorbereitungsmaßnahmen zur Wiedervereinigung des Landes.

2.4 Fazit

Südkorea hat sich in den letzten Jahrzehnten als Folge des Modernisierungsprozesses von einer vormodernen zu einer industriellen Gesellschaft gewandelt. Diese Modernisierung führte zur grundlegenden Änderung der gesellschaftlichen und räumlichen Strukturen des Landes: landesweite Industrialisierung, Wandel von einer ländlichen zu einer städtischen Gesellschaft, moderne Industrie- und Büroarbeit, Mobilisierung durch motorisierte Verkehrsmittel, Aufbrechen der traditionellen Familien, moderne Architektur und damit neue Lebensformen etc.

*Tab. 2.14: Phase des gesellschaftlichen und räumlichen Wandels in Südkorea
1876-1996*

Vormoderne Gesellschaft (1876-1945)

- Öffnung des Landes: 1876
- Auflösung der Ständegesellschaft durch die „Gabo-Reform“: 1894
- Kolonialzeit (1910 – 1945): Selektive Einführung der Industrie und des Kapitalismus

Übergangsphase: Befreiung, Krieg, Wiederaufbau (1945–1963)

- Einführung des kapitalistischen Systems
- Gründung des Nationalstaates: 1948
- Krieg und Wiederaufbau

Transformation zur industriellen Gesellschaft (1963–1987)

- Stabilisierung des autoritären Staates
- Durchsetzung und Etablierung des kapitalistischen Industriesystems
- unvollständiger Fordismus als Ergebnis der Modernisierung
 - extensive Akkumulationsregime und autoritäre Regulationsweise
 - Massenproduktion - Massenexport
- Zentrum und Peripherie durch rasante Urbanisierung

Formation zur industriellen Gesellschaft (1987-1996)

- Ablösung der Militärregierung, Demokratiebewegungen, gewerkschaftliche Aktivitäten, Massenkonsum durch Einkommenssteigerungen
 - fertiger Fordismus mit postfordistischen Elemente
 - intensives Akkumulationsregime und monopolistische Regulationsweise
 - Massenproduktion - Massenexport - Massenkonsumtion
 - Bildung der Großstadtregion durch Suburbanisierung
-

Der Wandel der traditionellen Gesellschaft in Korea begann im weitesten Sinne nach der gewaltsamen Öffnung des Landes im Jahr 1876. Der Transformationsprozess zur industriellen Gesellschaft in Korea lässt sich zwischen 1876 und 1996 in vier Phasen unterteilen (vgl. Tab. 2.14):

- Vormoderne Gesellschaft (1876 und 1945): Nach der gewaltsamen Öffnung des Landes im Jahr 1876 begann sich das Land Korea zu wandeln. Zunächst wurde das traditionelle Ständesystem durch die „*Gabo-Reform*“ im Jahr 1894 endgültig aufgelöst. Während der Kolonialzeit wurden vor allem die „Industrie“ und die „Bürokratie“ durch die japanische Kolonialherrschaft in die traditionelle koreanische Gesellschaft eingeführt. Allerdings wurden diese modernen Institutionen, vor allem die der Industrialisierung, nur selektiv in wenigen Großstädten eingeführt, während der überwiegende Teil der Gesellschaft in der Landwirtschaft tätig war und somit in traditionellen Verhältnissen lebte.
- Übergangsphase (1945-1963): Nach der Befreiung von der japanischen Besatzung wurde im Jahr 1948 zum ersten Mal ein Nationalstaat gegründet. Zugleich wurde der westliche Kapitalismus wiederum unter der Ägide einer fremden Macht eingeführt. In dieser Übergangsphase stand die koreanische Gesellschaft den neuen politischen und wirtschaftlichen Systemen unerfahren gegenüber. Die Gesellschaft musste diese modernen Institutionen eigenständig aufbauen. Für diese Umsetzung fehlten die politischen und materiellen Voraussetzungen.
- Transformation zur industriellen Gesellschaft (1963-1987): Der Modernisierungsprozess im engeren Sinne, der mit der vollständigen Durchsetzung der modernen Institutionen verknüpft war, fand zwischen 1963 und 1987 statt. Insofern bezieht sich der Begriff „Modernisierungsprozess“ in der vorliegenden Arbeit auf diese dritte Phase, in der die kapitalistische Industriestruktur in der koreanischen Gesellschaft etabliert wurde. Allerdings fehlten die stabile Verkopplung zwischen industrialisierter Massenproduktion und standardisierter Massenkonsumtion und das „korporative Dreieck“ zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat, was in der westlichen Industriegesellschaft nicht der Fall war. Deshalb kann man diese koreanische Gesellschaftsformation als unvollständigen Fordismus bezeichnen.

- Formation zur industriellen Gesellschaft (1987-1996): Erst seit dem gesellschaftlichen Umbruch 1987 war die Gesellschaftsform als fertiger Fordismus mit einigen postfordistischen Elementen zu bezeichnen. In dieser Phase wandelte sich die Gesellschaft in eine industrielle Gesellschaft mit gewerkschaftlichen und bürgerlichen Aktivitäten, Einkommenssteigerungen und einer neuen Konsumtionskultur. So wurden die Entwicklung einer Massenkonsultionskultur und eine weitestgehende Demokratisierung der Gesellschaft erst in dieser Phase nachgeholt. Zugleich zeichnete sich diese neue Ausrichtung zur postindustriellen Gesellschaft durch einen Fortschritt der Informationstechnologien, eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine neue städtische Kultur aus.

Bei der Untersuchung des Modernisierungsprozesses in Südkorea ist das Jahr 1987 als ein entscheidender Zeitpunkt für den gesellschaftlichen Wandel zu betrachten (Tab. 2.14). Die koreanische Gesellschaft erlebte zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Ablösung der Militärregierung, sondern auch den Strukturwandel zu den „Neuen Technologien“, die Erstarkung der Demokratiebewegung und der Gewerkschaften sowie eine Suburbanisierung bei gleichzeitigem Aufwertungsprozess der Innenstadt.

Erst seit 1987 wurde die politische und soziokulturelle Modernisierung, wie z.B. Demokratie und Massenkonsultion durch Einkommenssteigerung, vollzogen. Zugleich zeigten sich in den 90er Jahren neue Tendenzen, wie z.B. Informations-technologie, Neoliberalismus, Fragmentierung der Gesellschaft, steigende Deregulierungstendenz, Öffnung des nationalen Marktes, Verstärkung des Kapitalmarktes im Gegensatz zum Staat, die postindustrielle Züge trugen.

2.4.1 Merkmale der nachholenden Modernisierung in Südkorea

Die Modernisierung in Südkorea ist als nachholend und komprimiert zu bezeichnen, da sie die von den westlichen Gesellschaften über mehrere Generationen benötigte Entwicklung innerhalb einer Generation nachgeholt hat. Die historisch-spezifische Entwicklung der Gesellschaftsformation zum kapitalistischen Industriesystem (besonders zwischen 1963 und 1987) war durch komprimierte, implantierte und autoritäre Formen geprägt. Diese drei charakteristischen Merkmale des Modernisierungsprozesses in Südkorea werden als nachholende Modernisierung bezeichnet (Tab. 2.15).

Tab. 2.15: Merkmale und Folgen der nachholenden Modernisierung Südkoreas

Komprimierte Modernisierung

- soziale Polarisierung und räumliche Diskrepanz durch selektive Förderpolitik
 - expansive Urbanisierung durch rapide Industrialisierung
-

Implantierte Modernisierung

- wirtschaftliche Abhängigkeit von internationalen Märkten, vor allem von Japan und den USA
 - fehlendes Selbstbewusstsein und Identitätskrise durch radikale Übernahme der westlichen Modelle
 - materieller Aufstieg als einziger Identitätsbildungsfaktor
-

Autoritäre Modernisierung

- enge Verzahnung zwischen Staat und Kapital
 - einseitige und autoritäre Durchsetzung des Modernisierungsprojektes
 - Unterentwicklung der sozialen und demokratischen Aktivitäten
-

Komprimierte Modernisierung

Der Gesellschaftswandel von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft mit einem enormen Wirtschaftswachstum wurde in Südkorea innerhalb einer Generation vollzogen, wofür die westlichen Gesellschaften eine Zeitspanne von mehreren Generationen zur Verfügung hatten. Die rasche Industrialisierung wurde durch ein enges Bündnis zwischen einem autoritären Staat und dem Großkapital unter der Ägide der USA durchgeführt. Die Politik und Planung konzentrierten sich ausschließlich auf das schnelle Wirtschaftswachstum durch die Industrialisierung auf Kosten der demokratischen Strukturen. Gezielte Investitionen und Subventionen sowie finanzielle und steuerliche Unterstützung ermöglichten das rasche Wachstum der letzten Jahrzehnte. Diese selektive Förderpolitik führte allerdings zu zunehmenden räumlichen und gesellschaftlichen Diskrepanzen (Tab. 2.16). Zudem unterstützte die damalige Raumentwicklungspolitik die wirtschaftliche Entwicklung erheblich. Demgegenüber wurden die sozialen, kulturellen und sozial-räumlichen Auswirkungen der rasanten Entwicklung des Landes wenig beachtet und die unterschiedlichen Interessen kaum ausgleichend berücksichtigt.

Implantierte Modernisierung

Der Modernisierungsprozess war nicht aus sich selbst entstanden, sondern wurde von den bereits entwickelten Modellen der westlichen Industrieländer übernommen.

Die politischen Strategien zur Industrialisierung wurden so konzipiert, dass man das südkoreanische Entwicklungspotential innerhalb der „internationalen Arbeitsteilung“ gut ausspielen konnte¹¹. Die Wirtschaftspolitik orientierte sich wesentlich an externen Bedingungen, ohne Berücksichtigung der vorhandenen Entwicklungspotentiale oder -möglichkeiten. Die wachstums- und exportorientierte Wirtschaftspolitik führte zu einer starken Abhängigkeit vom Weltmarkt, die auch die Politik und die Planungen von diesen äußeren Rahmenbedingungen abhängig machte. Das heißt, die Wirtschaftsstruktur entwickelte sich nicht selbständig, sondern wurde maßgeblich von der staatlichen Zuweisung bzw. Förderung bestimmt. Diese Selektion verhinderte nicht nur einen fairen Wettbewerb zwischen und innerhalb der Wirtschaftsstrukturen und Unternehmen, sondern auch die Bildung einer stabilen und komplexen Wirtschaftsstruktur.

Die Wirtschaftskrisen der 60er, 70er und 80er Jahre brachten schließlich den radikalen Wandel der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen. In jeder Krise wurde das ganze Land erschüttert und danach wurden neue Ziele und Strategien aus westlichen Modellen übernommen, ohne den bisherigen Entwicklungsprozess zu reflektieren. Dies führte zu einer instabilen wirtschaftlichen und politischen Struktur.

Autoritäre Modernisierung

Die Militärregierung hat die Modernisierung des Landes als wichtigstes Ziel in den 60er Jahren mit aller politischer Macht und Gewalt durchgesetzt. Die demokratische Entwicklung des Landes sowie der soziale Frieden wurden zugunsten des Erfolges der Modernisierung stark unterdrückt bzw. auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Der Staat war nicht bereit, den demokratischen Forderungen nachzugeben. Stattdessen konzentrierte sich die Regierung auf das materielle Wachstum. Zugleich versuchte der Staat, die politische Spannung gegenüber Nordkorea zu forcieren, um die Unterdrückung der Demokratie- bzw. Reformbewegung zu rechtfertigen. Diese autoritäre Machtausübung konnte sich bis Mitte der 80er Jahre durchsetzen. Sie verhinderte die Herausbildung moderner Gesellschaftsformen, wie sie sich z.B. in Demokratisierung, gewerkschaftlichen Aktivitäten, Meinungsfreiheit etc. niederschlugen.

¹¹ Die weltweite Nachfrage nach Konsumgütern ermöglichte den schnellen Einstieg in die Industrialisierung. Das Land verfügte über günstige Rahmenbedingungen für arbeitsintensive Leichtindustrie: ausreichende Arbeitskräfte mit hohem Bildungsniveau.

Tab. 2.16: Geförderte und Benachteiligte der selektiven Förderpolitik

Geförderte ⇔ Benachteiligte	Politik
Industrie ⇔ Landwirtschaft	Industriepolitik
Großunternehmen (<i>Chaebol</i>) ⇔ kleine und Kleinstbetriebe	Wirtschaftspolitik
Stadt/Hauptstadt- und Südostregion ⇔ Land/restliche Regionen	Raumordnungspolitik
neue Stadt/Großsiedlungen/Neubau ⇔ Altstadt/Naturräume/Altbau	Stadtentwicklungspolitik
Unternehmer/Bürodienste ⇔ Lohn-/Industriearbeiter	Gesellschaftspolitik
Ober- und Mittelschicht ⇔ niedrige Einkommensgruppen	Wohnungspolitik

2.4.2 Räumliche Folgen

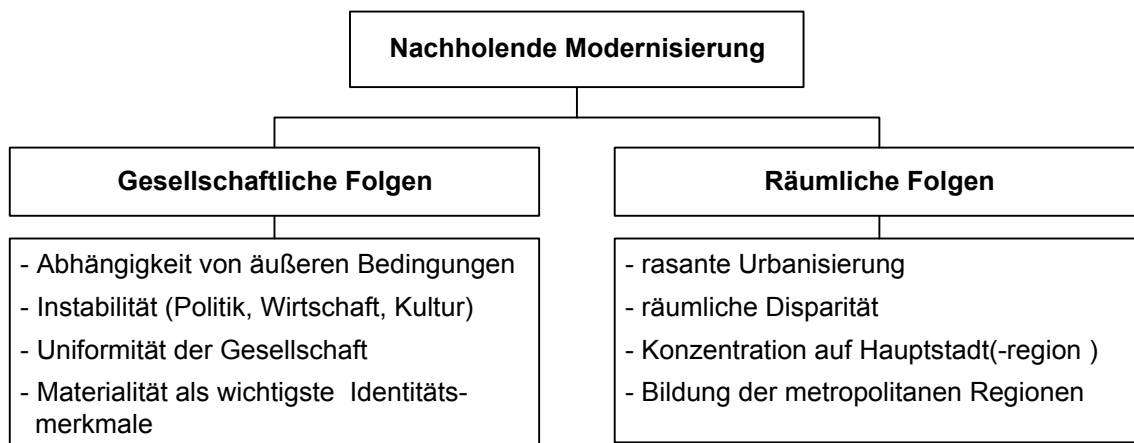
Die nachholende Modernisierung in Südkorea führte zu einem ständigen Wandel der räumlichen Strukturen, die radikal neu formiert bzw. modifiziert wurden (Abb. 2.4). Die Industrialisierungspolitik wurde in den bestimmten Regionen (Hauptstadt und Südostregion) gezielt umgesetzt, um die begrenzten materiellen Ressourcen (Kapital, Arbeitskräfte, Infrastruktur etc.) konzentriert und effizient einsetzen zu können. Es folgte eine extreme räumliche Disparität zwischen den prosperierenden Großstädten und den restlichen Regionen. Daraus bildete sich eine bipolare Struktur des Landes.

Das Abbremsen dieser räumlichen Ungleichentwicklung war von Anfang an der Schwerpunkt der staatliche Raumentwicklungspolitik, in deren Folge im Jahr 1972 die Landesentwicklungspläne entstanden. Diese Landesentwicklungspläne sollten das regionale Ungleichgewicht auffangen und zugleich für das weitere Wirtschaftswachstum effizientere Produktionsräume besonders der Südostregion schaffen. Die Politik erkannte zwar die räumlichen Probleme, vor allem die rasche Verstädterung durch Landflucht und damit verbunden die räumliche Ungleichentwicklung. Da die Modernisierungspolitik ihre Priorität jedoch in das Wirtschaftswachstum gesetzt hatte, zielten die Landesentwicklungspläne genau in die gegenteilige Richtung, nämlich auf die selektive Förderung der Hauptstadt und Südostregion. Dies führte zur zunehmenden Polarisierung zwischen Stadt und Land, prosperierenden und schrumpfenden Städten, Industrie und Landwirtschaft sowie Großunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen. Die extreme räumliche Kluft verringerte sich seit den 80er Jahren, da zahlreiche Investitionsmaßnahmen zugunsten der ländlichen Regionen durchgeführt wurden. Die physischen Rahmenbedingungen der vernachlässigten Regionen bzw. Städte näherten sich in den letzten Jahrzehnten konti-

nuierlich dem Niveau der prosperierenden Großstädte an. Trotz Verbesserungen entwickelte sich die räumliche Dynamik fast ausschließlich um die vorhandenen Agglomerationsräume, da sie weiterhin vielfältige Arbeitsplätze, bessere Bildungschancen, kulturelle und gesundheitliche Einrichtungen sowie rasche Aufstiegsmöglichkeiten boten.

Die Tendenz der Bevölkerungskonzentration auf die Großstädten stagnierte seit Anfang der 90er Jahre. Der Urbanisierungsprozess als typisches Phänomen der Industrialisierung war in Südkorea in den 90er Jahren abgeschlossen. Allerdings hielt das Bevölkerungswachstum in der Hauptstadtregion (*Seoul, Incheon, Kyunggi*) insgesamt an, während in den meisten Provinzen und anderen Städten der Bevölkerungsanteil an der gesamten Bevölkerung abnahm. Die Zahl der Einwohner in Seoul selber ging zwar seit Anfang der 90er Jahre zurück, die Hauptstadtregion insgesamt wuchs jedoch kräftig durch die Entstehung neuer Wohnstädte und die Etablierung neuer Industriebetriebe außerhalb der Verwaltungsgrenze von Seoul. Dadurch bildete sich eine gigantische Hauptstadtregion, in der etwa 44,5% der gesamten Bevölkerung (20,4 Mio. Einwohner) auf 11,8% der gesamten Fläche des Landes lebten.

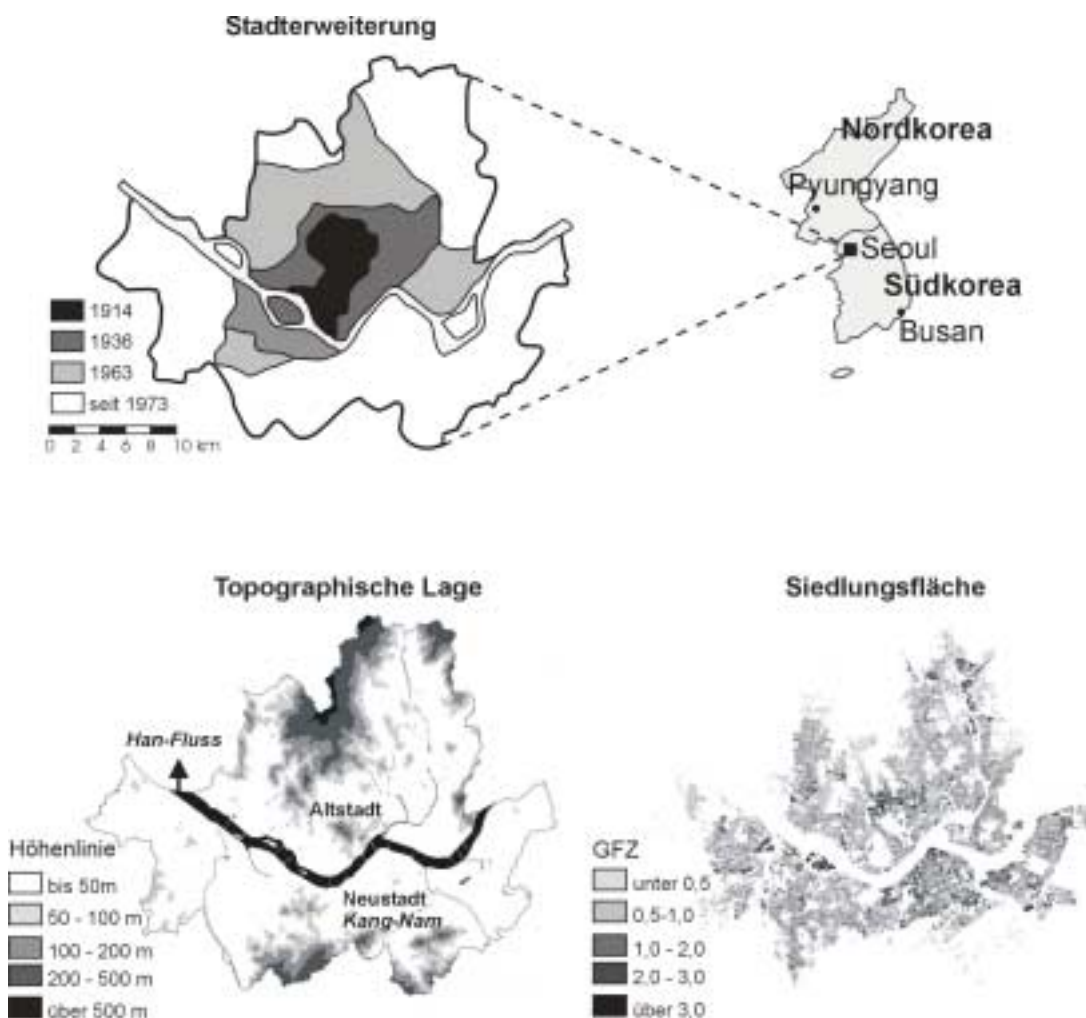
Abb. 2.4: Gesellschaftliche und räumliche Folgen der nachholenden Modernisierung in Südkorea



3 Stadtentwicklung und Planungskultur in Seoul

Seoul ist seit 1394 die Hauptstadt der koreanischen Halbinsel und das politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes. Mit 10,3 Mio. Einwohnern auf 605 km² ist Seoul die größte Stadt Koreas. Seoul liegt in der geographischen Mitte des gesamten Landes am *Han-Fluss*, der in die Westküste (*Gelbes Meer*) mündet. Die Stadt ist durch den *Han-Fluss* in die nördliche Altstadt und südliche Neustadt geteilt und ringsum von Bergen umgeben (Abb. 3.1).

Abb. 3.1: Übersichtskarte Seoul



Graphische Skizze in Anlehnung an Kwon, I.

Tab. 3.1: Konzentrationsgrad auf Seoul

	<i>Südkorea (A)</i>	<i>Seoul (B)</i>	<i>Anteil (B/A) in %</i>
Fläche (km ²)	99.314	605	0,6
Bevölkerung (1996)	45.545.000	10.469.000	23,0
Anzahl der Betriebsstätten (1996)	2.555.100	699.800	27,4
Beschäftigtenzahl (1996)	10.207.650	4.045.540	39,6
Hauptsitz der 100 größten Unternehmen	100	84	84,0
Anzahl der Haushalte (1990)	11.370.160	2.817.380	24,8
Anzahl der Häuser (1990)	7.160.390	1.430.980	20,0

Quelle: zusammengestellt nach Arbeitsstättenzählung 1996; Nam, J. 1996, S. 89; IKS 1995, S. 65

Die Stadtentwicklung Seouls begann mit der Stadtgründung im 14. Jahrhundert. Bis auf einige wenige denkmalgeschützte Gebäude ist jedoch im heutigen Stadtbild die historische Stadtstruktur kaum wiederzuerkennen, da Seoul im 20. Jahrhundert große Veränderungen in der städtebaulichen Struktur im Zusammenhang mit der Modernisierung erlebte. Im Zuge des Modernisierungsprozesses, vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, entwickelte sich Seoul zur führenden Metropole in Südkorea. Alle anderen Großstädte folgen erst mit großem Abstand.

Die Bevölkerungszahl stieg von 0,9 Mio. im Jahr 1945 auf 10,6 Mio. im Jahr 1990 und die Stadtfläche vergrößerte sich von 268 km² (1944) auf 605 km² (1973) (vgl. SMG 1997a, S.111 und 114). Fast ein Viertel der gesamten Bevölkerung Südkoreas lebt heute in Seouls auf 0,6% der gesamten Fläche des Landes. Seoul bildet zusammen mit den umliegenden Gemeinden eine Hauptstadtregion mit 20 Mio. Einwohnern. Von den Hauptquartieren der 100 größten Unternehmen befinden sich 84 in der Hauptstadt. 40% aller südkoreanischen Arbeitsplätze befinden sich innerhalb des Stadtgebietes von Seoul (Tab. 3.1). Diese rasante Stadtentwicklung und die extreme Konzentration der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen fanden ausschließlich innerhalb der zweiten Phase der Modernisierung zwischen 1963 und 1996 statt. Deshalb liegt der Untersuchungsschwerpunkt der vorliegenden Arbeit im Wesentlichen auf der zweiten Phase.

3.1 Historische Stadtentwicklung bis 1945

Seoul wurde 1394 von der „*Choson-Dynastie*“ als ihre Hauptstadt gegründet. Das politische System war sehr stark auf die Hauptstadt konzentriert. Seoul war daher eine reine Verwaltungsstadt, sie profitierte von der zentralen Funktion von Politik und Verwaltung. Die finanzielle Quelle der Stadt waren lediglich das Steueraufkommen und die Grundrenten des ganzen Landes. Das heißt, die Stadt verfügte kaum über bedeutende Produktionsstätten. Es gab bis zum 17. Jahrhundert keine außergewöhnliche Stadtentwicklung und die Bevölkerungszahl blieb mit ca. 100.000 Einwohnern konstant. Im 18. Jahrhundert entfaltete sich das Handelsgeschäft in Seoul. Diese Handelsentwicklung beruhte auf der Einführung des neuen Geldwirtschaftssystems und dem starken Wachstum von agrarwirtschaftlichen Produkten mit Hilfe neuer Techniken. Die Bevölkerungszahl stieg auf über 200.000 Einwohner an. Aufgrund dieses Bevölkerungswachstums entstanden zahlreiche Satellitenstädte vor den Stadtmauern, die im 20. Jahrhundert infolge der Stadterweiterung eingemeindet wurden.

Die erste gravierende Veränderung der Stadt begann nach der gewaltsamen Öffnung des Landes durch ausländische Mächte, vor allem Japan und die USA, im Jahr 1876. Das Land war zuvor aufgrund ausländischer Invasionen (Frankreich und USA) strikt abgeschottet gewesen und dies hatte die Modernisierung des Landes verhindert. Zwischen 1910 und 1945 wurde Korea von Japan besetzt. In dieser Zeit erzwangen die Japaner einen Wechsel des gesellschaftlichen Systems zugunsten der japanischen Bedürfnisse. Die Industrie- und Verwaltungssysteme sowie die kapitalistische Struktur wurden unter dem japanischen Regime eingeführt. Dies brachte ein rapides Bevölkerungswachstum mit sich, vor allem durch eine starke Nachfrage nach Industriebeschäftigten vor dem Hintergrund der Kriegserklärung an die USA und China und durch den Zuzug von Japanern. So wuchs die Stadt besonders in den 30er Jahren rasant und dementsprechend erweiterte sich die Siedlungsfläche zum ersten Mal über die alten Stadttore hinaus, vor allem entlang einer Ost-West-Achse und in Richtung Süden. Die Einwohnerzahl stieg von 250.208 (1920) auf 980.000 (1944) (Abb. 3.4).

Die Einführung der Industrialisierung durch Japan führte zur grundlegenden Änderung der sozioökonomischen und soziokulturellen Strukturen der Stadt. Die auffälligste Entwicklung war der starke Rückgang des agrarwirtschaftlichen Sektors von

11,4% (1911) auf 2,5% (1941) und das Wachstum im industriellen Sektor innerhalb desselben Zeitraums von 10,1% auf 21,5%. Der Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor stieg ebenfalls von 50,8% auf 65,0% an (Tab. 3.2). Die dominante Funktion der Stadt lag nach wie vor im Handel und in der Verwaltung. In der Kolonialzeit entwickelten sich Industrie und Handel gleichzeitig, jedoch gab es keinen nennenswerten Zusammenhang zwischen Industrie- und Handelsentwicklung. Der Dienstleistungssektor in Seoul hätte ohne Industrialisierung weiter wachsen können, da die Stadt bereits ein kaufmännisches, wirtschaftliches und politisches Zentrum des Landes war. Das industrielle Wachstum in der Kolonialzeit beruhte wesentlich auf militärbezogenen Produkten, die gleich nach der Herstellung weiter nach China bzw. in die Mandschurei geliefert wurden.

Tab. 3.2: Beschäftigtenentwicklung in Seoul nach Wirtschaftssektoren 1911-1941

	1911	1930	1941
I. Sektor	11,4%	1,7%	2,5%
II. Sektor	10,1%	18,3%	21,5%
III. Sektor	50,8%	72,7%	65,0%
Erwerbslos	27,7%	11,0%	11,8%

Quelle: SDI 2001b, S. 233

Betrachtet man die Erwerbstätigenstruktur nach den Wirtschaftssektoren, so scheint es, dass Seoul bereits Anfang des 20. Jahrhunderts in eine industrielle Gesellschaftsform transformiert wurde (Tab. 3.2). Allerdings betrug der Anteil der Erwerbspersonen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Jahr 1930 nur 34,7% (SDI 2001b, S. 60). Der überwiegende Teil der Bevölkerung war nicht auf den regulären Arbeitsmarkt angewiesen, sondern konnte entweder von den Abgaben seiner Landpächter leben oder war auf irreguläre Arbeitsverhältnisse angewiesen. Die weiteren Merkmale der Gesellschaftsstruktur waren die starke Polarisierung zwischen Besitz- und Klassenverhältnissen. Während die Japaner die großen Industriebetriebe, die Kaufhäuser, die Institutionen der Außenwirtschaft, die Banken und den Großhandel betrieben, waren die Einheimischen überwiegend auf die Kleinstbetriebe bzw. auf schlecht bezahlte Löhne angewiesen. Der Anteil der Lohnempfänger an der gesamten Konsumtion war relativ gering. Dies ließ sich zum einen auf den niedrigen Anteil der Industriebeschäftigten an der gesamten Bevölkerung zurückführen und zum anderen auf die extrem niedrigen Löhne dieser Beschäftigten.

Abb. 3.2: Historischer und vormoderner Stadtplan von Seoul



Historischer Plan aus der Choson-Dynastie

Quelle: SMG 1997b, S. 19



Kyungsung Masterplan 1936

S. 19

Abb. 3.3: Traditionelles und vormodernes Stadtbild „Namdaemun-tong“



1902



1940

Quelle: SDI 2001a, S. 28, S. 66

Aufgrund des unkontrollierten Stadtwachstums und aus politisch-militärischen Gründen führte die japanische Regierung einen modernen Stadtentwicklungsplan ein. 1934 wurde die „*Verordnung zur Siedlungsplanung*“ (*Choson Shigaji Gaehoikryung*) als erste moderne Stadtplanung erlassen. Die *Verordnung* sah den Ausbau der Hauptstadt Seoul zum militärischen Stützpunkt Japans für weitere Angriffe auf China vor. Die wesentlichen Bestandteile dieser Verordnung waren der Ausbau der Infrastruktur, der Siedlungsbau und die Errichtung von Industriestätten. Es folgte der „*Kyungsung Masterplan*“ (*Kyungsung Shigaji Gaehoik*) im Jahr 1936 (Abb. 3.2).

Dieser Plan wurde wegen des Krieges gegen China und die USA zwischen 1937 und 1945 nicht verwirklicht. Nur drei Siedlungen entstanden nach diesem Plan. Die gesamte Fläche dieser drei Siedlungen betrug 7,2 km² und dies entsprach 5,4% der gesamten Stadtfläche (Son, J.-M. 1996, S. 101). Das heißt, die gesellschaftliche und die räumliche Struktur der Stadt war zum Großteil noch durch vormoderne Gesellschaftsformen geprägt.

In der Kolonialzeit entwickelte sich eine moderne innerstädtische Stadtstruktur. Der Handel konzentrierte sich auf das Stadtzentrum und es entstanden innerstädtische Geschäftsstraßen mit einer neuen, westlich geprägten Architektur, vor allem Gebäude für öffentliche Institutionen, Kirchen, ausländische Vertretungen, Banken, Geschäfte etc. Die alten einstöckigen Ziegeldach- bzw. Strohhäuser wurden durch mehrstöckige moderne Gebäude aus Backstein ersetzt (Abb. 3.3). Die alten kleinteiligen Straßen, die ausschließlich an Fußgängern orientiert war, wurde mit der Einführung der Straßenbahn zu breiten Straßen erweitert. Die Industrie siedelte sich, auch aufgrund von planerischen Eingriffen, in den Stadtrandgebieten an, die bis in die 80er Jahre als wichtigste Industriegebiete weiterentwickelt wurden.

3.2 Stadtentwicklung in der Modernisierungsphase 1945-1996

3.2.1 Räumliche Entwicklung

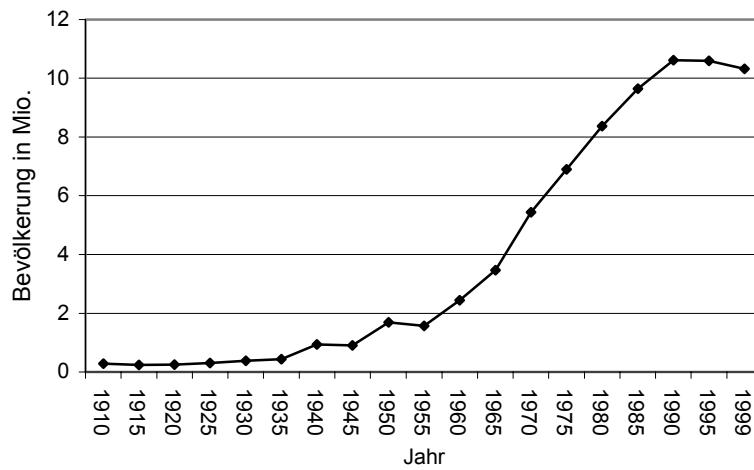
Nach dem Abzug der Japaner (1945) erlebte Seoul ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum, vor allem durch die Rückkehr von Flüchtlingen. Die Bevölkerungszahl Seoul wuchs von 901.371 Einwohnern im Jahr 1945 auf 1.693.224 Einwohner im Jahr 1950 (Abb. 3.4). Sie nahm aufgrund des Koreakrieges zwischen 1950 und 1953 leicht ab. Der Krieg zerstörte die industrielle Basis und zahlreiche Siedlungen der Stadt. So waren nach dem Krieg 80% des baulichen Bestandes in der Innenstadt Seouls völlig oder teilweise zerstört (Son, J.-M. 1998a, S. 132). Der Wiederaufbau dauerte noch bis zum Ende der 50er Jahre. Selbst danach war der überwiegende Teil des Baubestandes immer noch erneuerungsbedürftig.

Nach dem Krieg herrschte im ganzen Land wirtschaftliche Not und politische Instabilität. Dies führte zur landesweiten Bevölkerungswanderung von ländlichen Regionen in die Großstädte, vor allem in die Hauptstadt Seoul (Kap. 2.3.1). Durch dieses rasante Bevölkerungswachstum verschlechterte sich die Wohnungssituation in Seoul erheblich. So entstanden zahlreiche illegale Siedlungen¹² in den innerstädtischen Quartieren durch illegale Besitznahme der städtischen Fläche in den 50er Jahren.

Im Zuge des Industrialisierungsprozesses stieg die Bevölkerungszahl um mehr als das Zweifache, von 2,4 Mio. (1960) auf 5,4 Mio. (1970), mit einer jährlichen Zuwachsrate von 12,2%. Dementsprechend wurde die gesamte Fläche vom nördlichen Teil der heutigen Verwaltungsgrenze in eine Siedlungsfläche umgewandelt (Abb. 3.5).

¹² ausführliche Erklärung siehe Kap. 3.2.4

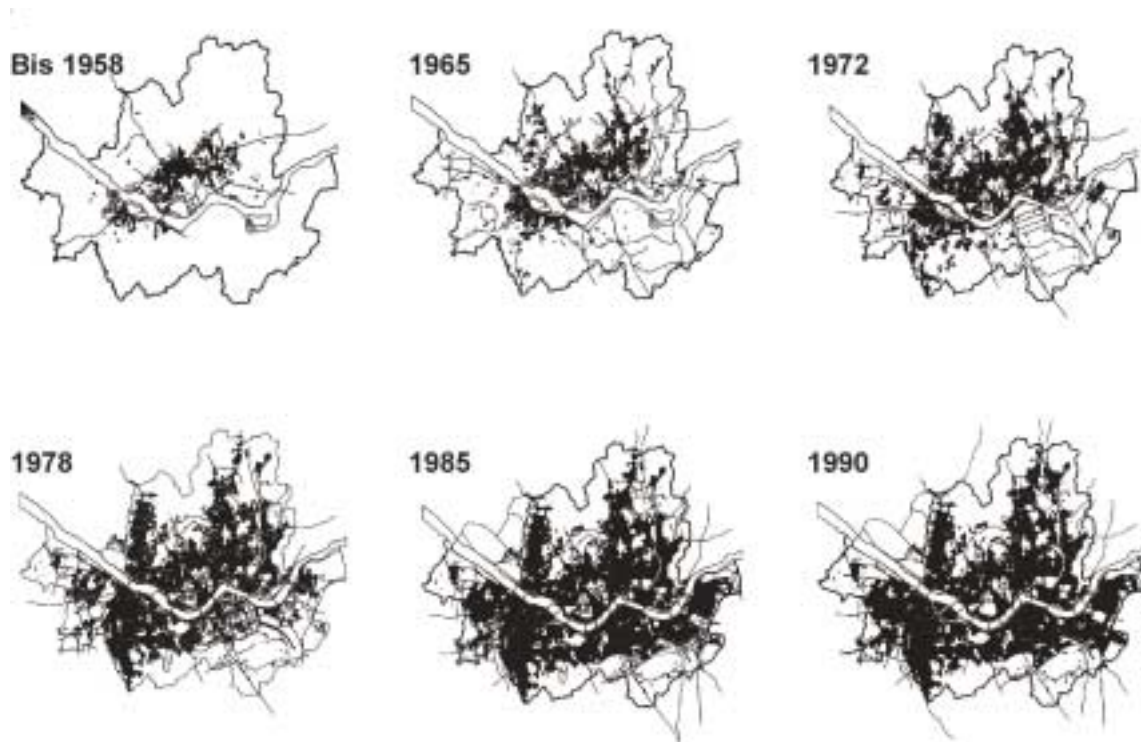
Abb. 3.4: Bevölkerungsentwicklung in Seoul 1910-1999



Jahr	Einwohner
1910	278.958
1920	250.208
1930	386.770
1940	935.464
1950	1.693.224
1960	2.445.352
1970	5.536.269
1975	6.889.799
1980	8.366.756
1985	9.645.932
1990	10.612.577
1995	10.231.217
1999	10.321.449

Quelle: zusammengestellt nach Seoul Statistical Yearbook von verschiedenen Jahrgängen

Abb. 3.5: Siedlungsentwicklung in Seoul



Quelle: SMG 1997a, S. 109

Die Modernisierungspolitik in den 60er Jahren erforderte eine räumliche Komponente, die das Wirtschaftswachstum durch die vom Staat initiierte Industrialisierung unterstützen sollte. Hierbei erwiesen sich die städtischen Probleme wie z.B. Wohnungsnot, Verkehrsprobleme, mangelhafte öffentliche Infrastruktur etc. als Belastung. Um dieser Probleme Herr zu werden und zugleich die langfristige Stadtentwicklung sicherzustellen, wurde im Jahr 1962 ein „*Stadtplanungsgesetz*“ (*Doshi-Gaehoik-Bub*) verabschiedet. Die wesentlichen Inhalte des Gesetzes waren folgende (KRIHS 1996, S. 366 ff.):

- Das *Stadtplanungsgesetz* wurde von der bisherigen *Stadtplanungsverordnung* (*Choson Shigaji Gaehoikryung*) getrennt: Das eigenständige Stadtplanungsgesetz sollte die städtischen Probleme effektiv und systematisch beseitigen.
- Die bisherige Entscheidungsbefugnis lag ausschließlich im zentralen Ministerium. Das neue Gesetz erlaubt der kommunalen Selbstverwaltung eine gewisse Form der Mitbestimmung bei der Planfeststellung.
- Einführung einer Sanierung der illegalen und heruntergekommenen Siedlungsgebiete.
- Ergänzung der öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Parkplätze, Erholungsgebiete, Grünflächen, Schulen und kulturelle Einrichtungen etc.
- Verbesserung der *Bodenordnungsmaßnahme* als Stadterweiterungsinstrumente für eine zügige Stadtentwicklung.

Es folgte 1966 der „*City Masterplan*“ (*Doshi-Gaehoik*) als erster moderner Stadtplan. Ziel dieses Planes war die Vermeidung des unkontrollierten Stadtwachstums durch langfristige Stadtentwicklungsplanung, deren Inhalt nicht nur physische, sondern auch sozioökonomische Bereiche umfasste. Hierzu zählten die Bodennutzung, Verkehrsplanung und Infrastrukturplanung für 5 Mio. Einwohner in den nächsten 20 Jahren. Aufgrund des unkontrollierten Urbanisierungsprozesses wurde dieser *City Masterplan* bereits 1970 korrigiert. Weitere Änderungen folgten 1972, 1978 und 1980.

Die Stadtverwaltung entschloss sich Ende der 60er Jahre, einen neuen Stadtteil „*Kang-Nam*“ südlich des „*Han-Flusses*“ zu gründen, um die starke Bevölkerungskonzentration aufzulösen und die damit verbundene Wohnungsnot der Stadt zu lindern. Das gesamte Entwicklungsgebiet umfasste zwei Ortsteile: „*Yeoung-Dong*“ mit 2.640 ha und „*Jamsil*“ mit 1.320 ha. Die vorher landwirtschaftlich genutzte Fläche wurde bis in die 80er Jahre komplett in Siedlungsflächen umgewandelt (Abb. 3.6). Bereits Mitte der 70er Jahre waren einige Siedlungen bezugsfertig und es

begann eine massive Bevölkerungswanderung von der nördlichen Altstadt in die südliche Neustadt. Mehr als 2 Mio. Menschen wohnen heute im neuen Stadtteil *Kang-Nam*. Der Bevölkerungsanteil des neuen Stadtteils an der gesamten Stadtfläche stieg von 5% (1975) auf 20% (1995). Der neue Stadtteil *Kang-Nam* entwickelte sich (im Gegensatz zu den deutschen Trabantenstädten) zum modernsten Viertel mit der gehobenen Wohnqualität der Stadt. *Kang-Nam* wurde kein Wohngebiet der unteren Mittelklasse (homogene Struktur, fehlende funktionale Mischung, wie vergleichbare Großsiedlungen der 70er Jahre in Westdeutschland), sondern entwickelte sich zu einem bevorzugten Wohn- und Geschäftsgebiet der oberen Mittelschicht und der gehobenen Klasse.

Abb. 3.6: Apartment-Komplexe in der Landwirtschaftsfläche in Kang-Nam 1976



Quelle: SDI 2001a, S. 267

Für die Ausweisung des neuen Stadtteils *Kang-Nam* wurde die „*Bodenordnungsmaßnahme*“ (*Toji-Guhoik-Jeonggri-Saup*) verwendet. Sie wurde bereits in der Kolonialzeit für die Siedlungsentwicklung eingeführt und sie hatte für die Stadtverwaltung den Vorteil, dass die Siedlungsentwicklung ohne finanzielle Belastungen durchgeführt werden konnte. Die *Bodenordnungsmaßnahme* blieb daher bis in die 70er Jahre hinein das wichtigste Instrument der Siedlungsentwicklung. Insgesamt 11.958 ha Siedlungsfläche wurden durch die sie zwischen 1961 und 1980 entwickelt¹³

¹³ Zu den bedeutenden Siedlungen gehörten die *Hwagok*-Siedlung mit 132 ha, die *Youido*-Siedlung mit 264 ha, die *Yeoung-Dong*-Siedlung mit 2.640 ha und *Jamsil*-Siedlung mit 1.320 ha.

(Son, J.-M. 2000, S. 119). Dies hatte aber auch Nachteile, setzte z.B. eine langjährige Entwicklungsphase voraus und führte zur Bodenspekulation¹⁴.

Die Stadtentwicklung am Ende der 70er Jahre beschäftigte sich mit den städtischen Problemen als Folge der wachstumsorientierten Entwicklungspolitik. Zu den negativen Auswirkungen gehörten u.a. eine Überkonzentration der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen auf Seoul, ein soziales und räumliches Auseinanderfallen der Bevölkerung, ein Mangel an sozialer Infrastruktur sowie Verkehrsprobleme. Darüber hinaus wurde die bisherige Stadtentwicklung wegen der rücksichtslosen Planungskultur und der städtebaulichen Willkür kritisiert. Unter diesen Rahmenbedingungen wurde das *Stadtplanungsgesetz* vom 1962 im Jahr 1981 novelliert. Das geänderte Gesetz enthielt vor allem eine Verbesserung des Planungssystems zugunsten der langfristigen Entwicklungsplanung und Instrumente der Bürgerbeteiligung beim Planaufstellungsverfahren sowie die Einführung der Gestaltungsregelung.

Trotz der Novellierung des Gesetzes setzte sich die extensive Stadtentwicklung in den 80er Jahren mit der Einführung des neuen Gesetzes „*Förderungsgesetz zur Baulanderschließung*“ (*Taekji-Gaebal-Chokjin-Bub*) in der Praxis weiter fort. Das Gesetz wurde 1980 zur Erleichterung des Wohnungsbaus erlassen. Das *Förderungsgesetz zur Baulanderschließung* zielte zum einen auf die Schaffung von Wohnungen innerhalb kürzester Zeit und zum anderen auf die Vermeidung von Bodenspekulation. Das Gesetz war die Alternative des bisherigen einzigen Instruments für Siedlungsentwicklung „Bodenordnungsmaßnahme“. Dazu verfügte das neue Gesetz über folgende Sonderregelungen:

- Die Entscheidungsbefugnis über die Festlegung des Entwicklungsgebietes liegt nicht bei der Gemeinde, sondern beim Staat, also beim Bauministerium.
- Für die Genehmigung eines Bau- bzw. Erschließungsvorhabens musste man in der Regel 19 verschiedene Gesetze berücksichtigen und ebenso viele Genehmigungen einholen. Vorhaben nach dem neuen Gesetz wurde von dieser Regel befreit, d.h. wenn das Gebiet als Baulanderschließungsgebiet vom Bauminister genehmigt worden war, wurden die üblichen Genehmigungs- bzw. Aufstellungsverfahren nach den anderen Gesetzen hinfällig.

¹⁴ Der Bodenpreis im neuen Stadtteil *Kang-Nam* stieg zwischen 1963 und 1983 um das 1.000fache (!) an (Son, J.-M. 2000, S. 120)

Tab. 3.3: *Großsiedlungen in den 80er Jahren*

<i>Siedlungen</i>	<i>Gesamtfläche (ha)</i>	<i>Einwohner</i>	<i>Wohnfläche</i>	<i>Wohnungen</i>
Mokdong	432	120.000	66 bis 181 m ²	26.629
Sangkae	330	130.000	30 bis 109 m ²	39.909

Quelle: Park, T.-H. 1999: S. 386

Tab. 3.4: *Siedlungsentwicklung in Seoul*

<i>Jahr</i>	<i>bis 1921</i>	<i>1922-58</i>	<i>1959-65</i>	<i>1966-72</i>	<i>1973-78</i>	<i>1979-85</i>	<i>1986-90</i>
Siedlungsfläche in km ²	9,6	26,4	50,5	56,6	64,3	53,4	18,6
Anteil	3,4%	9,5%	18,1%	20,3%	23,0%	19,1%	6,7%

Quelle: SDI 1994c, S. 73

Dieses Förderungsgesetz fungierte als das stärkste Instrument in der Siedlungsentwicklung. Dies führte zur Entstehung zahlreicher Großsiedlungen und zu einer Erweiterung der Siedlungsfläche bis an die Stadtgrenze. Allein in den 80er Jahren wurden auf 2.060 ha Siedlungen in der Stadt entwickelt (Son, J.-M. 1995, S. 55). Bis 1999 nahmen die neuen Siedlungen in Seoul insgesamt 3.313 ha in Anspruch (Son, J.-M. 2000, S. 117).

In den 80er Jahren entstanden zwei große Apartment-Komplexe (*Mokdong* und *Sangkae*) im Rahmen des Wohnungsbauprogramms. Die *Mokdong*-Siedlung wurde von der öffentlichen Hand mit Hilfe des *Förderungsgesetzes zur Baulanderschließung* errichtet. Für die Durchführung der *Sangkae*-Siedlung wurde die „*korporative Sanierung*“ (*Habdong Jaegaebal*)¹⁵ verwendet. Die beide Siedlungen wurden auf dem Gelände der ehemaligen illegalen Siedlungen zugunsten der mittleren Einkommensgruppe ohne Rücksichtnahme auf die alten Bewohner errichtet (Tab. 3.3). Diese Stadterweiterungsprojekte stießen auf massiven Widerstand und dies löste heftige politische Diskussionen über die Wohnungsprobleme aus.

Als Folge der extensiven Stadterweiterung bis in die 80er Jahre stieg die bebaute Fläche von 1960 bis 1990 um mehr als das Dreifache von 86,5 km² auf 279,4 km² (Tab. 3.4). Ende der 80er Jahre existierten innerhalb dieses Stadtgebietes keine verfügbaren Freiflächen mehr (Tab. 3.4). Eine horizontale Erweiterung der Stadt war nun nicht mehr möglich. Die Stadtentwicklungspolitik griff deshalb auf die vorhandenen Siedlungen zurück, die in den 60er und 70er Jahren entstanden waren. Die

¹⁵ ausführliche Erklärung siehe Kap. 3.2.4

noch relativ jungen Siedlungen bzw. Wohnhäuser wurden von den Abriss/Neubau-maßnahmen, sog. „*Nachfolgebau*“ (*Jae-Gunchuk*), durch neue Hochhäuser ersetzt. Nun entwickelte sich die Stadt vertikal, um der weiterhin großen Nachfrage nach Wohnflächen gerecht zu werden. Obwohl das Wachstum der Bevölkerung sich verringerte, nahm die Nachfrage nach Wohnfläche erheblich zu. Dies ließ sich zum einen auf die Tendenz zur Verkleinerung der Haushaltsgröße und zum anderen auf einen wachsenden Anspruch auf größere Wohnungen durch Einkommenssteigerungen zurückführen.

Die Bevölkerungsentwicklung in den 90er Jahren trat zum ersten Mal seit der Modernisierungsphase in eine Stagnationsphase ein (Abb. 3.4). Die Bevölkerungszahl nahm von 10.969.862 (1992) auf 10.321.449 (1999) um 5,9% ab. Dieser Rückgang beruhte im Wesentlichen auf einer starken Bevölkerungsabwanderung in die Umlandregionen. Der Suburbanisierungsprozess begann Mitte der 80er Jahre und beschleunigte sich durch das staatliche Wohnungsbauprogramm „5 New Town Projects“ in den 90er Jahren (Tab. 3.5). Der räumliche Sprung in die Umlandregionen wurde bis in die 80er Jahre durch den „Grüngürtel“¹⁶ behindert. In den 90er Jahren übersprang die städtebauliche Entwicklung den Grüngürtel und es entstanden fünf große Satellitenstädte in der Seouler Umlandregion. Dabei nahm die Bevölkerungszahl in Seoul zwischen 1992 und 1997 zum ersten Mal um 580.0000 Einwohner ab. Im Verlauf dieses Zeitraumes entstanden im Seouler Umland 19 Großstädte, wobei die Zahl der Großstädte im Umland in den 70er Jahren nur drei betrug. Seoul und die Umlandregion sind funktional eng verbunden. In dieser verkehrsmäßig gut erschlossenen Hauptstadtregion leben zurzeit über 20 Mio. Einwohner (Abb. 3.7).

Die städtebauliche Struktur der suburbanen Räume in der Hauptstadtregion ist durch die dichte Bebauung mit Hochhäusern in den Apartment-Komplexen geprägt, während die suburbanen Räume wie in den westlichen suburbanen Regionen von einer lockeren, offen bebauten Siedlungsform geprägt sind (Abb. 3.8).

Die Stadtentwicklung in den 90er Jahre richtete sich auf die innere Entwicklung, wie z.B. Flächensanierung der Wohnsiedlungen in den 60er und 70er Jahren, Umbau der Nebenzentren, Neugestaltung der Grünflächen, Ausbau der leistungsfähigen Infrastruktur (Erweiterung des ÖPNV-Netzes, Stadtautobahn).

¹⁶ Die Grüngürtel wurde 1971 als absolutes Bausperrgebiet um die Stadtgrenze ausgewiesen, um weiteres Stadtwachstum und damit verbundene Umweltzerstörungen zu verhindern. Die gesamte Fläche des Grüngürtels beträgt heute 166,8 km² (SMG 1997, S. 114)

Abb. 3.7: Konzentration der Großstädte in der Hauptstadtregion

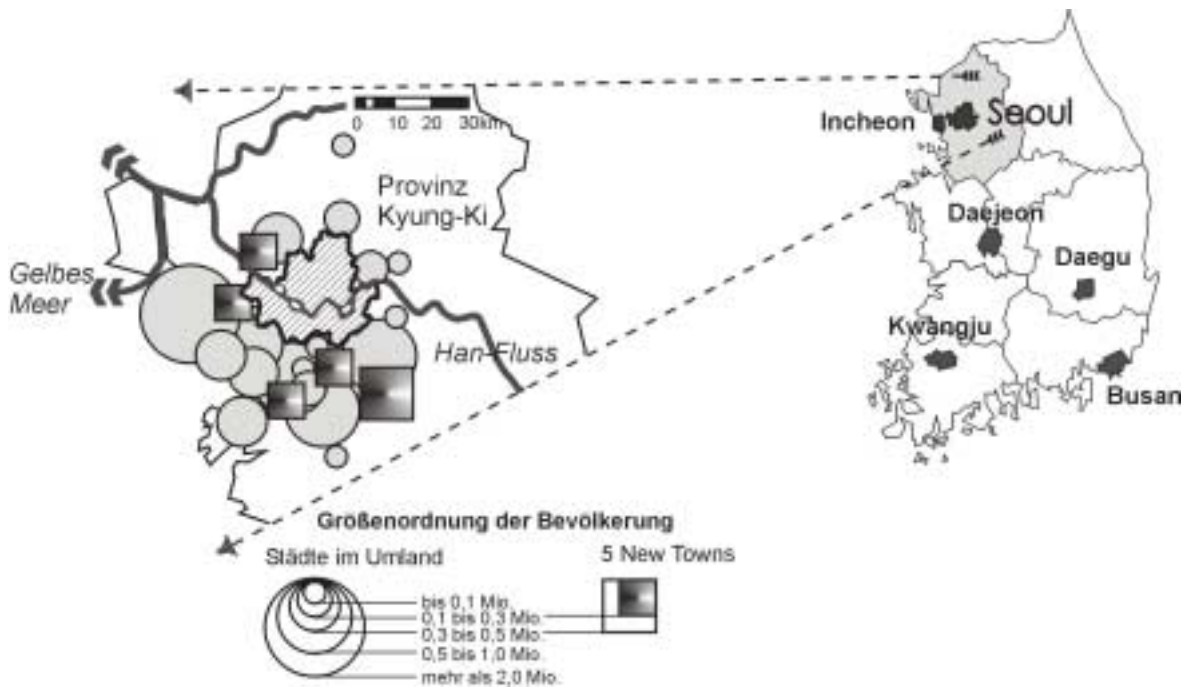


Abb. 3.8: New Town im suburbanen Raum (Bunddang und Ilsan)



Bundang



Ilsan

Quelle: PHRG 2000, S. 73, S. 61

Tab. 3.5: 5 New Town Projects in den 90er Jahren

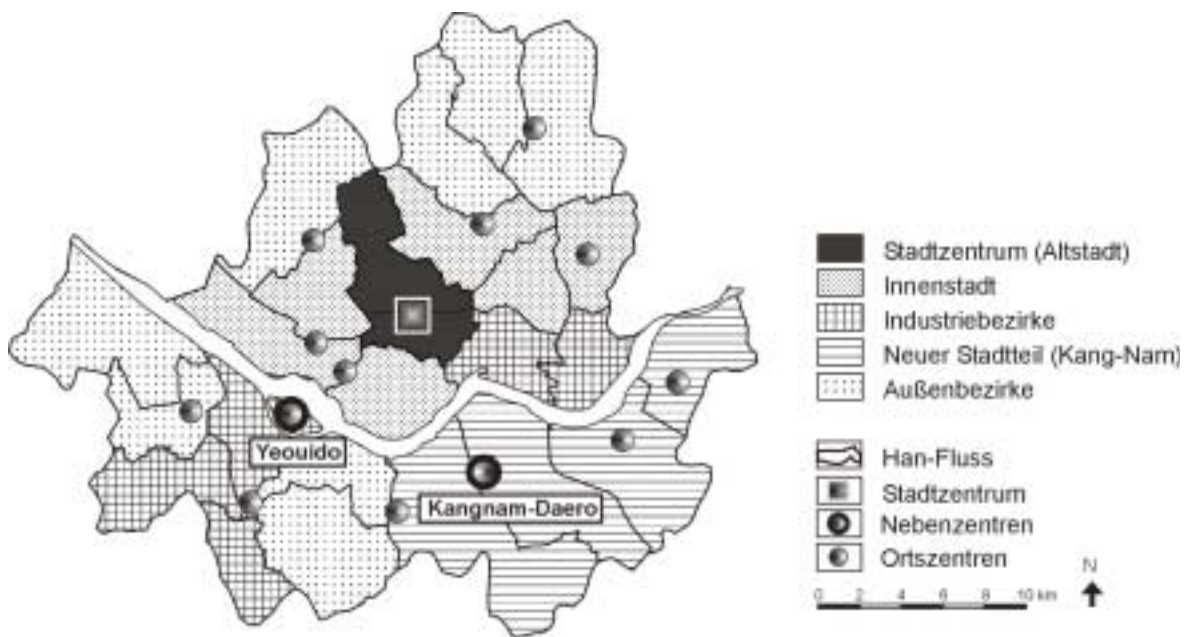
Siedlungen	Bundang	Ilsan	Pyungchon	Sanbon	Chungdong
Fläche (ha)	1.969	1.571	511	419	545
Einwohner	390.500	276.000	170.000	170.000	170.000
Wohnungen	97.580	69.000	42.500	42.500	42.500

Quelle: Park, T.-H. 1999: S. 385

3.2.1.1 Bevölkerungsentwicklung nach Stadtteilen

Die Bevölkerungsentwicklung verlief nach den Stadtteilen unterschiedlich. Für die Untersuchung der räumlichen Entwicklung der verschiedenen Stadtteile wird die Stadt im Zusammenhang mit der historischen Siedlungsentwicklung und der geographischen Lage in 5 Gebiete unterteilt. (siehe Tab. 3.6, Abb. 3.9).

Abb. 3.9: Räumliche Gliederung von Seoul



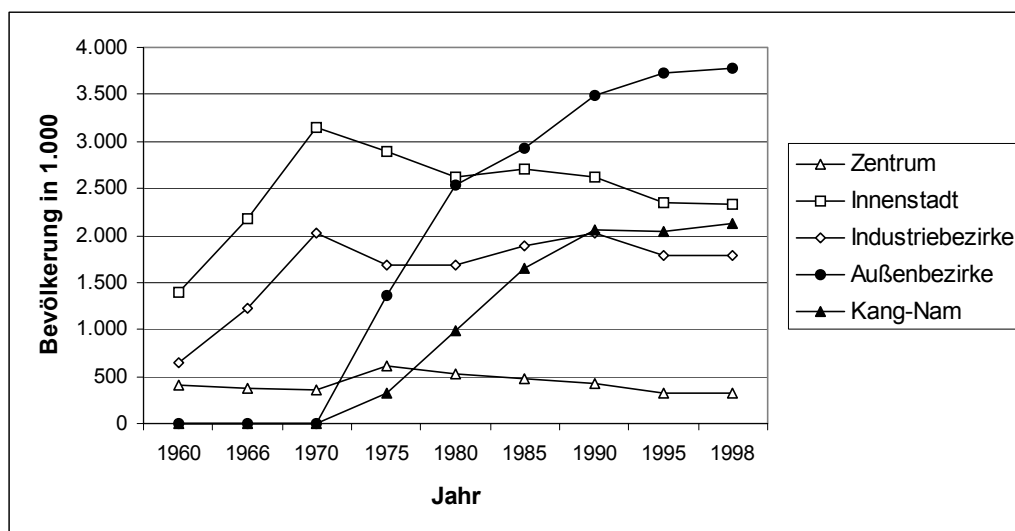
Tab. 3.6: Räumliche Gliederung von Seoul 1996

	Bevölkerung in Mio.	Fläche in km ²	Bezirke
Stadtzentrum	0,3 (3,1%)	34 (5,7%)	Jung, Jongro
Innenstadt	2,3 (22,6%)	115 (19,2%)	Mapo, Yongsan, Seodaemun, Sungbuk, Dongdaemun, Jungrang
Außenbezirke	3,8 (36,6%)	215 (35,8%)	Unpyung, Kangseo, Yangcheon, Kwanak, Nowon, Dobong, Kangbuk, Dongjak
Neuer Stadtteil Kang-Nam	2,1 (20,5%)	145 (24,1%)	Kangnam, Seocho, Songpa, Kangdong
Industriebezirke	1,8 (17,3%)	91 (15,2%)	Youngdeongpo, Kuro, Kumcheon, Sungdong, Kwangjin

Stadtzentrum: Der älteste Stadtteil entstand mit der Gründung der Stadt und besteht aus zwei Bezirken. Die heutige Siedlungsstruktur wurde wesentlich zwischen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhundert gebildet. In der vormodernen Zeit bis 1945 konzentrierten sich alle Funktionen, wie z.B. Verwaltung, Handel und Gewerbe, Wohnen und Erholen, auf diesen Stadtteil. Das Stadtzentrum baute in der Modernisierungsphase seine zentrale Funktion von Wirtschaft, Kultur und Politik kräftig aus, während seine Wohnfunktion kontinuierlich verloren ging. Bereits seit den 60er Jahren verringerte sich die Bevölkerungszahl, mit kurzfristigen Ausnahmen¹⁷, kontinuierlich (Abb. 3.10).

Innerstädtische Bezirke: Die Entstehung der Innenstadt reicht bis in die Kolonialzeit zurück. Dieser Stadtteil entwickelte sich als Mischgebiet von Wohnen, Handel und Kasernen. Er war bis in die 60er Jahre eine bedeutende Wohnstätte. Diese Bezirke hatten Bevölkerungsgewinne bis Anfang der 70er Jahre. Danach zeichnete sich eine abnehmende Tendenz der Bevölkerungszahl ab. Seit den 70er Jahren befand sich dieser Stadtteil in einem wirtschaftlichen, demographischen sowie baulichen Niedergang. In den 90er Jahren begann eine punktuelle Aufwertung dieser Siedlungen durch Sanierungspolitik.

Abb. 3.10: Bevölkerungsentwicklung nach einzelnen Stadtgebieten in Seoul 1960-1996, in 1.000



Quelle: Darstellung nach Seoul Statistical Yearbook aus verschiedenen Jahrgängen

¹⁷ Die Bevölkerungszahl in dem Stadtzentrum stieg zwischen 1970 und 1975 leicht an. Dies beruhte auf der Bezirksreform und den veränderten Bezirksgrenzen. Dadurch gewann das Zentrum zusätzliche Bevölkerung aus anderen Bezirken.

Industriebezirke: Die Industriebezirke bestehen aus fünf Bezirken und waren wichtigster Produktionsort im 20. Jahrhundert in Seoul. Im Zuge der Industrialisierung in den 60er Jahren entwickelten sie sich als modernste Industriestätten. Sie hatten die höchste Bevölkerungswachstumsrate von jährlich 21% in den 60er Jahren im Gegensatz zu den anderen Stadtteilen. Seit den 70er Jahren zeichnet sich ein Bevölkerungsrückgang ab.

Neuer Stadtteil *Kang-Nam*: Dieser Stadtteil ist der jüngste Siedlungsbereich der Stadt. Er wurde bis in die 60er Jahre hinein überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Der ganze Stadtteil entstand in den 70er Jahren im Zuge einer Stadterweiterungsmaßnahme. Die Bevölkerungszahl stieg um mehr als das 5fache von 326.000 (1975) auf 2 Mio. (1990) mit einer jährlichen Wachstumsrate von 35,3%(!). Aufgrund des raschen Wandels vom Ackerland zum modernsten und gehobenen Stadtteil innerhalb kürzester Zeit wird dieser Stadtteil gesondert betrachtet, obwohl *Kang-Nam* eigentlich den Außenbezirken zuzuordnen ist.

Außenbezirke: Dieses Gebiet besteht aus 8 Bezirken und besitzt den größten Anteil an der Bevölkerung und an der Fläche der Stadt. Die Flächennutzung dieses Gebietes war bis in die 50er Jahre hinein überwiegend landwirtschaftlich. Die Siedlungsentwicklung begann in den 60er Jahren und beschleunigte sich durch das rasche Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in den 70er Jahren erheblich. Während die vormodernen Stadtteile, wie z.B. das Stadtzentrum, die Innenstadt und Industriebezirke, seit den 70er Jahren deutlich an Bevölkerung verloren, war in den Außenbezirken und im neuen Stadtteil „*Kang-Nam*“ eine stetige Bevölkerungszunahme mit einer starken Wachstumsrate zu beobachten (Abb. 3.10).

3.2.1.2 Wohnungsversorgung

Nach dem Anteil derzeitiger Flächennutzung von Seoul besteht die Hälfte der Stadtfläche aus Wohngebieten (Tab. 3.7). Das „Wohnen“ stand immer im Mittelpunkt der Stadtentwicklungspolitik. Im Jahr 1995 standen 1,7 Mio. Wohnungen für etwa 3 Mio. Haushalte mit 10 Mio. Einwohnern zur Verfügung. Die hohe Bevölkerungskonzentration auf eine begrenzte Stadtfläche führte zur räumlichen Verdichtung der Stadt mit 17.540 Einwohnern pro km² (SMG 1997a, S. 26). Hinsichtlich der Flächennutzung war etwa die Hälfte der Stadt als Wohnfläche ausgewiesen. Bezogen auf besiedelte Fläche betrug der Anteil der Wohngebiete sogar 86%.

Tab. 3.7: Anteilsentwicklung der Flächennutzung in Seoul 1989-1995

	1989	1989 in km ²	1995	1995 in km ²
Wohngebiet	41,2%	249	49,8%	301
Industrie- und Gewerbegebiet	4,2%	25	4,8%	29
Handel und Dienstleistungen	3,1%	19	3,5%	21
Grünfläche ¹⁾	49,7%	301	41,9%	254

1) Etwa zwei Drittel der gesamten Grünfläche gehören zum Grüngürtel

Quelle: SMG 1991, 28; SMG 1997a, S.111 und 114

Tab. 3.8: Haushalts- und Wohnungsentwicklung in Seoul 1970-1995

	Bevölkerung	In % ¹⁾	Anzahl der Haushalte	In % ¹⁾	Anzahl der Wohnungen	In % ¹⁾	Whg-grad ²⁾	Anzahl der HHM ³⁾
1970	5.536.269	-	1.097.432	-	619.174	-	56,4	5,0
1975	6.889.799	24,4	1.409.725	28,5	775.199	25,2	55,0	4,9
1980	8.366.756	21,4	1.836.192	30,3	993.561	28,2	54,1	4,6
1985	9.645.932	15,3	2.325.395	26,6	1.194.587	20,2	51,4	4,1
1990	10.612.577	10,0	2.814.845	21,0	1.430.981	19,8	50,8	3,8
1995	10.231.217	-3,6	2.965.794	5,4	1.731.766	21,0	58,4	3,4

1) Wachstumsrate; 2) Wohnungsversorgungsgrad; 3) HHM= Haushaltsmitglieder

Quelle: zusammengestellt nach Seoul Statistical Yearbook aus verschiedenen Jahrgängen

Die Wohnungsbaupolitik in Südkorea orientierte sich lediglich an der quantitativen Schaffung der Wohnungen. In den 70er Jahren entwickelte der Staat ein massives Wohnungsbauprogramm mit einer Größenordnung von 2,5 Mio. Wohnungen innerhalb von 10 Jahren. Das Programm enthielt die Förderung von privaten Investoren, Standardisierung der Baumaterialien bzw. Grundrisse und Kostensenkung durch Massenproduktion. Um dieses Programm zu verwirklichen, wurde im Jahr 1972 das „Wohnungsbauförderungsgesetz“ (*Jutaek-Gunsul-Chokjinbub*) erlassen. Demzufolge stieg der Wohnungsbestand in Seoul zwischen 1970 und 1985 von 619.174 auf 1.194.587 Wohnungen mit einer jährlichen Wachstumsrate von 6,2%, allerdings war die jährliche Wachstumsrate der Haushalte im selben Zeitraum mit 11,2% fast doppelt hoch (Tab. 3.8). Dementsprechend verringerte sich der Wohnungsversorgungsgrad von 56,4% (1970) auf 51,4% (1985). Diese Tendenz änderte sich seit Anfang der 90er Jahre. Die jährliche Wachstumsrate der Wohnungen zwischen 1985 und 1995 betrug 4,5%, während die jährliche Wachstumsrate der Haushalte bei nur 2,8% lag. So stieg der Wohnungsversorgungsgrad 1995 auf 58,4%.

Trotz der vergleichsweise höheren Wachstumsrate im Wohnungsbau in den letzten Jahren fehlten in Seoul immer Wohnungen, besonders für die sozial schwachen Gruppen. Die Ursache des Wohnungsproblems bis Mitte der 80er Jahre lag im raschen Bevölkerungswachstum. Seit Mitte der 80er Jahren verringerte sich die Wachstumsrate der Bevölkerung deutlich. Allerdings kam die zunehmende Nachfrage nach Wohnungen aufgrund der Verkleinerung der Haushalte zustande, was den Wohnungsmarkt besonders seit den 90er Jahren zusätzlich belastete. Die Wachstumsrate der Bevölkerung zwischen 1985 und 1995 betrug 6,1%, während das Wachstum bei den Haushalten im selben Zeitraum bei 27,5% lag (Tab. 3.8). Darüber hinaus stieg der Anteil der Einpersonenhaushalte von 4% im Jahr 1970 auf 11,5% im Jahr 1992 an (SMG 1997a, S. 222).

Außerdem nahm die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf zu. Sie stieg von 14,5 m² im Jahr 1975 auf 25,9 m² im Jahr 1990. Der Wunsch nach größeren Wohnungen war auf Einkommenssteigerungen zurückzuführen (Tab. 3.8 und Tab. 3.9). Der Anteil der kleinen Wohnungen an der Gesamtzahl der Wohnungen ging von 36% (1975) auf 17% (1990) zurück, während der Anteil der größeren Wohnungen über 96 m² von 16% auf 34% stieg (Tab. 3.9).

Tab. 3.9: Entwicklung der Wohnungsgröße in Seoul 1975-1990

	1975	1980	1985	1990
bis 46 m ²	35,6%	26,4%	16,0%	16,9%
46-96 m ²	48,5%	49,9%	49,0%	49,6%
über 96 m ²	16,0%	24,3%	35,1%	33,5%
<i>Wohnfläche p.P. in m²</i>	14,5%	18,5%	23,7%	25,9%

Quelle: SMG 1997a, S. 214

Die durchschnittliche Wohnungsgröße stieg kontinuierlich, während das Angebot für kleinere und erschwinglichere Wohnungen fehlte (Tab. 3.9). Diese Entwicklung beruhte darauf, dass der vom privaten Kapital bestimmte Wohnungsmarkt sich aus Ertragsgründen ausschließlich an den Bedürfnissen der mittleren und oberen Schichten orientierte. Die Zielgruppe des öffentlichen Wohnungsbaus war ebenfalls überwiegend die mittlere Bevölkerungsschicht. Allein zwischen 1981 und 1993 entstanden in Seoul insgesamt 960.000 Wohnungen, davon waren 80% von privaten Investoren errichtet worden (SDI 1994b, S. 11 f.). Die Polarisierung des Wohnungsmarktes nahm im Modernisierungsprozess weiterhin zu. Zusätzlich verschlechterte sich die Wohnungssituation der niedrigen Einkommensgruppen

durch Flächensanierungen der Wohngebiete (ebd., S. 8). Etwa 26% der gesamten Haushalte hatten im Jahr 1990 keine eigene Wohnung, sondern bewohnten ein Zimmer in einer Wohnung bzw. einem Haus zur Untermiete, 100% dieser Haushalte bestanden aus mehr als zwei Personen (ebd., S. 21).

Die neue Regierung stellte 1987 aufgrund des Wohnungsproblems ein „Wohnungsbauprogramm“ in einer Größenordnung von 2 Mio. Wohnungen mit 250.000 Einheiten im sozialen Wohnungsbau auf. Allerdings reduzierte die Regierung in den 90er Jahren das soziale Wohnungsbauprogramm auf 190.000 Einheiten. Schließlich wurde dieses Programm aufgrund der Stabilisierung des Wohnungsmarktes, der Beseitigung der illegalen Siedlungen und der politischen Stabilität vollständig eingestellt (Kim, S.-H. 1996, S. 133).

3.2.1.3 Städtebauliche Merkmale der Wohngebiete

Betrachtet man das Baujahr der Wohngebäude, sind über 86% aller Gebäude in Seoul dem Neubau zuzuordnen, d.h. sie sind nach 1971 errichtet worden. Nur 14% der gesamten Wohngebäude wurden vor 1970 gebaut (SMG 1997a, S. 226). Der hohe Anteil an neueren Gebäuden deutet darauf hin, dass die Stadt in den letzten Jahrzehnten ihre städtebauliche Struktur komplett neu herausgebildet hat. Die städtebauliche Struktur des gegenwärtigen Wohngebiets ist überwiegend von folgenden vier Gebäudetypen geprägt (Abb. 3.11):

Ein- bis zweigeschossiges Einzelhaus

Dies war die typische traditionelle Hausform bis in die 60er Jahre. Die Einzelhaussiedlungen wurden überwiegend im Rahmen der *Bodenordnungsmaßnahme* errichtet. Über 60% aller Gebäude im Stadtzentrum und in den innerstädtischen Bezirken bestehen aus diesem Gebäudetyp (Tab. 3.10). Dieser Typ dominiert zusammen mit den Apartmenthochhaus-Komplexen das städtebauliche Bild in Seoul, wobei dessen Anteil durch eine verstärkte Bestrebung zum Abriss und anschließenden Bau von Geschosswohnbauten, insbesondere Apartment-Komplexen, stetig abnimmt (Abb. 3.12). Die Bewohner des Einzelhauses gehören zumeist unteren Einkommensgruppen an mit einfachem Schulabschluss (Yoon, I. - J. 1998, S. 255).

Mehrfamilienhaus (*Dasaedae-Jutaek*, *Dagagu-Jutaek*)

Dieser Typ entstand Ende der 80er Jahre durch die gesetzlichen Lockerungen des *Nachfolgebaus* (*Jae-Gunchuk*) von Einfamilienhäusern. Damit hoffte die Stadt die Wohnungsnot durch Schaffung von privaten Wohnungen zu lindern. Dieser Wohntyp konnte zwar den Versorgungsgrad mit Wohnraum deutlich steigern, allerdings wurde die vorhandene soziale und technische Infrastruktur durch die erhöhte Wohnungszahl stark belastet. Die Bewohner dieses Gebäudetyps gehören überwiegend den unteren Schichten und den mittleren Einkommensgruppen an. Da dieses Mehrfamilienhaus wesentlich die Einzelhäuser ersetzte, befand sich dieser Haustyp innerhalb des Einzelhausgebietes (Abb. 3.11).

Apartment-Komplex

Diese Siedlungsform entstand erst in den 60er Jahren, entwickelte sich jedoch in den 70er Jahren permanent weiter, als die massive Stadterweiterungsmaßnahme im südlichen Teil des Stadtteils *Kang-Nam* begann. Die Einführung der Apartment-Komplexe hat die bisherige Wohnkultur, die bis in die vormoderne Zeit durch das Leben der ganzen Familie im Einzelhaus geprägt war, radikal verändert. Der Wandel der Lebensform vom Haus zur Geschosswohnung im Hochhaus vollzog sich erst durch die Entstehung der Apartment-Komplexe. Diese Gebäude sind der am meisten gebaute Gebäudetypus in den letzten 30 Jahren und zugleich der beliebteste Wohnungstyp der Seouler. Im Gegensatz zu den Bewohnern des Einzelhauses gehören die Bewohner dieser Gebäude höheren Einkommensgruppen an und haben einen hohen Anteil an Hochschulabsolventen (Yoon, I.-J. 1998, S. 255). Im Jahr 1990 bestand über ein Drittel der gesamten Wohngebäude aus diesen Apartment-Komplexen (Abb. 3.12), wobei deren Anteil sich bis zum Ende der 90er Jahre um etwa 44,4% erhöht hat. Der Anteil der Apartments an den gesamten Neubauten im Jahr 1999 betrug sogar 85,9% (Yoon, H.-G. 2001, S. 199). Die südkoreanischen Apartment-Komplexe als Großsiedlungen unterscheiden sich von den Großsiedlungen der westlichen Industriestädte durch ihre Privateigentümerstruktur, die höhere sozioökonomische Struktur und die verdichtete Hochhausform.

Abb. 3.11: Typus der Wohngebäude



a) Einzelhäuser



b) Mehrfamilienhäuser



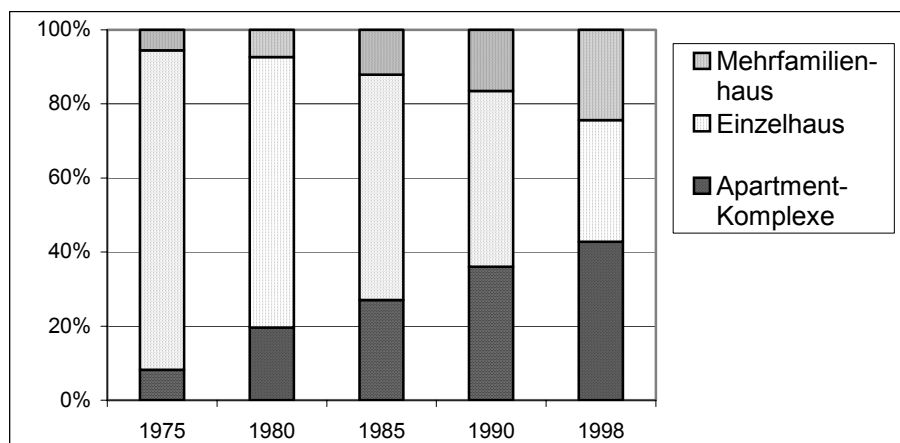
c) Mischung von Einzel- und Mehrfamilienhaus



d) Apartment-Komplexe

Quelle: a) SDI 2001a, S. 272; b) SMG 2001, S. 20; c) eigenes Bild; d) SMG 1997b, S. 64

Abb. 3.12: Anteilsentwicklung der Haustypen in Seoul 1975-1998, in Prozent



Quelle: SDI 1994b, S. 119; Yoon, H.-G. 2001, S. 221; eigene Berechnungen

Tab. 3.10: Anteil der Häusertypen nach einzelnen Stadtteilen (1990), in Prozent

	<i>Einzel- haus</i>	<i>Apartment- Komplexe</i>	<i>Reihen- häuser</i>	<i>Mehr- familienhaus</i>	<i>sonstige Wohngeb.</i>	<i>Wohnungspreis²⁾ in 1.000 Won</i>
Stadtzentrum	68,8	14,5	7,6	1,8	7,3	1.584
Innenstadt	66,3	15,2	12,3	2,9	3,3	1.425
Außenbezirke	45,8	31,5	15,0	5,4	2,3	1.383
<i>Kang-Nam</i>	17,8	67,8	9,8	2,5	2,1	1.919
Industriebezirke	57,4	23,4	14,8	1,6	2,8	1.550

1) Preis pro m²: 1€ = 1.220 Won

Quelle: SDI 1994b, S. 125 und 130; eigene Berechnungen

3.2.2 Sozioökonomische Entwicklung¹⁸

Die Wirtschaftslage Seouls verschlechterte sich nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft. Besonders stark betroffen war der industrielle Sektor. Die Japaner verließen zwar die Industriebetriebe, doch die meisten Betriebe mussten aufgrund des finanziellen und technischen Mangels geschlossen werden. Zudem wuchs die Bevölkerungszahl in Seoul explosionsartig ohne industrielle und wirtschaftliche Basis an. So hatten im Jahr 1947 nur 8,8% der gesamten Bevölkerung von Seoul ein legales Arbeitsverhältnis (SDI 2001b, S. 95-96). Diese verheerende Situation wurde durch den Koreakrieg in den 50er Jahren noch einmal erheblich verschärft.

Die Wirtschaftslage änderte sich erst in den 60er Jahren durch die staatliche Industrialisierungspolitik (vgl. Kap. 2.2.2). Die Anzahl der Industriebeschäftigten stieg zwischen 1965 und 1991 um das 12fache von 93.630 auf 1.136.900. Der Beschäftigtenanteil des industriellen Sektors stieg von 12,1% auf 31,3% (Tab. 3.11). Der Industrialisierungsprozess von Seoul erreichte in den 70er Jahren seinen Höhepunkt mit einem Beschäftigtenanteil des industriellen Sektors an den Gesamtbeschäftigten von etwa 30%. Die gesamte Beschäftigtenzahl zwischen 1965 und 1981 stieg um 207,7% von 772.977 auf 2.378.236, wobei die Entwicklung in einzelnen

¹⁸ Die wesentlichen Untersuchungsgrundlagen für die Analyse der sozioökonomischen Entwicklung sind die statistischen Daten aus den Arbeitsstätten- und Industriestättenzählungen und die Untersuchungsergebnisse von verschiedenen Stadtökonomern und -planern bzw. Institutionen. Da die Unterlagen des statistischen Amtes über die Arbeitsstättenzählungen seit 1981 alle fünf Jahre erscheinen, kann die Wirtschaftsstruktur zwischen 1981 und 1996 detailliert analysiert werden, was die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Betriebe anbetrifft.

Wirtschaftssektoren unterschiedlich verlief. Während die Beschäftigtenzahl beim tertiären Sektor um 160,2% in selben Zeitraum zunahm, stieg die Zahl der Industriebeschäftigten um 674,5% (!).

Tab. 3.11: Beschäftigtenentwicklung in Seoul nach Wirtschaftssektoren 1955-1996

	1955	1965	1971	1981	1991	1996
I. Sektor: Beschäftigte	42.349	44.862	25.000	2.015	6.063	4.850
Anteil in %	8,3	5,8	1,6	0,1	0,2	0,1
II. Sektor: Beschäftigte	28.536	93.630	335.000	725.132	1.136.899	812.407
Anteil in %	5,6	12,1	21,2	30,5	31,3	20,1
III. Sektor: Beschäftigte	440.747	634.485	1.216.000	1.651.089	2.486.474	3.228.280
Anteil in %	86,1	82,1	77,2	69,4	68,5	79,8

Quelle: zusammengestellt nach Arbeitsstättenzählung von 1981, 1991, 1996, Choi, K.-H. 1997, S. 196-208; SMG 1997a, S. 55

Tab. 3.12: Entwicklungstrends der Wirtschaftszweige 1981-1996

		Betriebe			Veränderung in %		Beschäftigte			Veränderung in %	
		1981	1991	1996	81/91	91/96	1981	1991	1996	81/91	91/96
Verarbeitendes	Absolut	53.381	90.349	79.419	69,3	-12,1	722.105	1.133.346	808.516	57,0	-28,7
Gewerbe	Anteil ¹⁾	(14,7%)	(15,5%)	(11,3%)			(30,4%)	(31,2%)	(20,0%)		
Baugewerbe	Absolut	4.758	15.083	17.193	217,0	14,0	459.605	386.673	451.439	-15,9	16,7
	Anteil	(1,3%)	(2,6%)	(2,5%)			(19,3%)	(10,7%)	(11,2%)		
Handel, Gastgewerbe, Heime	Absolut	227.202	325.104	374.610	43,1	15,2	600.844	1.020.538	1.200.814	69,9	17,7
	Anteil	(62,5%)	(55,9%)	(53,5%)			(25,3%)	(28,1%)	(29,7%)		
Nachrichten, Verkehr	Absolut	3.156	5.921	71.420	87,6	1.106	123.805	187.239	292.378	51,2	56,2
	Anteil	(0,9%)	(1,0%)	(10,2%)			(5,2%)	(5,2%)	(7,2%)		
Kreditinstitut, Immobilien, Unternehmensdienste	Absolut	21.998	37.775	55.635	71,7	47,3	208.000	418.063	657.983	101,0	57,4
	Anteil	(6,1%)	(6,5%)	(8,0%)			(8,7%)	(11,5%)	(16,3%)		
Öffentliche, soziale Dienstleistungen	Absolut	52.570	106.514	101.201	102,6	-5,0	253.394	466.228	618.242	84,0	32,6
	Anteil	(14,5%)	(18,3%)	(14,5%)			(10,7%)	(12,8%)	(15,3%)		
Sonstige Branchen ²⁾	Absolut	213	346	319	62,4	-7,8	10.673	17.349	16.165	62,6	-6,8
	Anteil	(0,1%)	(0,1%)	(0,0%)			(0,4%)	(0,5%)	(0,4%)		

1) Anteil an den gesamten Wirtschaftszweigen

2) Hierzu gehören außer dem I. Sektor auch Bergbau, Energie- und Wasserversorgung

Quelle: Arbeitsstättenzählung von 1981, 1991, 1996; eigene Berechnungen

Auf die Wirtschaftskrise am Ende der 70er Jahre folgte die neue ökonomische Ära in den 80er Jahren mit der intensiven Förderung der Forschung und Entwicklung vonseiten der Regierung sowie mit Investitionen in Automatisierungstechnik und Hochtechnologien (vgl. Kap. 2.2.2). Von diesem Strukturwandel profitierte der Wirtschaftsraum Seoul am meisten. Der Strukturwandel zog eine starke Nachfrage von

unmittelbaren und mittelbaren produktionsorientierten Dienstleistungen¹⁹ nach sich, die nicht nur auf technische und innovative Vorleistungen für die Entwicklung der Produktionen, sondern auch auf finanzielle und organisatorische Absicherungen der Unternehmensstrategien ausgerichtet waren (Tab. 3.12). Das Verhältnis der Beschäftigtenzahlen zwischen dem industriellen und dem tertiären Sektor von 30% zu 70% blieb bis zum Ende der Dekade konstant.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den 80er Jahren war durch ein starkes Wachstum des sowohl industriellen als auch tertiären Sektors gekennzeichnet. Wie die Tabelle 3.12 zeigt, nahm die absolute Beschäftigten- und Betriebsstättenzahl im allen Wirtschaftszweigen zwischen 1981 und 1991 zu, mit Ausnahme der Beschäftigten des Baugewerbes. Die durchschnittliche Wachstumsrate der gesamten Wirtschaftssektoren zwischen 1981 und 1991 betrug um die 52,6% bei den Beschäftigtenzahlen und 60,0% bei den Betriebsstättenzahlen. Allerdings lag die Wachstumsrate beim tertiären Sektor deutlich höher als beim industriellen Sektor. Die höchste Wachstumsrate bei den Beschäftigten zeichnete sich im Wirtschaftszweig „Kreditinstitute, Versicherungen, Immobilienentwickler, Unternehmensdienste“ mit 101,0% ab, gefolgt von den „öffentlichen, sozialen Dienstleistungen“ mit 84,0% und „Handel, Gastgewerbe, Heime“ mit 69,9%. Bei den Betriebsstätten hatte die Kategorie „Baugewerbe“ mit Abstand die höchste Wachstumsrate von 217,0%. Die nächsthöheren Wachstumsraten verzeichneten die Branchen „öffentliche, soziale Dienstleistungen“ (102,6%) und „Nachrichten und Verkehr“ (87,6%). Dieses Wachstum der höherwertigen Dienste wie z.B. produktionsorientierte Dienstleistungen war ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal der Wirtschaftsstruktur der 90er Jahre im Gegensatz zu den 60er Jahren, als der Beschäftigtenanteil des tertiären Sektors ebenfalls über 80% lag.

Der wirtschaftliche Strukturwandel schuf eine enorme Nachfrage nach Büroflächen ab Ende der 80er Jahre (Kim, S.-S. 1998, S. 94ff; Choi, M.-J. 1995, S. 146). Dies lässt sich an der Tabelle 3.13 deutlich ablesen. In den 80er Jahren entstanden insgesamt 20.442 Bürogebäude in Seoul, davon wurden 74% zwischen 1987 und 1989 errichtet (Kim, Y.-C. 1993, S. 316). Etwa drei Viertel der gesamten Neubauten in den 80er Jahren waren Bürogebäude (Tab. 3.13 und Abb. 3.13). Die Bürostandorte konzentrierten sich nicht nur im traditionellen Stadtzentrum, sondern mehr und

¹⁹ Produktionsorientierte Dienstleistungen umfassen alle Tätigkeiten, die besonders für die Unternehmen technische, organisatorische, finanzielle und strategische Vorleistungen bieten. In der vorliegenden Arbeit werden darunter die statistischen Kategorien „Kreditinstitute“, „Versicherungen“, „Immobilien-sektoren“ und „Unternehmensdienste“ zusammengefasst.

mehr auch in den Nebenzentren. Daraus entwickelten sich die Nebenzentren in den geplanten Stadtteilen „*Youido*“²⁰ und „*Kangnam-Daero*“²¹. Mit der Entwicklung dieser Nebenzentren ging die Stadtstruktur in Seoul innerhalb einer Generation von einer monozentralen Stadtstruktur zu einer polyzentralen über.

Tab. 3.13: Anzahl der Neubauten nach der Nutzung in Seoul 1921-1990

	Büros ¹⁾	Wohnungen	Industrie	Öffentliche Einrichtungen	Sonstige Nutzungen
1921-60	854	64	150	199	90
1961-70	2.424	486	819	272	271
1971-80	2.111	3.745	1.097	588	498
1981-89	20.442	5.907	650	497	635

1) Bürogebäude mit mehr als vier Stockwerken

Quelle: zusammengestellt nach Kim, Y.-C. 1993, S. 316

Abb. 3.13: Anteilsentwicklung der Gebäudezahl nach der Nutzung 1921-1990



Quelle: Eigene Darstellung nach der Zusammenstellung nach Kim, Y.-C. 1993, S. 316

Außerdem stieg die Tendenz zur Monopolisierung durch die Bildung großer Konzerne und die gleichzeitige Konzentration der Kleinbetriebe. Der Konzentrationsgrad sowohl bei den Kleinbetrieben als auch bei den Großunternehmen lag in Seoul weit

²⁰ *Youido* ist eine Bezeichnung für künstlich durch Aufschüttungen entstandene Inseln. Der Bau des 835 ha großen Stadtteils begann in den 60er Jahren im Rahmen der Stadterweiterungsprojekte. *Youido* ist ein moderner Stadtteil Seouls und entwickelte sich zum Finanzzentrum des Landes. Dieser neue Stadtteil gehört zum Bezirk „*Youngdeoungpo*“, der der wichtigste Industriebezirk der Stadt ist.

²¹ *Kangnam-Daero* ist eine zentrale Geschäftsstraße im neuen Stadtteil *Kang-Nam*.

höher als im Durchschnitt des Landes (vgl. Jin, J.-H. 1993, S. 155; SDI 1993, S. 24; Moon, M.-S. 1993, S. 93). Diese starke Konzentration war auf die Wirtschaftspolitik der selektiven Förderung der Großunternehmen einerseits und die Agglomerationsvorteile der Hauptstadt Seoul andererseits zurückzuführen.

In den 90er Jahren stieg die Tendenz zur Tertiärisierung, mit einem deutlichen Niedergang des produzierenden Gewerbes. In den 80er Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten im industriellen Sektor um 57% von 725.132 (1981) auf 1.136.899 Beschäftigte (1991). Dagegen ging die Zahl der Industriebeschäftigten zwischen 1991 und 1996 um 29% von 1.136.900 auf 812.400 zurück, während die Beschäftigtenzahl des tertiären Sektors von 2.486.474 auf 3.031.758 weiter anstieg. Das Verhältnis der Beschäftigtenzahlen verschob sich zwischen dem industriellen und dem tertiären Sektor von 30:70% auf 20:80% (Tab. 3.11). Bei der Betriebsstättenentwicklung war der Entwicklungstrend noch stärker. Demnach betrug der Anteil der Betriebsstätten im Jahr 1996 im produzierenden Gewerbe an allen Betrieben nur 11,3%, hingegen der Anteil der Betriebsstätten des tertiären Sektors etwa 88% (Tab. 3.12).

Diese Entwicklung ließ sich zum einen auf eine starke Nachfrage in den Dienstleistungsbereichen, besonders bei produktionsorientierten Dienstleistungen, und zum anderen auf die Abwanderung der industriellen Betriebe in die Umlandregion bzw. Billiglohnländer zurückführen. Hinzu kam die Tertiärisierung des industriellen Sektors: Der Anteil der Verwaltungs- und Bürotätigkeit im industriellen Sektor hat seit Mitte der 80er Jahre zugenommen. Der Anteil der Bürotätigkeit innerhalb des produzierenden Gewerbes stieg von 61,8% (1986) auf 66,4% (1991), wobei sich diese Arbeitsplätze überwiegend auf das Stadtzentrum und die Nebenzentren konzentrierten (SMG 1997a, S. 32-33).

Im Jahr 1996 waren etwa 30% aller Beschäftigten in der Branche „Handel, Gewerbe, Heime“ tätig, es folgten „Verarbeitendes Gewerbe“ mit 20% und „Produktionsorientierte Dienstleistungen“ mit 16%. „Handel, Gastgewerbe, Heime“ dominierten im Jahr 1986 mit 62,5% in der Betriebsstatistik. Diese Stellung wurde durch das Wachstum der Betriebe von „Produktionsorientierten Dienstleistungen“ und „Nachrichten, Verkehr“ in den 90er Jahren abgeschwächt, wobei der Anteil von „Handel, Gastgewerbe, Heime“ immer noch über 50% lag (Tab. 3.12). Ebenfalls verringerte sich der Anteil der Betriebsstättenzahl beim „verarbeitenden Gewerbe“ an den gesamten Betrieben von 14,7% (1981) auf 11,3% (1996).

3.2.2.1 Sozioökonomische Entwicklung nach Stadtteilen

Stadtzentrum

Das Stadtzentrum war und ist das politische Zentrum des Landes. Im Zuge der Industrialisierung verstärkte sich die überregionale Bedeutung des Stadtzentrums als Wirtschaftszentrum. Noch bis Anfang der 80er Jahre gab es hier 863.233 Arbeitsplätze. Dies entsprach 36,3% der gesamten Arbeitsplätze der Stadt. 1981 lagen etwa 43,3% (1981) der gesamten Arbeitsplätze des tertiären Sektors und 20,3% (1981) des industriellen Sektors innerhalb dieser Bezirke (Tab. 3.14). Diese dominante Stellung als Wirtschaftszentrum vererbte seit 1981 kontinuierlich und dank, besonders im tertiären Bereich, auf 18,3% im Jahr 1996. Im industriellen Sektor sank der Anteil im gleichen Zeitraum auf 17,2%. Der Betriebsstättenanteil des tertiären Sektors an der gesamten Stadt verringerte sich ebenfalls von 24,8% (1981) auf 14,0% (1996). Dadurch erfuhr die historische Mitte einen massiven Bedeutungsverlust als Wirtschaftszentrum, insbesondere im tertiären Bereich.

Der Rückgang im industriellen Sektor verlief nicht so gravierend. Dieser Rückgang war auch auf einen generellen Deindustrialisierungsprozess der südkoreanischen Wirtschaft seit Anfang 90er Jahre zurückzuführen. Das verarbeitende Gewerbe profitierte von den Akkumulationsvorteilen des Zentrums und der Nähe zu den Absatzmärkten. Zu den Branchen, die am meisten profitieren, zählten die Verlage und Druckereien, die im Untersuchungszeitraum die höchste Entwicklungsrate hinsichtlich der Betriebsstätten- und der Umsatzentwicklung aufwiesen (vgl. SDI 1993, S. 39). Das verarbeitende Gewerbe war durch Kleinst-, Klein- und illegale Betriebe geprägt. Diese Betriebe konzentrierten sich auf die Gebiete, die sich Anfang des 20. Jahrhundert als Gewerbegebiete entwickelt hatten.

Insgesamt gesehen nahm in den letzten Jahren der Konzentrationsgrad des tertiären Sektors im Stadtzentrum erheblich ab, da das wirtschaftliche Potential des Stadtzentrums seit Mitte der 80er Jahre sich stark auf die Nebenzentren *Kang-Nam* und *Yeouido* verlagert hat. Die Anteilsentwicklung der Betriebsstätten bzw. Beschäftigten nach den Stadtteilen in der Zeit zwischen 1981 und 1996 zeigt, dass das Stadtzentrum einen erheblichen Verlust bei den Betriebsstätten von 24,4% auf 14,8% und bei den Beschäftigten von 36,3% auf 18,1% erlitten hat (Tab. 3.14). Demgegenüber nahm der Betriebsstätten- bzw. Beschäftigtenanteil des neuen Stadtteils *Kang-Nam* erheblich zu, während die Anteilsentwicklung von anderen Stadtteilen sich nur leicht geändert hat (Tab. 3.14).

Die städtebauliche Struktur im gegenwärtigen Stadtzentrum ist durch Gegensätze geprägt. Entlang der Hauptstraße im Stadtzentrum befinden sich moderne und überdimensionale Hochhäuser, die von der Stadtumbaupolitik in den 70er und 80er Jahren gefördert wurden. Dahinter bilden sich verdichtete Gewerbegebiete mit niedriger Geschosshöhe, die wurden von der Stadtumbau- und Wirtschaftspolitik vernachlässigt. Das Gewerbe überlebte in den von der Politik unbeachteten Nischen des Stadtzentrums, auch ohne staatliche Förderung bzw. Unterstützung.

Innenstadt

Bis 1981 hatte die Innenstadt mit 26,2% den höchsten Anteil bei den Betriebsstätten. Demgegenüber betrug der Beschäftigtenanteil nur 18,3% (Tab. 3.14). Das heißt, in diesem Stadtteil konzentrierten sich die meisten Kleinbetriebe im Vergleich zu den anderen Stadtteilen.

Der Anteil der Betriebsstätten in allen Wirtschaftszweigen an der gesamten Stadt nahm in der historischen Innenstadt zwischen 1981 und 1996 beträchtlich ab, vor allem in den Wirtschaftszweigen „Sonstige Dienstleistungen“, „Produktionsorientierte Dienstleistungen“ und „Baugewerbe“ (Tab. 3.15). Bei der Entwicklung der Beschäftigten zeigte sich eine ähnliche Tendenz, allerdings hatten die Wirtschaftszweige von „Nachrichten und Verkehr“, „Baugewerbe“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ geringe Zuwachsraten an Beschäftigten.

Die Innenstadt wurde von dem Strukturwandel negativ betroffen. Die absolute Zahl der Betriebsstätten und der Beschäftigten nahm zwar zwischen 1981 und 1996 zu, die Wachstumsrate lag jedoch deutlich unter dem Durchschnitt (Tab. 3.14). Die Innenstadt befand sich bis in die 80er Jahre in einer Schrumpfungsphase, da das innerstädtische Entwicklungspotential durch die Wirtschafts- und Raumpolitik zugunsten der Wachstumspolitik der Neustadt *Kang-Nam* bewusst unterdrückt wurde. Seit den 90er Jahren zeichnete sich eine neue Tendenz zur Aufwertung der Wohngebiete und Nebenzentren ab.

Die städtebauliche Struktur der Innenstadt stammt im Wesentlichen aus der Kolonialzeit und ist von einer hohen baulichen Verdichtung und einer veralteten Struktur geprägt. Da sich die Stadtentwicklungspolitik bis in die 80er Jahre hinein überwiegend auf unbesiedelte Brachflächen bzw. Ackerflächen in den Stadtrandgebieten konzentrierte, wurde dieser vormoderne Stadtteil von der modernen Planung vernachlässigt.

Außenbezirke

Das Gebiet war noch überwiegend von Wohnnutzung geprägt. Seit Beginn der 90er Jahre zeigt sich eine Wachstumstendenz bei der Gewerbenutzung. Der Anteil der Betriebsstätten und Beschäftigten nimmt seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich zu, wenn auch mit geringerer Wachstumsrate (Tab. 3.14).

Die gesamte Wachstumsrate bei allen Wirtschaftszweigen betrug zwischen 1981 und 1996 116,7% bei den Betriebsstätten und 93,7% bei den Beschäftigten (Tab. 3.15). Damit hatten die Außenbezirke die zweithöchste Wachstumsrate der Wirtschaft hinter dem neuen Stadtteil *Kang-Nam*.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das wirtschaftliche Wachstum der Außenbezirke erst Anfang der 90er Jahre einsetzte, während die Siedlungen bereits in den 60er Jahren als Wohngebiete für die wachsende Bevölkerung entwickelt wurden. Die Ursache des Wandels vom Ackerland bzw. von der reinen Siedlungsfläche zu bedeutenden Wirtschaftsstandorten in den 90er Jahren lag in der Tendenz zur räumlichen Dezentralisierung der Wirtschaftsfunktionen.

Neuer Stadtteil *Kang-Nam*

Das wirtschaftliche Wachstum von *Kang-Nam* war in den letzten Jahren markant. Die Wachstumsrate der Betriebsstätten des Wirtschaftszweigs „Nachrichten, Verkehr“ betrug zwischen 1981 und 1996 4.109% (!), gefolgt vom Baugewerbe mit 1.110% und „Produktionsorientierten Dienstleistungen“ mit 440% (Tab. 3.15). Bei der Beschäftigtenentwicklung zeigte sich eine ähnliche Tendenz. Innerhalb des Untersuchungszeitraumes stieg die Beschäftigtenzahl im Wirtschaftszweig „Produktionsorientierte Dienstleistungen“ um 1.130% von 20.151 auf 227.766 Beschäftigte. Es folgten die Wirtschaftszweige „Nachrichten, Verkehr“ mit 551%, „Handel und Gastgewerbe“ mit 531% und „Verarbeitendes Gewerbe“ mit 519%. Der Anteil der Betriebsstätten und Beschäftigten an der gesamten Stadt nahm ebenfalls um ein Mehrfaches zu. Im Jahr 1996 stellte das produzierende Gewerbe etwa 12,1% der Betriebe mit 23% der Beschäftigten. Der tertiäre Sektor stellte 21,2% der Betriebe und etwa ein Drittel der Beschäftigten (Tab. 3.14). Insgesamt arbeiteten 1996 in diesem Stadtteil 28,9% aller Beschäftigten der Stadt.

In *Kang-Nam* war in allen Wirtschaftszweigen, stadtweit betrachtet, der Anteil der Beschäftigten am höchsten. Dazu zählten das Baugewerbe mit 48,5%, die „Produktionsorientierten Dienstleistungen“ mit 34,6% und der Handel mit 27,8% (Tab. 3.15). Der Anteil der anderen Wirtschaftszweige wie „Sonstige Dienstleistungen“, „Ver-

arbeitendes Gewerbe“ und „Verkehr und Nachrichten“ ist ebenfalls höher als in den anderen Stadtteilen.

Die extrem hohe Wachstumsrate der Wirtschaft in *Kang-Nam* beruhte zum einen darauf, dass hier der Bestand an Unternehmen bis in die 80er Jahren hinein relativ niedrig war.²² Weiterhin hing das rasche Wachstum in diesem Stadtteil eng mit der „nachholenden Modernisierung“ Südkoreas zusammen. Dies waren die wesentlichen Ursachen für das rasche Wachstum sowie für die Entwicklung des Stadtteils zum führenden Wirtschaftsraum innerhalb einer Generation, der sich gegenüber dem traditionellen Stadtzentrum und den Industriebezirken durchsetzen konnte:

- Für die schnelle Entwicklung dieses Stadtteils ergriff die Stadt massive Fördermaßnahmen. Dazu zählten steuerliche Vergünstigungen bei der Vermögensteuer und Immobilienerwerbsteuer sowie die Befreiung von öffentlichen Abgaben. Zugleich wurden in den alten Stadtteilen bauliche Beschränkungen eingeführt: Die Errichtung von neuen öffentlichen Einrichtungen und neuem Gewerbe wurde in den alten Stadtteilen nicht genehmigt (Kwon, I. 1995, S. 53 ff.). Auch der Umzug öffentlicher Einrichtungen und Schulen in diesen neuen Stadtteil hat zu der raschen Entwicklung beigetragen.
- Die demographischen Merkmale der zugezogenen Bevölkerung in diesem Stadtteil zeigen einen hohen Anteil an jungen Familien mit Hochschulabschluss zwischen 20 und 40 Jahren (ebd., S. 58 ff.).
- Zudem bietet *Kang-Nam* niedrigere Büromieten als das Stadtzentrum und exzellente technische Ausstattungen. Diese Standortvorteile wirkten sich besonders in den 80er Jahren positiv aus, als sich die Kontroll- und Verwaltungsfunktionen der Unternehmen vom Stadtzentrum in die Nebenzentren zu verlagern begannen.

Industriebezirke

Diese Stadtteile waren Anfang des letzten Jahrhunderts die bedeutendsten Produktionsorte in Seoul. Während der tertiäre Sektor sich auf das Stadtzentrum konzentrierte, bildeten sich hier traditionelle Industriegebiete heraus. Hier befanden sich 83% der gesamten Industrieflächen der Stadt im Jahr 1993 und hier konzentrierte

²² Die Stadtentwicklung in *Kang-Nam* wurde erst Ende der 60er Jahre begonnen und im Laufe der 70er Jahre wurden die Hauptbaumaßnahmen durchgeführt. Die vollständige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur beginnt erst in den 80er Jahren.

sich die kapitalintensive und technologieorientierte Industrie wie z.B. der Maschinenbau und die Elektrotechnik (Moon, M.-S. 1993, S. 115 ff.).

Anfang der 80er Jahre waren in diesen Industriebezirken etwa 40% der gesamten Industriebeschäftigten der Stadt tätig. Im Zeitraum von 1981 bis 1991 nahmen die Beschäftigten um 38,3% zu. Als Folge des Deindustrialisierungsprozesses ging die Beschäftigtenzahl beim verarbeitenden Gewerbe seit 1991 dramatisch um 40,1% zurück, nämlich von 399.544 Beschäftigten im Jahr 1991 auf 239.137 im Jahr 1996 (Tab. 3.15). Die Entwicklung bei den Betriebsstätten zeigte eine ähnliche Tendenz. Trotz des Beschäftigtenrückgangs nahm die Zahl der Betriebsstätten zwischen 1981 und 1996 insgesamt um 70,2% zu (Tab. 3.15). Dies war ein deutlicher Hinweis auf den Trend zu Klein- und Kleinstbetrieben.

Die Tendenz zur Verkleinerung der Betriebsgröße wurde verstärkt durch hohe Investitionen in die Automatisierungstechnik und den damit verbundenen Abbau der Arbeitskräfte. Zusätzlich wurden viele Aufträge an externe Unternehmen vergeben (Moon, M-S 1993, S. 116).

Aufgrund des Strukturwandels verlagerte sich die Industrie seit Ende der 80er Jahre zunehmend in andere Stadtgebiete. Trotzdem stiegen die Beschäftigungszahlen bei produktionsorientierten Dienstleistungen in den Industriebezirken zwischen 1981 und 1996 um 462% (!), während der Beschäftigtenanteil in diesem Sektor in der gesamten Stadt von 11,6% im Jahr 1981 auf etwa 20,7% im Jahr 1996 stieg. Dieser erhebliche Zuwachs in den Industriebezirken beruhte zum großen Teil auf der neuen Standortentwicklung im Nebenzentrum *Yeouido*.

Tab. 3.14: Entwicklung der Betriebsstätten bzw. Beschäftigten nach Stadtteilen in Seoul, 1981-1996

		Betriebsstätten						Beschäftigte					
		1981		1991		1996		1981		1991		1996	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Stadt-	II ¹⁾	11.942	22,3	17.230	19,0	16.467	20,7	147.156	20,3	241.701	21,3	139.531	17,2
Zentrum	III ²⁾	76.737	24,8	84.827	17,3	86.752	14,0	715.244	43,3	631.532	25,4	591.841	18,3
	Gesamt ³⁾	88.715	24,4	102.089	17,6	103.224	14,8	863.263	36,3	875.609	24,1	732.143	18,1
Innenstadt	II ¹⁾	13.789	25,8	20.890	23,1	17.891	22,5	130.036	17,9	204.733	18,0	151.663	18,7
	III ²⁾	81.353	26,3	111.019	22,6	136.212	22,0	303.929	18,4	434.768	17,5	553.020	17,1
	Gesamt ³⁾	95.149	26,2	131.932	22,7	154.111	22,0	434.745	18,3	641.287	17,7	707.206	17,5
Außen-	II ¹⁾	11.389	21,3	15.596	17,2	13.063	16,4	128.124	17,7	134.938	11,9	94.975	11,7
bezirke	III ²⁾	67.215	21,7	109.103	22,2	156.176	25,2	204.617	12,4	389.673	15,7	537.279	16,6
	Gesamt ³⁾	78.606	21,6	124.702	21,5	169.246	24,2	332.781	14,0	524.628	14,5	632.304	15,6
Kang-Nam	II ¹⁾	3.174	5,9	10.823	12,0	9.592	12,1	30.492	4,2	155.504	13,7	186.508	23,0
	III ²⁾	28.295	9,1	96.456	19,7	131.701	21,2	185.208	11,2	616.036	24,8	980.714	30,4
	Gesamt ³⁾	31.471	8,7	107.304	18,5	141.340	20,2	216.009	9,1	773.108	21,3	1.168.477	28,9
Industrie-	II ¹⁾	13.217	24,7	25.970	28,7	22.499	28,3	289.298	39,9	400.023	35,2	239.730	29,5
bezirke	III ²⁾	56.118	18,1	89.091	18,2	109.363	17,6	242.307	14,7	414.465	16,7	565.426	17,5
	Gesamt ³⁾	69.337	19,1	115.065	19,8	131.876	18,8	531.628	22,4	814.804	22,4	805.407	19,9

1) Anteil der Betriebe (bzw. Beschäftigten) eines Gebietes an den gesamten Betrieben (bzw. Beschäftigten) beim industriellen Sektor in Seoul

2) Anteil der Betriebe (bzw. Beschäftigten) eines Gebietes an den gesamten Betrieben (bzw. Beschäftigten) im tertiären Sektor in Seoul

3) Anteil der Betriebe (bzw. Beschäftigten) eines Gebietes an den gesamten Betrieben (bzw. Beschäftigten) in den gesamten Wirtschaftszweigen in Seoul

Quelle: Arbeitsstättenzählungen von 1981, 1991, 1996; eigene Berechnungen

Tab. 3.15: Entwicklungstrends der Hauptwirtschaftszweige in einzelnen Stadtteilen, 1981-1996

	Zahl der Betriebe Änderung in 1.000 in %				Zahl der Beschäftigten Änderung in 1.000 in %				Anteil an allen Betrieben ¹⁾		Anteil an allen Beschäftigten ¹⁾	
	81	91	96	81-96	81	91	96	81-96	81	96	81	96
Stadtzentrum												
Verarbeitendes Gewerbe	12	17	16	38,8	146	241	139	-4,5	22,2	20,7	20,2	17,2
Baugewerbe	1,2	1,1	0,9	-23,7	283	153	87	-69,2	25,7	5,4	61,6	19,3
Handel, Gastgewerbe	61	67	68	12,1	214	240	236	10,4	26,9	18,3	35,6	19,7
Nachrichten, Verkehr	1	2	3	228,0	47	46	50	7,2	30,6	4,4	37,7	17,1
Produkt. Dienstleistungen ²⁾	6	6	7	31,3	114	136	143	26,0	25,5	13,2	54,7	21,8
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8	9	7	-12,8	57	56	75	31,5	15,1	6,8	22,4	12,1
<i>Insgesamt</i>	<i>89</i>	<i>102</i>	<i>103</i>	<i>16,4</i>	<i>863</i>	<i>876</i>	<i>732</i>	<i>-15,2</i>	-	-	-	-
Innenstadt												
Verarbeitendes Gewerbe	14	21	18	29,8	130	204	152	16,9	25,8	22,5	17,9	18,7
Baugewerbe	1	3	3	159,0	38	37	48	26,3	25,3	18,1	8,3	10,6
Handel, Gastgewerbe	58	73	82	41,1	138	200	228	65,5	25,7	22,0	22,9	19,0
Nachrichten, Verkehr	1	1	16	2097,2	21	34	56	164,1	23,4	22,7	17,2	19,3
Produkt. Dienstleistungen ²⁾	5	7	11	108,2	32	55	84	166,0	23,5	19,4	15,2	12,8
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	16	26	24	49,5	74	108	135	82,2	30,3	23,5	29,3	21,9
<i>Insgesamt</i>	<i>95</i>	<i>132</i>	<i>112</i>	<i>18,0</i>	<i>435</i>	<i>641</i>	<i>505</i>	<i>16,3</i>	-	-	-	-
Außenbezirke												
Verarbeitendes Gewerbe	11	16	13	14,6	128	135	95	-26,0	21,3	16,4	17,7	11,7
Baugewerbe	1	3	4	217,7	8	27	28	250,7	23,3	20,5	1,7	6,1
Handel, Gastgewerbe	47	67	80	70,5	98	157	196	101,0	20,7	21,4	16,2	16,3
Nachrichten, Verkehr	1	1	29	4217,8	31	55	83	171,4	21,6	41,2	24,8	28,5
Produkt. Dienstleistungen ²⁾	5	8	12	147,1	18	40	67	264,5	21,5	21,0	8,9	10,2
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	14	30	31	129,2	49	109	161	225,8	26,1	31,1	19,5	26,0
<i>Insgesamt</i>	<i>80</i>	<i>128</i>	<i>173</i>	<i>116,7</i>	<i>341</i>	<i>552</i>	<i>660</i>	<i>93,7</i>	-	-	-	-
Neuer Stadtteil Kang-Nam												
Verarbeitendes Gewerbe	3	11	10	202,2	30	153	184	519,0	5,9	12,0	4,1	22,7
Baugewerbe	1	5	6	1110,7	78	131	219	182,3	11,0	36,8	16,9	48,5
Handel, Gastgewerbe	19	58	76	290,1	53	240	334	531,2	8,6	20,2	8,8	27,8
Nachrichten, Verkehr	0,2	1	12	4109,1	9	25	60	551,0	8,7	16,2	7,4	20,5
Produkt. Dienstleistungen ²⁾	3	10	16	439,2	20	109	228	1030,3	13,8	29,3	9,7	34,6
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	5	22	22	329,7	23	108	138	500,9	9,6	21,4	9,0	22,3
<i>Insgesamt</i>	<i>31</i>	<i>107</i>	<i>141</i>	<i>349,1</i>	<i>216</i>	<i>773</i>	<i>1.168</i>	<i>440,9</i>	-	-	-	-
Industriebezirke												
Verarbeitendes Gewerbe	13	26	22	70,2	289	400	239	-17,2	24,7	28,3	40,0	29,6
Baugewerbe	1	3	3	369,6	53	38	69	31,0	14,7	19,1	11,5	15,3
Handel, Gastgewerbe	41	60	68	64,2	98	183	206	109,3	18,3	18,2	16,4	17,2
Nachrichten, Verkehr	0,5	1	11	2133,2	16	27	43	169,2	15,7	15,4	12,8	14,6
Produkt. Dienstleistungen ²⁾	3	7	10	174,1	24	78	136	462,0	15,8	17,1	11,6	20,7
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	10	19	17	74,5	50	86	110	119,4	19,0	17,2	19,8	17,8
<i>Insgesamt</i>	<i>69</i>	<i>115</i>	<i>132</i>	<i>90,2</i>	<i>532</i>	<i>815</i>	<i>805</i>	<i>51,5</i>	-	-	-	-
Gesamt												
II. Sektor	55	94	81	48,5	733	1.164	837	14,1	-	-	-	-
III. Sektor	310	490	580	87,4	1.651	2.486	3.032	83,6	-	-	-	-

1) Anteil der Betriebe (bzw. Beschäftigten) eines Gebietes an den gesamten Betrieben (bzw. Beschäftigten) pro Wirtschaftszweig in Seoul

2) Produktionsorientierte Dienstleistungen. Hierzu gehören Kreditinstitute, Immobilienentwickler, Unternehmensdienste

3) Hierzu gehören öffentliche und soziale Dienstleistungen

Quelle: Arbeitsstättenzählungen von 1981, 1991, 1996; eigene Berechnungen

3.2.3 Soziokulturelle Entwicklung

Der Wandel der soziokulturellen Struktur in Korea begann bereits am Ende des 19. Jahrhunderts (Tab. 3.16). Die Grundbedingung der modernen Gesellschaft, nämlich die Ablösung des feudalen Ständesystems, wurde durch einen großen Aufstand von Bauern (*Gabo-Reform*) geschaffen (vgl. Tab. 2.14). Die Bevölkerungsstruktur der Hauptstadt Seoul wurde bis dahin von der adligen „*Beamtenelite*“ (*Yang-Ban*) und den „*Unfreien*“ (*Novi*) dominiert. In der Bevölkerung im nördlichen Teil der Stadt machte der Anteil der Haushalte der *Beamtenelite* an allen Haushalten ca. 20% und der Anteil der *Unfreien* über 50% aus. Als Folge der Auflösung der gesellschaftlichen Schicht der *Unfreien* nahm der Anteil der Bevölkerungsschicht der „*Sang-min*“²³ an der gesamten Bevölkerung Seouls von 15% auf 56% (Ende des 19. Jahrhunderts) zu (SDI 2001b, S. 36).

Tab. 3.16: Wandel der soziokulturellen Struktur

Gabo-Reform (1894)	Ablösung des traditionellen Ständesystems
Kolonialzeit (1910-1945)	Einführung moderner Lebensweisen aus Japan Klassengesellschaft unter der Kolonialherrschaft
Befreiung, Krieg, Wiederaufbau (1945-1963)	ideologische Konflikte, gesellschaftliche Instabilität Einführung der modernen Lebensweisen aus den USA
Industrialisierung (1963-1987)	Sozioökonomischer und räumlicher Wandel der Gesellschaft Transformation von ländlichen zu städtischen Lebensweisen Kollektivismus unter dem Militärregime
Demokratisierung (1987-1996)	politischer und wirtschaftlicher Wandel der Gesellschaft Verfestigung einer eigenen städtischen Lebensweise Individualisierung und Konsumgesellschaft

In der Kolonialzeit wurde die moderne Lebensweise aus Japan übernommen. Die städtische Lebenskultur war zunächst räumlich punktuell auf das Stadtzentrum beschränkt. Im Zentrum wurden einige Kaufhäuser und moderne Teehäuser, letztere in Anlehnung an die europäischen „Cafés,“ errichtet. Moderne Verkehrsmittel wie z.B. Straßenbahn und Autos bestimmten jetzt das Straßenbild. Filme und westli-

²³ *Sangmin* war eine mittlere und untere Mittelschicht, die sich überwiegend mit Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk beschäftigte. Nach der *Gabo-Reform* wurde der überwiegende Teil der „Unfreien“ dieser Bevölkerungsschicht zugeordnet.

che Musik begannen die traditionelle Unterhaltungskultur zu ersetzen. Allerdings genossen diese moderne Lebenskultur meistens nur Japaner. Die Reaktion auf diese moderne Lebensform war widersprüchlich. Das moderne Leben war für den überwiegenden Teil der Einheimischen ein Hassobjekt, da sie die moderne Lebenskultur mit der japanischen Besatzung identifizierten. Andere Bevölkerungsgruppen waren von dieser neuen Kultur fasziniert.

Nach dem Rückzug der Japaner im Jahr 1945 war Seoul Zentrum der ideologischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen westlicher Demokratie und Kommunismus einerseits sowie Sozialismus und Kapitalismus anderseits. Unter der instabilen politischen und wirtschaftlichen Lage wurde durch einen Militärputsch im Jahr 1963 eine neue Regierung eingesetzt, die so genannte „Dritte Republik“. Die wachstumsorientierte Modernisierungspolitik der Militärregierung in den 60er Jahren brachte dem Land einen Wendepunkt. Von diesem Zeitpunkt an zeichnete sich die wirtschaftliche Struktur durch ein kontinuierliches Wachstum aus. Auffälligstes Phänomen in dieser Zeit war das Bevölkerungswachstum. Zwischen 1910 und 1990 nahm die Anzahl der Bevölkerung um das 38fache zu. Allein innerhalb der Industrialisierungsphase zwischen 1960 und 1990 stieg die Bevölkerungszahl um das 4,3fache von 2,4 Millionen auf 10,6 Millionen.

Tab. 3.17: Bevölkerungsentwicklung in Seoul 1960-1990

<i>Jahr</i>	<i>Bevölkerung</i>	<i>Zuwachsrate</i>	<i>Zugenommene</i>	<i>Zugezogene</i>	<i>Wanderungsrate</i>
1960	2.444.874	-	-	-	-
1965	3.470.880	42,0%	1.026.006	784.000	76,4%
1970	5.433.198	56,5%	1.962.318	1.422.000	72,5%
1975	6.889.440	26,8%	1.456.242	1.266.354	87,0%
1980	8.364.379	21,4%	1.474.939	1.068.143	72,4%
1985	9.639.110	15,2%	1.274.731	588.183	46,1%
1990	10.612.577	10,1%	973.467	388.422	39,9%

Quelle: zusammengestellt nach Choi, S.-D. 1996, S. 165

Während des 3. Wirtschaftsentwicklungsplans (1972-1976) verdichtete sich die Bevölkerungskonzentration in den Großstädten und hier vor allem in der Hauptstadt. Das Bevölkerungswachstum bis in die 70er Jahre beruhte auf dieser Wanderung aus den ländlichen Regionen, wie die Tabelle 3.17 zeigt. Die Bevölkerungszahl zwischen 1960 und 1980 stieg von 2,4 Mio. auf 8,3 Mio. Einwohner. Davon waren 76,7% des gesamten Bevölkerungswachstums auf Zugezogene zurückzuführen.

Am Anfang der 70er Jahre stieg der Anteil der Zugezogenen am gesamten Bevölkerungswachstum in Seoul auf einen höchsten Wert von 87,0%. Allerdings nahm in den 80er Jahren der Anteil der Zugezogenen auf 43,4% ab (Tab. 3.17). Die Hauptgruppe der Zugezogenen waren jüngere Personen und ganze Familien, die unterhalb der Armutsgrenze gelebt hatten²⁴. Dies zeigt sich auch deutlich in der Entwicklung der Altersstruktur. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt war der Anteil der unter 14-Jährigen und der über 65-Jährigen in Seoul auffallend niedrig. Demgegenüber nahm der Anteil der Erwerbsfähigen zwischen 15 und 64 von 62,2% (1970) auf 73,9% (1993) zu (Tab. 3.18).

Tab. 3.18: Entwicklung der Altersstruktur in Seoul 1970-1993, in Prozent

	1970	1980	1990	1993
0 bis 14-Jährige	36,0	31,2	24,8	22,7
15 bis 64-Jährige	62,2	66,4	71,8	73,9
über 65-Jährige	1,8	2,5	3,4	3,9

Quelle: SMG 1997a, S. 53; IKS 1995, S. 31

Wegen des starken Bevölkerungszuwachses aufgrund der Landflucht stammte der überwiegende Teil der Bevölkerung in Seoul bis in die 70er Jahre aus den ländlichen Regionen (Kap. 3.2.1, Tab. 3.17). Demzufolge war Seoul bis in die 70er Jahre durch die Mischung zwischen den bereits integrierten Städtern und den „Neuen“ aus ländlichen Gebieten geprägt. In dieser Zeit gab es besonders herbe Kritik an der städtischen Lebensweise: an der Unmenschlichkeit, am Wohnen in kalten Betonplatten, am Fehlen von Nachbarschaften etc., da die erste Generation der Landflüchtigen ihren früheren ländlichen Lebensraum vermisste.

Das Alltagsleben in Seoul orientierte sich bis in die 70er Jahre hinein ausschließlich auf die materielle Versorgung. Das politische und soziale Engagement für Demokratie und soziale Sicherung wurde stark unterdrückt. Das Gesellschaftsbild in der Modernisierungsphase war aufgrund der starken Unterdrückung durch das Militärregime durch Kollektivität und Uniformität geprägt.

In den 80er Jahren ging die soziokulturelle Struktur in eine neue Entwicklungsphase über. Das steigende Einkommen durch das Wirtschaftswachstum löste eine große Nachfrage nach Haushaltsgeräten, Automobilen, Freizeitangeboten etc. aus. Die

²⁴ Mehr als 90% der Haushalte, die die Provinzen bis Mitte der 70er Jahre verließen, gehörten zur absoluten Armutsguppe (vgl. SDI 2001b, S. 102).

beiden internationalen Festspiele, Asienspiele 1986 und den Olympische Spiele 1988, weckten in der Gesellschaft erneut das Interesse an der Außenwelt, wobei ein Kontakt mit der ausländischen Kultur bis in die 70er Jahre nur für bestimmte soziale Schichten möglich war.

Als ein weiteres Phänomen in den 80er Jahren war ein Generationenwechsel in Seoul zu beobachten. Die erste Generation, die seit den 50er Jahren aus ländlichen Regionen zugezogen war, wurde durch die zweite städtische Generation mit hohem Bildungsniveau ersetzt. In der Modernisierungsphase bis in die 70er Jahre wurde der soziokulturelle Raum Seouls wesentlich von Fremden (Kolonialherrschaft, US-Militärregierung, Zuzugspersonen aus ländlichen Regionen) bestimmt. Nun wurde das städtische Leben der 80er Jahre nicht mehr von der Generation der Landflüchtenden, sondern von der neuen städtischen Generation gestaltet. In dieser Entwicklungsphase setzten sich die modernen Haus- und Lebensformen gegen die traditionelle Form durch²⁵. Besonders anzumerken ist die zunehmende Tendenz zur Beteiligung der Frauen an den wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Erwerbsquote der verheirateten Frauen stieg von 12,6% im Jahr 1970 auf 20,1% im Jahr 1990 (SMG 1997a, S. 329).

Dieser Gesellschaftswandel beschleunigte sich durch den politischen Umbruch im Jahr 1987. Das Wirtschaftswachstum und die Aktivitäten der Gewerkschaften ermöglichten sprunghafte Einkommenssteigerungen und gleichzeitig eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Kap. 2.2.3). Die Lockerung der politischen Reglementierungen ermöglichte jetzt bürgerliche Aktivitäten für Umweltschutz, Menschenrechte, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit. Die neue Generation musste sich nicht mehr um die materielle Versorgung kümmern, sondern beschäftigte sich eher mit der Frage, wie die Konsumtion gestaltet werden soll. Demnach fand die Konsumtion nicht nur in den bisherigen Kaufhäusern oder Supermärkten statt, sondern auch in den neuen differenzierten Konsumtionsräumen, wie z.B. Einkaufszentren, spezieller Einzelhandel mit auffälliger Gestaltung, „Outlet Center“, Internet Shopping etc. (Jung, S.-K. 1998, S. 224 ff.). Dabei spielte die postmoderne Konsumtionskultur eine entscheidende Rolle.

²⁵ Die traditionelle Haus- bzw. Lebensform zeichnet sich überwiegend durch eingeschossige Einzelhäuser aus, die von Großfamilien bewohnt wurden. Demgegenüber ist die moderne Form durch Geschosswohnungen (meistens Apartment-Komplexe) mit Kernfamilie geprägt. Der Anteil der Apartment-Komplexe an allen Wohngebäuden in Seoul stieg zwischen 1960 und 1990 um 35% (vgl. SDI 1994b, 125).

3.2.4 Stadterneuerung und Erneuerungspolitik

Die Sanierungsmaßnahmen in Südkorea begannen erst nach der Verabschiedung des „Stadtplanungsgesetzes“ (*Doshi-Gaehoik-Bub*) im Jahr 1962. Die wesentlichen Sanierungsobjekte waren damals die illegalen Siedlungen. Diese entstanden bereits in der Kolonialzeit. Sie bildeten sich vornehmlich im Zuge des raschen Urbanisierungsprozesses in den 50er und 60er Jahren, vor allem im innerstädtischen Bereich. Aufgrund der selektiven Modernisierungspolitik gab es kein soziales Wohnungsbauprogramm für die untersten Einkommensgruppen (Kim, S.-H. 1996, S. 85). Im Gegenzug akzeptierte die Stadt die illegalen Siedlungen bis Anfang der 60er Jahre stillschweigend und waren so die „sozialen Wohnungen“.

Die Sanierungsstrategie der illegalen Siedlungen war lediglich eine Kahlschlag-sanierung. Die Bewohner wurden zunächst in die Randgebiete bzw. nach außerhalb des Stadtgebietes radikal verdrängt. Jedoch entstanden wegen der innerstädtischen Beschäftigungsmöglichkeiten immer wieder neue spontane Siedlungen in der Innenstadt. Ende der 60er Jahre stieß diese radikale Sanierungspolitik auf großen Widerstand seitens der Betroffenen. Daraus folgte die Legalisierung der spontanen Siedlungen durch Selbsthilfeprojekte Anfang der 70er Jahre. Dieses Programm erlaubte den Betroffenen, die Sanierung des Wohngebiets durch öffentliche Darlehen mit niedrigen Zinsen selbst durchführen. Dies wurde vor allem wegen des bevorstehenden Wahlkampfs spontan initiiert, ohne irgendwelche ausgearbeitete Strategien bzw. Instrumente zu besitzen. Deshalb waren letztlich nur 5.000 illegale Siedlungen von diesen Maßnahmen betroffen, wobei das eigentliche Ziel dieses Programms in der Legalisierung von 150.000 Siedlungen lag (KRHS 1996, S. 409). Der Hauptgrund des Misserfolgs war die unrealistische Höhe der Selbstbeteiligungskosten für die Betroffenen, trotz der gesetzlichen und finanziellen Förderung. Das Programm war schon deshalb zum Scheitern verurteilt. Es lässt sich vermuten, dass die Stützung der unteren Sozialschichten ein nicht ernst gemeintes politisches Ziel war.

Aufgrund der Erfahrungen der 60er Jahre wurde in den 70er Jahren versucht, die Sanierung mit der Einführung einer gesetzlichen Grundlage aktiv durchzuführen. Es folgte die Verabschiedung eines eigenständigen „Stadterneuerungsgesetzes“ (*Urban Renewal*) im Jahr 1976. Die Sanierung der illegalen Siedlungen und der Umbau des zentralen Bereichs wurden bereits im *Stadtplanungsgesetz* von 1962 geregelt. Jedoch sollte durch das neue eigenständige *Stadterneuerungsgesetz* die

Sanierung bzw. der Umbau der vom Verfall bedrohten Gebiete zügig und effektiv durchgeführt werden.

Mit Hilfe eines neuen *Stadterneuerungsgesetzes* begann der „*Zentrenumbau*“ (*Doshim-Jaegaebal*) Mitte der 70er Jahre. Bis dahin wurden kaum Umbaumaßnahmen im Stadtzentrum durchgeführt, obwohl der baulich-räumliche Zustand des historischen Zentrums bis in die 50er Jahre wegen der Kriegszerstörungen dringend erneuerungsbedürftig war. Es fehlten die Finanzmittel und die geeigneten Instrumente. Der Umbau des Stadtzentrums wurde erst in den 80er Jahren intensiv in Angriff genommen. Dies hängt zum einen mit dem hohen Bedarf an Büroflächen infolge des Wirtschaftswachstums und zum anderen mit den zwei internationalen Veranstaltungen (Asienspiele 1986 und Olympische Spiele 1988) zusammen. Demzufolge setzte sich der Aufwertungsprozess der Innenstadt durch die staatlichen Unterstützung stark fort²⁶. Bis 1995 wurden insgesamt 446 Gebiete mit etwa 222 ha als Umbaugebiete festgesetzt, davon wurden in etwa 26% der gesamten Umbaugebiete die Umbaumaßnahmen abgeschlossen (Tab. 3.19). In über 63% der festgesetzten Gebiete haben die Maßnahmen noch nicht begonnen. Die Ursache der Verzögerung des *Zentrenumbaus* sind auf die folgenden Punkte zurückzuführen (vgl. SMG 1991, S. 795):

- Die komplizierten Eigentums-, Miet- und Pachtverhältnisse der zu erneuernden Gebiete verhinderten die Gründung einer Trägerschaft für den Umbau.
- Selbst wenn sich eine Trägerschaft gebildet hatte, konnte sie sich die enormen Entwicklungskosten des Gebietes nicht leisten.
- Die Versorgung der Betroffenen mit Ersatzstandorten während der Bauphase war kompliziert.
- Es gab keine finanzielle Gewinngarantie nach der Umbaumaßnahme.
- Es existierte kein einheitlicher Orientierungswert zur Grundstücksbewertung bzw. -entschädigung.

Betrachtet man die Hindernisse des *Zentrenumbaus*, lässt sich feststellen, dass lediglich die großen Unternehmen in der Lage waren, den *Zentrenumbau* durchzuführen. Über 98% der bis 1995 durchgeführten *Zentrenumbaumaßnahmen* wurden von privaten Investoren aus eigenen Interessen durchgeführt, davon wurden mehr

²⁶ Zu den Förderprogrammen gehörten die Erleichterung von dem Maß der baulichen Nutzung: GRZ von 0,45 auf 0,50 / GFZ von 6,7 auf 10,0 (Son 1998b, S. 101). Damit stieg die Gewinnmöglichkeit für die Investoren.

als 80% dieser Maßnahmen allein von den Großkonzernen bewerkstelligt (Tab. 3.20; Son, J.-M. 1998b, S. 104). Die Großkonzerne, die in den 70er Jahren von der selektiven Förderung der Schwerindustrie profitierten, hatten den größten Nutzen von dem *Zentrenumbau*. Sie haben die kleinteiligen Grundstücke im Zentrum erworben und bauten dort ihre neuen Hauptquartiere bzw. Bürohochhäuser.

Tab. 3.19: Entwicklungsstand des Zentrenbaus und der Wohnungssanierung in Seoul 1996

<i>Entwicklungsphase</i>	<i>Zentrenumbau</i>		<i>Wohnungssanierung</i>		<i>Wohnumfeldverbesserung</i>	
	<i>Gebiete¹⁾</i>	<i>Fläche</i>	<i>Gebiete¹⁾</i>	<i>Fläche</i>	<i>Gebiete¹⁾</i>	<i>Fläche</i>
Insgesamt	446	200 ha	281	1.323 ha	85	166 ha
Abgeschlossen	121	55 ha	130	444 ha	6	8 ha
Bauphase	40	19 ha	104	715 ha	69	143 ha
Noch nicht begonnen	285	126 ha	47	164 ha	10	15 ha

1) Anzahl der festgesetzten Gebiete

Quelle: Hwang, H.-S. 1999, S. 410, 412, 415

Tab. 3.20: Träger des Zentrenbaus und der Wohnungssanierung in Seoul (Stand 1996)

<i>Erneuerungsträger</i>	<i>Zentrenumbau</i>		<i>Wohnungssanierung</i>		<i>Wohnumfeldverbesserungen</i>	
	<i>Gebiete¹⁾</i>	<i>Fläche</i>	<i>Gebiete¹⁾</i>	<i>Fläche</i>	<i>Gebiete¹⁾</i>	<i>Fläche</i>
Insgesamt	446	200 ha	281	1.323 ha	85	166 ha
Öffentliche Akteure	4	4 ha	71	349 ha	85	166 ha
Private Akteure ²⁾	442	196 ha	210	974 ha	0	0

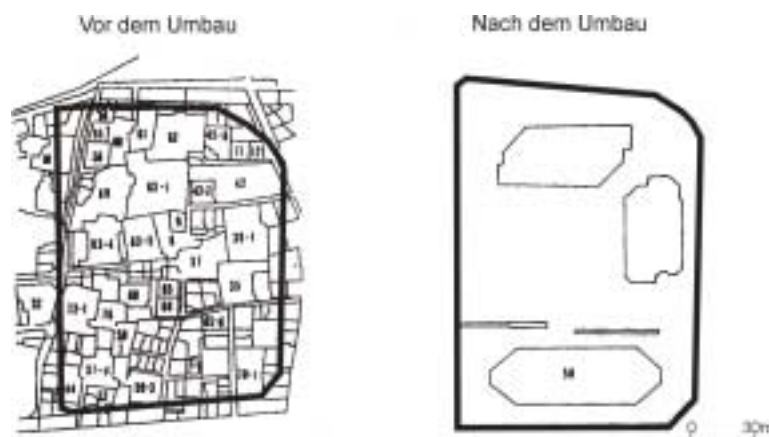
1) Anzahl der festgesetzten Gebiete, 2) Hierzu zählen auch die Genossenschaften

Quelle: Hwang, H.-S. 1999, S. 410, 412, 415

Die überdimensionalen Maße der Gebäude spiegelte die wirtschaftliche und politische Macht der Wirtschaftskonglomerate wider (Abb. 3.14). Diese Umbauprojekte trugen wesentlich dazu bei, dass sich moderne monofunktionale Räume entlang der Hauptstraßen herausbilden konnten, die keinen städtebaulichen und sozioökonomischen Bezug zu den umliegenden Gebieten mehr hatten. Ferner verstärkte sich die räumliche und funktionale Konzentration der wirtschaftlichen Funktionen auf das Stadtzentrum. Nach dem *Zentrenumbau*, der zwischen 1973 und 1991 durchgeführt wurde, nahm der Anteil der Büronutzung an der gesamten Nutzung von 26,1% auf

63% zu, während der Anteil des Wohnens von 22,3% auf 2,7% drastisch abnahm. Insgesamt stieg die gesamte Fläche der Neubauten über mehr als das 8fache von 234.555 m² auf 1.958.245 m² (Tab. 3.21). Darüber hinaus übertraf die Steigerungsrate der Bodenwerte innerhalb des Umbaugebietes mehrfach den durchschnittlichen Wert von Seoul (vgl. SMG 1990, S. 33). Der dadurch entstandene Gewinn floss überwiegend den privaten Investoren zu.

Abb. 3.14: Struktur des Grundbesitzes nach dem Stadtzentrenumbau (Ulhiro-2 Ga)



Quelle: Park, S.-M. 1991, S. 43

Tab. 3.21: Nutzungs- und Flächenänderung nach dem Stadtzentrenumbau¹⁾

	Büro	Wohnen	Prod. Gewerbe	Handel	sonstige Nutzungen	Fläche in m ²
vorher	26,1%	22,3%	2,3%	9,4%	39,9%	234.555
nachher	63,0%	2,7%	0%	13,5%	20,8%	1.958.245

1) Maßnahme, die bis 1991 durchgeführt wurde. Die Anzahl der Neubaugebäude beträgt 104

Quelle: zusammengestellt nach Kim, Y.-C. 1993, S. 324

Nach dem *Stadterneuerungsgesetz* ist die Gemeinde für die Festsetzung des Erneuerungsgebietes bzw. den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen zuständig. Demgegenüber sollten die Betroffenen die Kosten für den Neubau bzw. die Sanierung ihrer Häuser selbst übernehmen. Dies hatte zur Folge, dass die Sanierung in den 70er Jahren nicht erfolgreich war, da die Betroffenen die Sanierungskosten nicht tragen konnten. In den 80er Jahren begann eine Umbruchphase der Sanierung durch Einführung der neuen Sanierungsmethode, der sog. „*korporativen Sanierung*“ (*Habdong Jaegaebal*). Diese Methode unterschied sich wesentlich von

den bisherigen Sanierungen, und zwar durch eine aktive Beteiligung der Betroffenen. Der *korporativen Sanierung* zufolge war die Sanierung von einer *Sanierungsgenossenschaft* durchzuführen, die von den Eigentümern gegründet wurde. Die *Genossenschaft* bestimmte den Bauunternehmer, der die finanziellen Vorleistungen für die Durchführung des gesamten Projektes mit seinem eigenen Kapital gewährleisten sollte. Die gesamten Sanierungskosten wurden vom Verkauf der zusätzlich entstehenden Wohnungen finanziert. In der Regel betrug die Anzahl der geplanten Wohnungen mehr als das Doppelte der früheren Wohnungseinheiten. Die Aufgabe der Stadtverwaltung lag lediglich in der verwaltungstechnischen Unterstützung der Sanierungen.

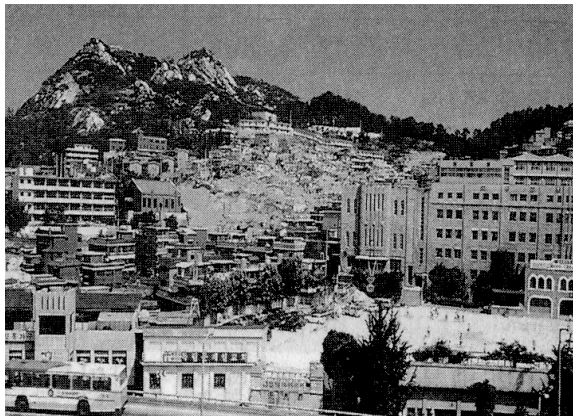
Seit Einführung der *korporativen Sanierung* beschleunigte sich die Durchführung der Sanierungsmaßnahmen erheblich, da diese Sanierungsmethode die Gewinnerzielung der Bauunternehmen und die Wertsteigerung nach der Sanierung für die Mitglieder der *Sanierungsgenossenschaft* garantierte. In dem Zeitraum zwischen 1983 und 1995 waren insgesamt 77.630 Wohneinheiten abgerissen worden und 168.811 Wohnungen durch die *korporative Sanierung* entstanden. Demgegenüber betrug die Anzahl der Wohneinheiten, die von der früheren Sanierungsmaßnahme zwischen 1974 und 1982 saniert wurden, lediglich 41.868 (Yoon, H.-J. 1996, S. 29).

Die *korporative Sanierung* war ein entscheidendes Mittel zur Aufwertung der vor-modernen bzw. illegalen Siedlungen in moderne Apartmentsiedlungen²⁷. Allerdings enthielt diese Methode keine Maßnahmen zur Berücksichtigung der vorhandenen sozioökonomischen und städtebaulichen Struktur. Nach der Fertigstellung der *korporativen Sanierung* zogen wegen der Wertsteigerung in der Regel höchstens 10% der alten Eigentümer in die sanierten Wohnungen zurück. Die restlichen Bewohner verkauften ihre Rechte auf eine bestimmte Wohnung auf dem Wohnungsmarkt und verließen ihre alten Wohngebiete. Sie zogen wieder in billigeren Wohnraum ein (KRIHS 1996, S. 413). Darüber hinaus änderte sich die städtebauliche Struktur komplett zugunsten der Apartment-Komplexe (Abb. 3.15, Abb. 3.16). Von dieser Maßnahme profitieren letztlich nur die Bauunternehmen, die Stadt sowie die Eigentümer. Da diese Maßnahme von Bewohnern selbst initiiert wurde, gab es kaum Konflikte mit den Eigentümern. Dadurch konnte die Stadt ohne großen Verwaltungsaufwand die Problemgebiete sanieren lassen. Die Mieter waren die

²⁷ Zwischen 1983 und 1988 wurden 25% der gesamten illegalen Siedlungen durch korporative Sanierung beseitigt (Kim, S.-H. 1998, 526). Der Anteil der illegalen Wohngebäude am gesamten Wohnungsbestand nahm von 28,1% (1970) auf 11,7% (1985) ab (vgl. Jang, S.-H. 1998, S. 251).

einzigste Gruppe, die von dieser *korporativen Sanierung* benachteiligt wurden. Sie hatten in der Regel keinen Anspruch auf Mitbestimmung bei dieser Maßnahme. Nur 0,1% der Mieter zogen in die erneuerten Gebiete zurück. Über 70% der abgeschlossenen Sanierungsgebiete, die zwischen 1983 und 1995 von der *korporativen Sanierung* berührt wurden, bestanden aus Apartment-Komplexen für die mittlere und höhere Schicht (vgl. Kim, S.-H. 1996, S. 86).

Abb. 3.15: Veränderung städtebaulicher Struktur durch Sanierung (Muak-Dong)



vor der Sanierung



nach der Sanierung

Quelle: Yoon, H.-G. 2001, S. 242

Abb. 3.16: Veränderung städtebaulicher Struktur durch Sanierung (Kumho-Dong)



bestehende Lage des Sanierungsgebiets



Erwartungsbild des Sanierungsgebiets

Quelle: SMG 1997b, S. 37

Im Jahr 1989 wurde eine „Wohnumfeldverbesserung“ (*Jugeo-Hawngyung-Gaesun-Saup*) als neues Erneuerungsinstrument eingeführt, das einen behutsamen Umgang mit den sozioökonomischen und sozial-räumlichen Beständen des erneuerungsbedürftigen Gebietes vorsah. Dies war als eine Antwort auf die negativen Folgen der *korporativen Sanierung* zu sehen. Der Schwerpunkt dieses

Instruments lag in der indirekten öffentlichen Förderung für die erneuerungsbedürftigen Wohngebiete. Die Eigentümer bzw. Betroffenen hatten die Sanierung selbst durchzuführen. Im Gegenzug erhielten sie finanzielle Unterstützungen und man sah eine Lockerung der bau- und verwaltungsrechtlichen Regelungen vor. Die meisten Eigentümer konnten jedoch aufgrund der hohen Sanierungskosten die Sanierung ihrer Gebäude nicht selbst durchführen. Außerdem waren die vorgesehenen Fördergelder nicht ausreichend. Aus diesem Grund war der Einsatz der bestandsorientierten Maßnahme nicht erfolgreich. Nur ca. 10% der geplanten *Wohnumfeldverbesserung* konnten bis 1997 abgeschlossen werden (vgl. Jang, S.-H. 1998, 289, Tab. 3.19).

Anstelle der *Wohnumfeldverbesserung* herrschte in den 90er Jahren der Neubau nach dem Abriss, sog. „*Nachfolgebau*“ (*Jaegunchuk*) für Einzelhäuser bzw. Apartment-Komplexe vor, die meist in den 70er Jahren gebaut worden waren. Hintergründe für die Dominanz dieses *Nachfolgebaus* waren die Ausschöpfung der bebaubaren Flächen und zugleich die baulichen Mängel der früheren Siedlungen. Der *Nachfolgebau* unterschied sich von der *korporativen Sanierung* der 80er Jahre dadurch, dass er keine offizielle Feststellung als Sanierungsgebiet benötigte. Die Objekte des *Nachfolgebaus* waren nicht mehr die illegalen Siedlungen, sondern die jüngeren Einzelhäuser oder Siedlungskomplexe aus den 70er und 80er Jahren. Für die Genehmigung vom *Nachfolgebau* musste man nachweisen, dass die baulichen Zustände die Sicherheit der Bewohner gefährdeten. Nach der Fertigstellung der Maßnahme erhöhte sich die Anzahl der Wohnungen durchschnittlich um 226% (KRIHS 1996, S. 417). Zudem stieg das Maß der baulichen Nutzung (GFZ) signifikant an²⁸.

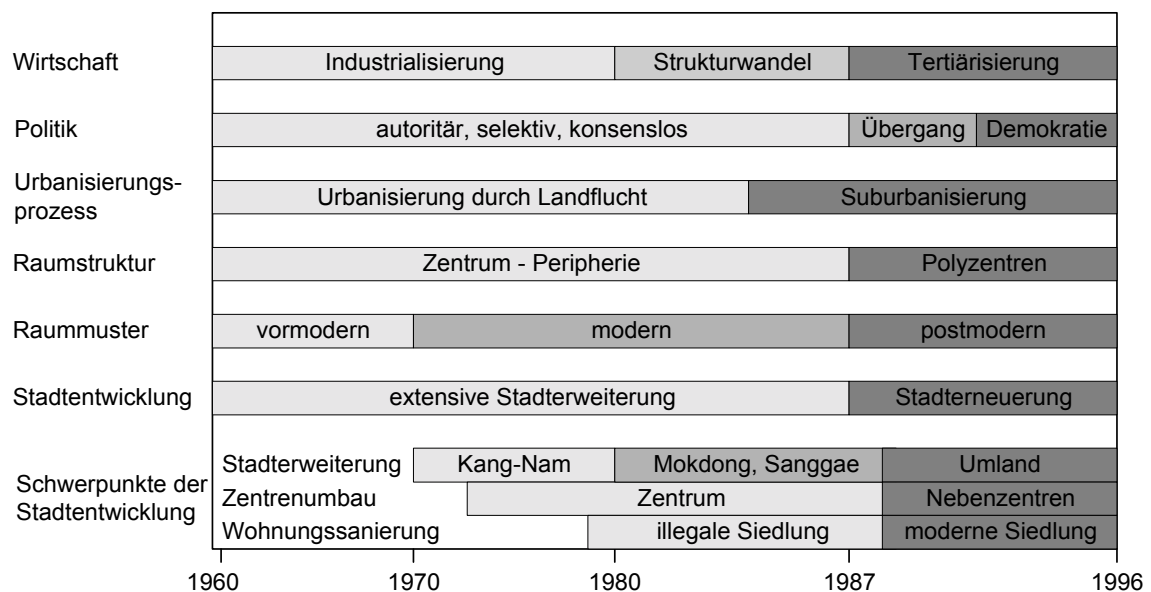
Durch den *Nachfolgebau* (*Jaegunchuk*) entstanden 86.256 neue Wohnungen in den bestehenden Siedlungen (Kim, Y.-H. 1997, S. 51). Damit war der Erfolg bei der Wohnraumbeschaffung durch die Flächensanierung in den 90er Jahren deutlich größer als das Sanierungsergebnis zwischen 1970 und 1991. Die totale Zerstörung relativ junger Lebensräume und deren Ersatz durch eng zusammenstehende Apartment-Siedlungen erschien seit den 90er Jahren als eine Art Spekulationsstrategie für den Eigentümer zulasten der öffentlichen sozialen Leistungen für die umliegenden Gebiete.

²⁸ Bei dem *Nachfolgebau* von einer der ersten Apartment-Siedlungen in den 70er Jahren „*Jamsil*“ war die Geschossflächenzahl (GFZ) von etwa 1,0 auf 2,75 gestiegen.

3.3 Fazit

Nach dem Untersuchungsergebnis der Stadtentwicklung Seoul lässt sich feststellen, dass sich die räumliche und gesellschaftliche Struktur der Stadt durch Modernisierungsprozesse zwischen 1963 und 1996 von der vormodernen zur modernen Struktur komplett gewandelt hat (Abb. 3.17). Die Stadtentwicklung innerhalb dieses Transformationsprozesses lässt sich in zwei Phasen unterteilen: extensive Stadtentwicklung bis in die 80er Jahre und intensive Innenstadtentwicklung sowie beschleunigter Suburbanisierungsprozess in den 90er Jahren. Bis in die 80er Jahre befanden sich die städtebaulichen, sozioökonomischen und soziokulturellen Strukturen in einem radikalen Wandel von einer vormodernen Struktur zur koreanischen Moderne.

Abb. 3.17: Wandel von Raum und Gesellschaft in Seoul



Seit 1987 steht die städtische Gesellschaft Seouls vor doppelten Herausforderungen: Stabilisierung und Weiterentwicklung der koreanischen Moderne zum einen und Transformation zur postmodernen Gesellschaft zum anderen (Kap. 2.4, Tab. 2.14). Der politische Umbruch von 1987 ermöglichte die Entwicklung der neuen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen. Die neue politische Ära der Demokratisierung begann nach der Ablösung des Militärregimes. Die Gewerkschaftsbewegungen führten nicht nur zur Einkommenssteigerung, sondern auch zur breiten gesellschaftlichen Anerkennung von Demonstrationen (Streiks), die vorher

als Gefahr für die Stabilität des Staates angesehen wurden. Die Wirtschaftsstruktur befand sich in einer Umstrukturierungsphase hin zur Tertiärisierung, die in einem engen Zusammenhang mit der technologischen und organisatorischen Entwicklung der Industrie stand. Der Rückgang des industriellen Sektors konnte durch das enorme Wachstum der Unternehmensdienstleistungen ausgeglichen werden. Der Wirtschaftsraum Seoul ist heute nicht mehr durch Industrie und unqualifizierte Dienstleistungsbranchen, sondern durch höherwertige und konsumorientierte Dienstleistungen geprägt.

Städtebauliche Struktur

Die städtebauliche Struktur in Seoul war bis Anfang der 60er Jahre überwiegend durch vormoderne Formen geprägt. Das heißt, die Stadt wurde nicht von der modernen Planung beeinflusst. Erst seit Mitte der 60er Jahre begann sich der städtische Raum durch den massiven Einsatz der Stadtentwicklungsmaßnahmen in einen „modernen Raum“ zu wandeln. Die charakteristischen Merkmale der modernen Räume der 70er und 80er Jahre waren u.a. Funktionstrennung, standardisierte Räume für die Massengesellschaft, Baugebiete im Großmaßstab und Wiederholung der städtebaulichen Struktur. Da sich der moderne Raum innerhalb weniger Jahrzehnte stadtweit durchgesetzt hatte, war das Stadtbild durch homogene Architektur und Monofunktionalität geprägt. Typische Beispiele waren das erneuerte Stadtzentrum mit seinen Bürokomplexen und die großen Apartmenthochhaus-Komplexe im Stadtteil *Kang-Nam*. Die städtebauliche Moderne wurde von der staatlichen Politik stark gefördert und durch ein gemeinsames Vorgehen des Staates und des privaten Kapitals rücksichtslos durchgesetzt. Damit wurden die modernen Räume in Seoul von einem Bündnis zwischen Politik und Kapital bestimmt.

Seit Anfang der 90er Jahre zeigte sich eine neue raumstrukturelle Entwicklungstendenz hin zu so genannten „postmodernen Räumen“. Dieses städtebauliche Gestaltungsmuster lässt sich jedoch nicht eindeutig vom „modernen Raum“ unterscheiden. Der „postmoderne Raum“ ist überwiegend vom privaten Kapital bestimmt. Er ist in der Regel in Bezug auf seinen Gebietsumfang kleiner und punktueller als flächendenkende Stadterneuerung bis in die 80er Jahre. Jedoch allein die Masse des Baukörpers dieses postmodernen Städtebaus ist wesentlich größer und prächtiger als der moderne Städtebau (Abb. 3.18, Abb. 3.19). Diese Änderung des Raummusters wirkt sich in der Wahrnehmung des Stadtbeobachters jedoch wesentlich stärker aus als die Änderungen der 70er Jahre, die zumeist die

unbebauten Freiflächen der Umgebung zu städtischen Räumen umwandeln. Nun wurde aber bereits städtisch geprägter Raum durch neue Strukturen überformt.

Abb. 3.18: Bürogebäude in der Moderne und Postmoderne



a) Samil-Building im Stadtzentrum (1970)



b) World Trade Center in Kang-Nam (1990)

Quelle: a) SDI 2001a, S. 263, b) SMG 2000, S. 226

Abb. 3.19: Wohnungsbau in der Moderne und Postmoderne



a) Yeouido-Modell-Apartment (um 1975)



b) Daewoo-Apartment in Geumho-Dong (2002)

Quelle: a) SMG 2000, S. 199, b) ELA 2002, S. 52

Zusammenfassend betrachtet, lassen sich in Seoul bis heute Beispiele der vormodernen, modernen und postmodernen Architektur finden. Auch in der Stadtstruktur gibt es noch Stadtteile, die von all diesen Epochen geprägt sind, aber es gibt weder gesetzliche Maßnahmen zum Bestandsschutz noch gesellschaftliche Erkenntnisse über die Bedeutung der Bestände. Das heißt, stimmen die Wirtschaftlichkeit und verwaltungstechnischen Bedingungen, wird die bestehende Bausubstanz rücksichtslos abgerissen. Sowohl der hohe Anteil an Neubauten an der gesamten Stadt als auch die Abrisswelle, der die bedeutendste Architektur aus der vormodernen und modernen Zeit zum Opfer fällt, weisen auf diese Tendenz hin.

Wandel von der monozentrischen zur polyzentrischen Raumstruktur

Seoul war seit seiner Gründung das politische, kulturelle und räumliche Zentrum des Landes. Die starke Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Institutionen und der Bevölkerung verstärkte sich im Zuge der Modernisierung erheblich, vor allem im Stadtzentrum. So war die Stadt bis in die 70er Jahre von einer monozentralen Struktur geprägt. Das staatlich geförderte Wirtschaftswachstum stellte eine günstige Rahmenbedingung für die Großunternehmen dar. Unter diesen Umständen wuchsen in den 70er Jahren die Großunternehmen im Stadtzentrum. Sie ließen hier ihre Hauptsitze errichten, um die Fühlungs- und Agglomerationsvorteile verstärkt auszunutzen. Dies führte zur hohen Nachfrage nach Büroflächen im Zentrum. Mit Unterstützung des *Stadtzentrumbaus* entstanden hier noch verdichtete moderne Bürokomplexe. Dadurch nahm die zentrale Bedeutung des Stadtzentrums immer mehr zu.

In den 80er Jahren begann sich diese monozentrale zu einer polyzentralen Struktur umzuwandeln. Dies konnte zum einen auf die staatliche Förderung des neuen Stadtteils *Kang-Nam* und zum anderen auf den allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandel zurückgeführt werden. Für das rasche Wachstum des neuen Stadtteils waren die gesetzlichen Einschränkungsmaßnahmen zur Stadtentwicklung im nördlichen alten Stadtteil verantwortlich. Dies führte zum Niedergang des vorhandenen und zugleich zum raschen Wachstum des neuen Stadtteils. Hinzu kam die enorme Nachfrage nach Büroflächen (Tab. 3.13, Abb. 3.13). Von diesen beiden Faktoren profitierten vor allem die Nebenzentren (*Yeouido und Kangnam-Daero*).

Das Wachstum der Wirtschaft hier nahm in den 90er Jahren noch einmal stark zu. Die wirtschaftliche Funktion eines Stadtzentrums, nämlich die eines Finanz- und Dienstleistungszentrums, verlagerte sich in die Nebenzentren. Drei Zentren bildeten sich in Seoul heraus, nämlich das Stadtzentrum als überregionales Zentrum von

Politik und Wirtschaft, *Yeouido* als Finanzzentrum und *Kangnam-Daero* als Dienstleistungszentrum vor allem im Bereich „Unternehmensdienste“, „Handel und Gastgewerbe“ und „Baugewerbe“.

Planung und Politik

Die moderne Planung in Seoul beschäftigte sich bis in die 80er Jahre mit dem rasanten Urbanisierungsprozess und der Bereitstellung von Wohnungen und Infrastrukturen. Der Umgang mit den Betroffenen und den baulichen Objekten beim Planungsprozess war geprägt von radikaler Flächensanierung, obwohl die Gebäude nicht unbedingt als „abrissreif“ eingestuft wurden. Die Radikalität der Planungskultur verstärkte sich im Zuge des Modernisierungsprozesses durch den Einsatz der gesetzlichen Grundlagen und des privaten Kapitals.

Besonders radikal war der Umgang mit den Planungsobjekten bei der Stadterneuerung, die mit den städtebaulichen und sozialen Beständen sehr eng verbunden war. Die Art und Weise des *Zentrenumbaus* in Form von Flächensanierungen zerstörte nicht nur die städtebauliche, sondern auch die sozioökonomische Struktur. Da der *Zentrenumbau* vom privaten Kapital bestimmt wurde, zielte der Bauträger ausschließlich auf ökonomische Rentabilität. Der *Zentrenumbau* trug de facto lediglich zu einer Kapitalakkumulation für die Großkonzerne bei. Die Sanierungspolitik der Wohngebiete konzentrierte sich lediglich auf die Beseitigung der illegalen Siedlungen und die physische Verbesserung von heruntergekommenen Wohngebieten. Vor allem hat die Sanierungspolitik keinen Beitrag zum Erhalt der vorhandenen sozialen Struktur geleistet.

Insgesamt gesehen, lagen die Ziele der räumlichen Planung bis in den 80er Jahren wesentlich in der materiellen und physischen Korrektur der gesamten Stadt. Es ging nicht um einen demokratischen Planungsprozess, sondern um die zügige Durchführung und ein rasches Ergebnis der planerischen Maßnahmen. Die Hauptakteure der Planungen waren die Stadtverwaltung, private Investoren und Eigentümer, wobei die privaten Investoren am meisten von der Planung profitierten.

4 Ursachen und Folgen der radikalen Stadtentwicklung

4.1 Ursachen der radikalen Stadtentwicklung in Seoul

Die charakteristischen Merkmale der Stadtentwicklung Seouls in der Modernisierungsphase lassen sich in folgenden Aspekten darstellen:

- Städtebau: totaler Abriss der bestehenden Bausubstanz und Ersatz durch Neubau
- Soziales und Ökonomie: kompletter Austausch der sozialen bzw. sozioökonomischen Struktur als Folge der Verdrängung der vorhandenen Bewohnergruppe (*Wohnungssanierung*) und Funktions- und Nutzungswandel (*Zentrenumbau*)
- Ökologie: Versiegelung der Landwirtschaftsfläche zugunsten der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Als Untersuchungsergebnis ist festzuhalten, dass die nachholende Modernisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einem direkten Zusammenhang mit dieser radikalen Stadtentwicklung in Seoul stand (Kap. 3.3). Modernisierung erschien hier als Transformationsprozess von der vormodernen zur modernen Gesellschaft und enthielt ohne Zweifel die Eigenschaft zur radikalen Veränderung der bisherigen gesellschaftlichen sowie räumlichen Struktur. Der rasche, von außen aufgesetzte und autoritäre Modernisierungsprozess in Südkorea verstärkte dabei diese radikale Tendenz noch im besonderen Maße. Dies führte die Gesellschaft zum eiligen und unüberlegten Einstieg in das neue und fremde Entwicklungsmodell „Moderne“. So ist die nachholende Modernisierung als strukturelle Ursache der radikalen Stadtentwicklung zu betrachten (Abb. 4.5).

Eine weitere Ursache für den rücksichtslosen Umgang mit den sozialen Gegebenheiten und baulichen Beständen liegt in der kulturellen Entwertung aus der Kolonialzeit. Die einheimische Kultur, die Traditionen, das Wertesystem und die Geschichte wurden in der Kolonialzeit von den Japanern systematisch diskreditiert, damit die Kolonialpolitik konfliktfrei agieren konnte. Während der Besatzung durch die USA nach der Befreiung 1945 gab es tendenziell eine Grundstimmung zugunsten der USA als Symbol des Neuen, des Wohlstands und der Moderne. Demgegenüber wurde die einheimische Kultur mit materieller Armut und Minderwertigem

identifiziert. Aus diesen historischen Erlebnissen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde das „Neue“ bzw. die „Moderne“ als Hoffnungsträger angenommen, während das „Bestehende“ bzw. „Historische“ eher als „Negatives“ bzw. „Entbehrliches“ betrachtet wurde.

Nur vor diesem Hintergrund ist es zu erklären, dass die wachstumsorientierte Modernisierungspolitik ohne Berücksichtigung der Entwicklungspotentiale bzw. -möglichkeiten autoritär und radikal durchgesetzt wurde. Die Menschen waren damals sogar bereit, auf politische Mitbestimmung und individuelle Freiheiten zu verzichten, um die Modernisierung des Landes zu ermöglichen. Nach einer Umfrage von 1968, in der es um die Wichtigkeit der Modernisierung in Südkorea ging, hielten 29,6% der Befragten die Industrialisierung und 22,6% die Erhöhung des Lebensstandards für am wichtigsten. Demgegenüber bewerteten nur 7% der Befragten die Demokratisierung als wichtigen Faktor für die Modernisierung. Über 60% der Befragten waren sogar bereit, für das Wirtschaftswachstum auf ihre individuelle Freiheit zu verzichten (Kim, H.-K. 1999, S. 194).

Im Folgenden werden die weiteren einzelnen Ursachen der radikalen Stadtentwicklung nach den städtebaulichen, sozialen und ökologischen Aspekten dargestellt (Tab. 4.1).

Tab. 4.1: Einzelne Ursache der radikalen Stadtentwicklung in Seoul

Städtebaulicher Aspekt: Kahlschlagsanierung

- Mängel der baulich-räumlichen Substanz
- vom privaten Kapital finanzierte und durchgeführte Sanierung
- fehlende Instrumente zum Bestandsschutz
- internationales Auftreten im Rahmen der internationalen Festspiele

Sozialer Aspekt: Vertreibung der Bewohnergruppen und Gewerbetreibenden

- fehlende Sozialpolitik
- vom privaten Kapital finanzierte und durchgeführte Stadtentwicklung
- von zentraler Landesregierung bestimmte Stadtentwicklung

Ökologischer Aspekt: Umwandlung der Landwirtschaftsfläche zur Siedlungsfläche

- rasche Urbanisierung und expansives Bevölkerungswachstum
 - mangelndes Umweltbewusstsein: Umweltressourcen als reiner Produktionsfaktor
-

4.1.1 Städtebaulicher Aspekt

Mangel der baulich-räumlichen Substanz und das Bedürfnis nach modernen Räumen

Das Modernisierungsprojekt, das dem raschen Wirtschaftswachstum und damit der Legitimation der Militärregierung dienen sollte, benötigte eine räumliche Basis. Dazu gehörten in erster Linie die Industriestätten und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, gefolgt von den Massenwohnsiedlungen und den modernen Bürokomplexen. Am Anfang der Modernisierungsphase wurde die gesamte Stadt durch den Krieg schwer geschädigt. Aufgrund des Mangels an Kapital konnte der Wiederaufbau der zerstörten Stadt nur provisorisch und mit minderwertigen Standards durchgeführt werden. Das rasche Wirtschaftswachstum und der damit verbundene massive Aufstieg der neuen Mittelschicht erforderten neue und komfortable Wohnungen und Büroräume. Darüber hinaus sollten die modernen Gebäudekomplexe das neue Stadtgesicht prägen. Die innerstädtischen illegalen Siedlungen und das provisorisch instand gesetzte Stadtzentrum entsprachen nicht mehr der Vorstellung einer „Hauptstadt“. In diesem Zusammenhang wurde die „Flächensanierung“ zur einzigen Erneuerungsstrategie.

Vom privaten Kapital finanzierte und durchgeführte Stadterneuerung

Die Modernisierung des Landes wurde durch eine autoritäre Regierung ohne ausreichende staatliche Finanzmittel durchgeführt. Dieser Mangel wurde durch eine starke Einbeziehung des privaten Kapitals ausgeglichen. Unter diesen Bedingungen hatten besonders die Großunternehmen eine günstige Ausgangslage für eine Kapitalakkumulation. Das bedeutete, dass die Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Planung von den Interessen des privaten (Groß-)Kapitals bestimmt wurden. Bis 1996 wurden 98% der gesamten *Zentrenumbauten* sowie 74% der gesamten *Wohnungssanierungen* allein durch private Sanierungsträger durchgeführt (Kap. 3.2.4, Tab. 3.20). Die öffentliche Hand beschränkte sich auf die Festsetzung des Erneuerungsgebietes sowie auf die Genehmigung von Bauvorhaben. Die Nutzungsstruktur und deren Gestaltung wurde ausschließlich von privaten Investoren bestimmt. Eine Steuerung dieser Prozesse fand im Vorfeld kaum statt und so orientierte sich die Stadterneuerung ausschließlich an der Gewinnmaximierung der Investoren.

Fehlende Instrumente

In der Modernisierungsphase gab es zahlreiche neue Gesetze bzw. Novellierungen zur räumlichen Entwicklung (Kap. 3.2.1). Diese raumplanerischen Gesetze bildeten die Grundlage für eine rasche Änderung der räumlichen Struktur. Erst ab Anfang der 80er Jahre entwickelte sich ein Instrumentarium für die Regelung der städtebaulichen Struktur, allerdings ging es hier im Wesentlichen um ästhetische Vorgaben für die Gestaltung. Allerdings entwickelten sich keine nennenswerten Gesetze bzw. Instrumente für den Bestandsschutz. Die räumliche Politik förderte kontinuierlich die Schaffung neuer Räume zulasten der alten Bestände durch abriss- und neubauorientierte Umgestaltung.

Vorzeigeprojekte im Rahmen der internationalen Festspiele (Asienspiele 1986 und Olympische Spiele 1988)

Die Tendenz zur rigorosen *Stadterneuerung* wurde durch die Vorbereitung der internationalen Festspiele in den 80er Jahren erheblich verstärkt. Hierfür sollte der Umbau des Zentrums rasch durchgeführt werden. Der *Zentrenumbau* wurde mit gesetzlicher und finanzieller Unterstützung vom Staat beschleunigt durchgeführt. Die heruntergekommenen Siedlungen, die als Träger eines schlechten Images der Stadt galten, wurden radikal „saniert“. Andere Stadtteile, für die keine Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten, wurden hinter einer „Schönheitsmauer“ versteckt. Das Verstecken eines Teils der Bevölkerung und die Ausgrenzung dieser Gebiete zeigte sehr deutlich, welchen Stellenwert die bestehenden Stadtteile für die Politik hatten: Alles, was nicht „neu“ war oder den Ansprüchen an eine moderne Architektur und einen modernen Städtebau nicht genügte, war nicht vorzeigbar. Dass die versteckten Stadtteile Relikte der koreanischen Geschichte waren und die Bewohner Repräsentanten der historischen städtischen Gesellschaft, wurde von der Politik ignoriert bzw. konfliktfrei entwertet.

4.1.2 Sozialer Aspekt

Fehlende Sozialpolitik

Die Priorität der öffentlichen Investitionen lag im Wirtschaftswachstum und zugleich in der Verteidigung des Landes aufgrund der politischen Lage gegenüber Nordkorea. Darüber hinaus wurde der ideologische Konflikt mit Nordkorea als Grundlage für die Unterdrückung der sozialen und demokratischen Bewegungen in Südkorea

benutzt. Dadurch wurde die Herausbildung von sozial- bzw. demokratieorientierten Parteien stark behindert. Unter diesen Umständen vernachlässigte der Staat seine gesellschaftspolitischen Aufgaben wie z.B. die Sozial-, Wohnungsbau-, Gesundheits- und Kulturpolitik und versagte den sozial benachteiligten Gruppen die gesellschaftsübergreifende Unterstützung.

Aus diesen Gründen fehlte eine realistische Sozialpolitik, hier insbesondere eine soziale Wohnungspolitik. Die Wohnungsbauprojekte waren stets gigantische Vorhaben, wie z. B. *Kang-Nam* mit 3.960 ha, Mokdong mit 432 ha, Sangkae mit 330 ha sowie die fünf Satellitenstädte mit 5.000 ha in den 90er Jahren. Bei diesen Maßnahmen war jedoch keine einzige Sozialwohnung vorgesehen, selbst der staatliche Wohnungsbauunternehmer „Korea Housing Corporation“ orientierte seine Wohnungspolitik überwiegend an den mittleren Einkommensschichten. Die sozial schwachen Gruppen waren nicht der Hauptadressat der öffentlichen Wohnungspolitik. Der koreanische Wohnungsmarkt wurde größtenteils den privaten Investoren überlassen.

Privat finanzierte Sanierung

Seit der Einführung der *korporativen Sanierung* beschleunigte sich die *Wohnungssanierung*. Der Erfolg lag vor allem darin, dass alle Akteure, wie z.B. Stadtverwaltung, Investoren und Bewohner, von der Sanierungsmaßnahme materiell profitieren konnten. Die geplante Wohnungszahl bzw. -größe sowie der Wohnungspreis wurde zwischen den Investoren und der *Sanierungsgenossenschaft* zwar abgestimmt, aber diese Vereinbarungen wurden meist nicht eingehalten, da die Investoren mehr Gewinn durch bauliche Verdichtung und Errichtung von größeren Wohnungen erzielen konnten. Gegen diese Planänderungen gab es keine Gesetze bzw. Handhaben, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirken konnten. Im Gegenteil förderte die öffentliche Hand diese Sanierungsmethode, da die Kahlschlagsanierung der ehemaligen illegalen Siedlungen Vorteile für die Stadtverwaltung brachte. Hierzu zählten der finanzielle Gewinn durch den Verkauf der Grundstücke und die Sicherung der steuerlichen Einnahmen durch den Zuzug zahlungskräftiger Einwohner. Die *Wohnungssanierung* als originäre Aufgabe der öffentlichen Hand wurde in Seoul von Anfang an durch private Akteure finanziert und durchgeführt. Dies führte dazu, dass die sozioökonomische Struktur des Erneuerungsgebietes vollkommen umstrukturiert wurde. Die förderbedürftige Einkommensgruppen wurden von der Sanierungspolitik verdrängt, während die Mittel- bzw. Oberschicht von der Sanierungspolitik direkt oder indirekt profitierte.

Durch die zentrale Regierung bestimmte Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungspolitik in Seoul wurde wesentlich vom Zentralstaat zugunsten der nationalen Interessen bestimmt, da Seoul einen besonderen Status als räumlicher Mittelpunkt der landesweiten Modernisierung hatte und das Verwaltungssystem in Südkorea stark zentralistisch aufgebaut war. Eine unabhängige Stadtentwicklungspolitik, die das Interesse der Stadt bzw. Gemeinde vertrat, gab es im Modernisierungsprozess aufgrund dieses starken Zentralstaates nur bedingt. Erst im Jahr 1995 wurde die kommunale Selbstverwaltung umgesetzt. Seitdem vertritt die Stadtverwaltung die Interessen der Bevölkerung wesentlich stärker.

4.1.3 Ökologischer Aspekt

Die moderne Stadtentwicklungspolitik, die mit dem raschen Urbanisierungsprozess sehr eng verbunden war, war stets mit dem Mangel an Siedlungsflächen als Folge des außergewöhnlich starken Bevölkerungswachstums konfrontiert. So wurden die neuen Siedlungsflächen durch die planerischen Mittel „*Bodenordnungsmaßnahme*“ und das „*Förderungsgesetz zur Baulanderschließung*“ zulasten der Frei- und Grünflächen errichtet.

Betrachtet man die Stadtentwicklung in der raschen Urbanisierungsphase zwischen 1960 und 1990, so scheint die extensive Stadterweiterung unvermeidbar gewesen zu sein. Der absolute Mangel an Wohnungen - als Folge der expansiven Bevölkerungszunahme - forderte vom Staat die Schaffung neuer Siedlungen. Der Staat griff zunächst auf die unbebauten Freiflächen, meistens Landwirtschaftsflächen. Diese wurden in der wachstumsorientierten Modernisierungsphase als mögliche Reservefläche für die zukünftigen Siedlung angesehen. Dies lag vor allem an der besonderen Eigenschaft der Industrialisierung²⁹. Das politische Interesse lag in erste Linie im materiellen Wachstum. Demgegenüber hatten das Interesse an Umweltbewusstsein sowie sozialen Anforderungen kaum Bedeutung.

²⁹ Industrialisierung an sich enthält die Eigenschaft zur Umgestaltung der Natur zugunsten der menschlichen Bedürfnisse (vgl. Kap. 2.1.2.1).

4.2 Folgen der radikalen Stadtentwicklung auf Raum und Gesellschaft

4.2.1 Zerstörung der vorhandenen Lebensräume

„Wachstum und Fortschritt“ waren das einzige und unbestrittene Leitbild, das der Gesellschaft in der Modernisierungsphase vorschwebte. Die Mehrheit der Bevölkerung war bereit, diese Ziele mit zu vertreten, auch unter Aufgabe individueller und demokratischer Freiheiten. In diesem Zusammenhang übersahen Politik und Gesellschaft die Bedeutung der historisch unterschiedlich entstandenen sozial-räumlichen Besonderheiten der Lebensräume in der Stadt bzw. den Stadtteilen. Die innerstädtische Vielfalt, die durch kleinräumige Nutzungsmischung und unterschiedliche Nutzer geprägt war, wurde bei der Stadterneuerung nicht berücksichtigt. Die entscheidenden Erneuerungskriterien waren ausschließlich die mangelhaften baulichen Zustände, Funktionalität und die Wirtschaftlichkeit. Die Erneuerung führte zur flächendeckenden Verbesserung der baulichen Zustände, die gebietsbezogenen sozialen Beziehungsnetze aber wurden zerrissen. Es gibt heute weder sozioökonomische noch städtebauliche Beziehungen zwischen den alten und den neu gestalteten Lebensräumen.

Die Stadtentwicklung wurde überwiegend von privaten Investoren finanziert. Dies hatte zur Folge, dass die Entwicklung sich mehr am Gewinn als am Wohl der Allgemeinheit orientierte. Die Dominanz der überdimensionalen Büro- und Apartment-Komplexe war die Folge der kapitalorientierten Stadtentwicklungspolitik. Die städtebauliche Struktur war nach der Stadterneuerung sowohl bei dem *Zentrenumbau* als auch bei der *Wohnungssanierung* sehr stark durch Gegensätze zwischen vorhandenen und erneuerten Gebieten geprägt (Abb. 4.1): So setzte sich das „Apartment“ als dominanter Wohnungstyp in den neuen Wohngebieten durch. Dieses wurde überall in der Stadt gebaut, ohne Bezug zu nehmen auf sozio-ökonomische, städtebauliche und ökologische Bestände. Besonders auffällig war das innerstädtische Stadtbild, dessen städtebauliche Struktur überwiegend von Einzelhäusern geprägt war. An die Stelle der ein- bis zweigeschossigen Einzelhäuser waren größtenteils die über zehngeschossigen Bauten getreten. Wie die Abbildung 4.2 zeigt, orientierten sich die Sanierungsmaßnahmen ausschließlich an der Bereitstellung von materiell verbesserten Lebensräumen durch Flächensanierung mit der Folge einer zunehmenden sozial-räumlichen Diskrepanz und einem disharmonischen Stadtbild durch extreme Gegensätze zwischen teuren Neubauten mit

gigantischem Bauvolumen und kleinteiligen billigen Altbaubeständen (Abb. 4.1, Abb. 4.2).

Abb. 4.1: Gegensatz zwischen erneuertem und bestehendem Gebiet in Seoul



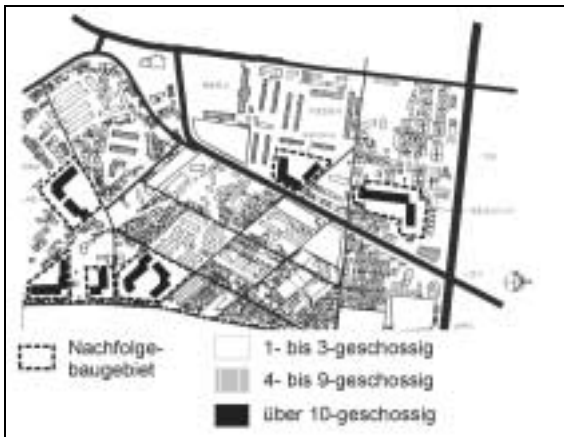
Stadtzentrum „Uljiro“



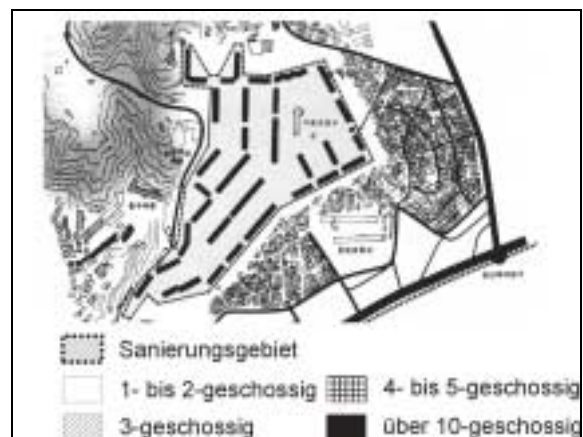
Innerstädtisches Wohngebiet „Muakjae“

Quelle: SMG 2000, S. 116, S. 141

Abb. 4.2: Städtebauliche Struktur des innerstädtischen Wohngebiets in Seoul



Mok-Dong Jaechuk Jiku



Dongsomun-Dong Jiku

Quelle: SMG 1997a, S.45

4.2.2 Uniformität der Gesellschaft und des Raumes

Das Ziel der Stadterneuerung lag in den funktionalen und physischen Verbesserungen eines Gebiets. Bisher schien es die Meinung der Politiker zu sein, dass dieses Ziel nur durch Ersatz- und Neubau mit radikaler Verdrängung der vorhandenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen sei. Die historische und vormoderne Bausubstanz wurde durch moderne Büro- und Apartment-Komplexe ersetzt. Diese moderne Bausubstanz steht jetzt wieder als Opfer für die postmoderne Architektur der 90er Jahren da. Es gibt kaum planerische Vorstellungen, die die unterschiedlichen Baustile bzw. -typen miteinander zu verbinden suchen. Das Stadtbild des Zentrums bzw. einiger innerstädtischer Viertel ist zwar durch eine Mischung von vormoderner, moderner und postmoderner Architektur geprägt, das heißt aber nicht, dass die Erneuerungsstrategien eine solche Mischung gezielt bewirkt haben, sondern dass die bestehenden älteren Gebäude noch nicht von den neuen Maßnahmen betroffen wurden. Im überwiegenden Teil der Stadt herrscht bereits ein eintöniges Stadtbild vor (Abb. 4.3). Allein die Tatsache, dass der Anteil der Apartments an den gesamten Neubauten im Jahr 1999 ca. 85% betrug und über 86% der gesamten Wohngebäude in Seoul seit 1970 errichtete Neubauten sind, weist auf diese radikale und homogene Baukultur hin (Kap. 3.2.1.3).

Abb. 4.3: Dominanz der Apartment-Komplexe in den 90er Jahren



Quelle: eigenes Bild



SMG 1997b, S. 64

Dieser radikale Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz und den sozialen Gruppen schließt mit ein, dass die Planungskultur wenig Respekt vor anderen Wertesystemen bzw. Lebensformen hat. Diese Kultur nahm die Chance der Koexistenz der unterschiedlichen Lebensarten bzw. -kulturen nicht wahr. Die Modernisierungspolitik strebte einseitig nach Wirtschaftswachstum und die gesellschaftlichen Belange wurden von dieser Politik bewusst übergangen. Dieses extreme Streben

nach materiellem Wachstum ohne Rücksicht auf Verluste der anderen Lebensformen bzw. Wertesystemen führte zur Uniformität der Gesellschaft.

Die Folge dieser radikalen Planungskultur auf die sozial-räumlichen und sozial-psychologischen Strukturen kann durch die jüngste Untersuchung über die Tendenz zur sozial-räumlichen Segregation belegt werden. Demnach bevorzugt der überwiegende Teil der Bevölkerung in Seoul eine homogene sozioökonomische und sozial-räumliche Struktur. Die Einwohner in Seoul fühlen sich sicherer und wohler, wenn ihre sozial-räumliche Umgebung durch einen Lebensstandard gekennzeichnet wird, wie sie ihn jetzt haben (vgl. SDI 2001c). Daraus lässt sich feststellen, dass die Bewohner in Seoul Wert auf eine homogene Struktur ihres Wohngebietes legen und weniger auf die soziokulturelle und sozial-räumliche Vielfalt.

4.2.3 Verlust der raumbezogenen Identität

Der Begriff „Identität“ bezieht sich in der vorliegenden Arbeit auf den Prozess, „durch den sich eine Person ihrer Subjektivität, ihrer Persönlichkeit vergewissert, sie aufbaut oder verliert“ (Ipsen 1997, S. 18). Das heißt der „Raum“ hat an sich keine Identität, sondern er ist nur ein Medium für die Identitätsbildung des Menschen. Demnach versteht sich raumbezogene Identität als Teil der umfassenden Identität einer Person. Die raumbezogene Identität bezieht sich auf das Verhältnis der Person bzw. einer Gruppe von Personen zur räumlichen Umgebung. Sie wird durch den Prozess einer ständigen individuellen, ortkonkreten und zeitabhängigen Auseinandersetzung der Person bzw. der Gruppe von Personen mit ihrer lokalen und überlokalen räumlichen Umwelt herausgebildet (vgl. Gerlach/Apolinarski 1997, S. 170 ff.). Somit ist die räumliche Umwelt für die Identität der Menschen von großer Bedeutung (vgl. Lalli 1989, 36).

Die Grundfunktionen der raumbezogenen Identität sind in folgenden Dimensionen darzustellen (ebd., S. 26):

- Abgrenzung von anderen Orten bzw. Städten durch die wahrgenommene Einzigartigkeit und Besonderheit des eigenen Lebensraums sowie durch den bewertenden Vergleich zwischen den eigenen und anderen Orten
- Heimatgefühl und „sich zu Hause fühlen“ in der Stadt bzw. Stadtteilen
- Vertrautheit und Zugehörigkeit zu der sozialen, städtebaulichen und kulturellen Umwelt.

Die Bedeutung baulich-räumlicher und sozioökonomischer Besonderheiten, die bis in die 70er Jahre eine wichtige Lebensgrundlage auch für die unteren Bevölkerungsschichten in Seoul bildeten, wurde von der räumlichen Politik nicht berücksichtigt. Stattdessen wurden die neuen Räume nach dem Prinzip des „funktions- und gewinnorientierten Städtebaus“ für die Mittel- bzw. Oberschicht gestaltet. Die radikale Stadtentwicklung entzog den Städtern die Bindung an ihre räumliche Umwelt.

Als Untersuchungsergebnis lässt sich behaupten, dass die radikale Stadtentwicklung in der Modernisierungsphase zum massiven Verlust der raumbezogenen Identität der Städter geführt hat. Die neue raumbezogene Identität entwickelte sich aus der Auseinandersetzung lediglich mit den neuen funktions- und gewinnorientierten Stadträumen. Dies hatte zur Folge, dass die Städter weiterhin die neuen Stadträume bevorzugten, während die vorhandenen Lebensräume abgewertet wurden. Die Räume, die nicht den modernen bzw. neuen Räumen entsprachen, wurden sowohl von der Gesellschaft als auch von den Planern als „schlechte“ bzw. „abzureißende“ Räume betrachtet. Die Dominanz der teuren Apartment-Komplexe, die unaufhörliche Massenwanderung zu den neuesten und erstklassigen Gebäuden sowie die eintönige Stadtgestaltung wiesen auf ein uniformes Gesellschaftsbild hin.

Identität ist ein Unterscheidungsmerkmal zu Anderen. Die Gesellschaft sucht nach einem Vorbild, mit dem sie sich identifizieren kann. Die rücksichtslose Stadtentwicklung stahl den Menschen ihre raumzeitlichen Bezüge zu gebauten Umgebung. Als Identifikationsmerkmale blieben nur der Materialismus, das Neue und die Superlative, mit denen sich die Seouler identifizieren konnten. Die Städter strebten nach dem materiellen Aufstieg, um sich von anderen unterscheiden zu können und zugleich zu führenden Gesellschaftsgruppe zu gehören. Verloren dagegen gingen das Selbstvertrauen, die Vertrautheit sowie die Zugehörigkeit zu den Lebensräumen, wo man „sich zu Hause fühlt. Die Erkennung der Unterschieds „hier ich - dort die anderen“, denn nichts anderes bedeutet es ja, sich mit seiner Umwelt zu identifizieren, fiel schwer vor dem Hintergrund eines gleichförmigen Städtebaus. Diese mangelnde Identifizierung der Bewohner mit ihrer Umgebung verschärfte die Situation noch weiter und führte zu immer neueren Gebäuden mit noch aufwendigerer Architektursprache, die sich in Superlativen manifestierte.

Die hohe Flucht tendenz aus den alten Wohnungen hin zu den neueren Siedlungen zwang die Eigentümer zu einem ständigen Aufwertungsprozess der Altbausubstanz und zum Abriss von denkmalschutzwürdigen Gebäuden aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen: das älteste und bedeutendste vormoderne Kaufhaus „*Haw-Shin*“

(1937) in der innerstädtischen Hauptstraße „Jongro“ musste der neuen profit-, technik- und designorientierten Architektur Ende 90er Jahre widerstandslos weichen (Abb. 4.4).

Abb. 4.4: Postmoderne Architektur ersetzt die vormoderne Architektur



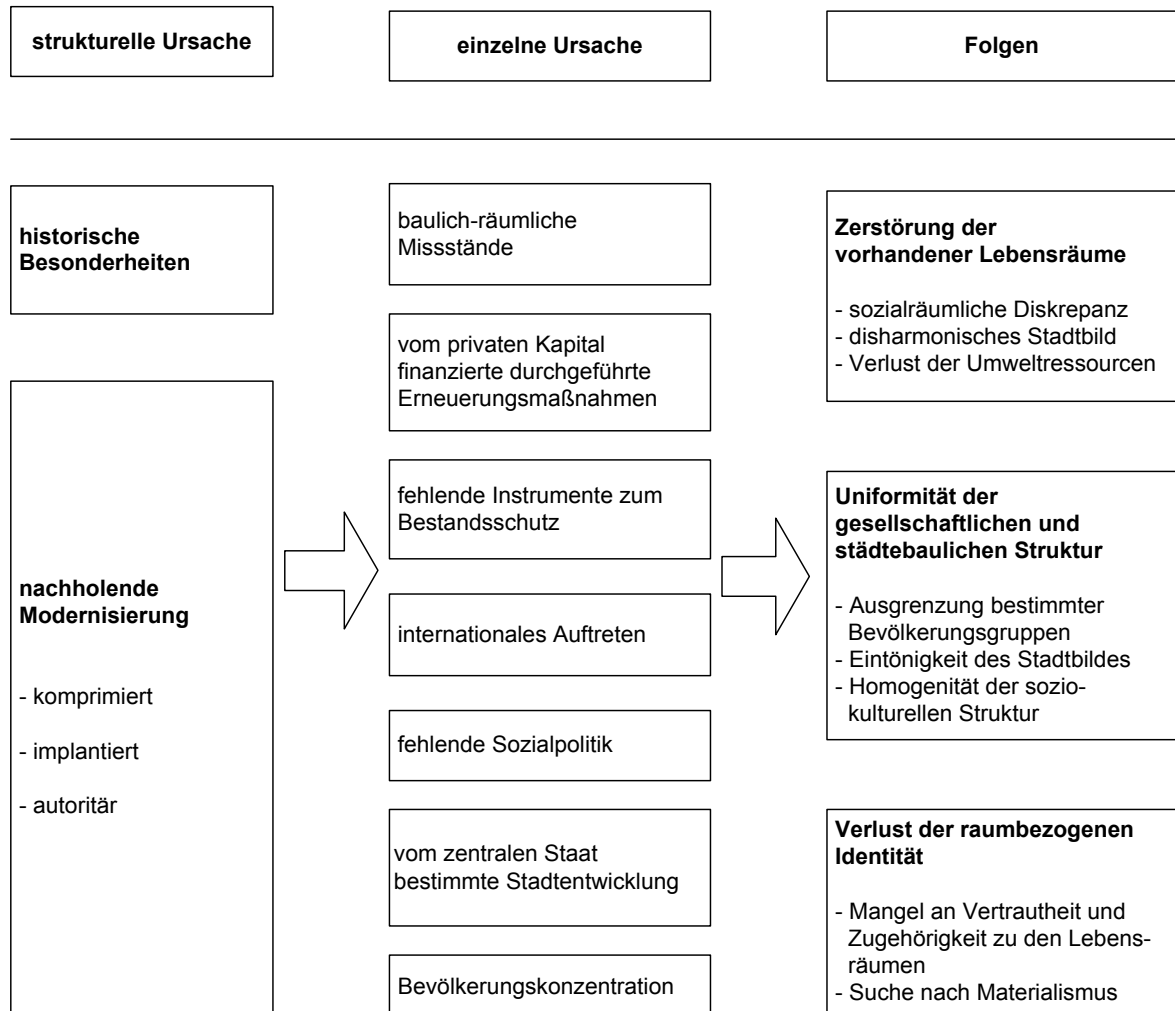
Kaufhaus *Haw-Shin* (Stand 1987)



Jongro-Tower (1999)

Quelle: SDI 2001a, S. 307, S. 350

Abb. 4.5: Ursache und Folgen der radikalen Stadtentwicklung in Seoul



5 Schlussfolgerung

5.1 Aktuelle Tendenzen in der Stadtentwicklung und Planungskultur

Die Planungskultur in der Modernisierungsphase in Seoul war von einem undemokratischen Umgang mit den Planungsobjekten geprägt. Die Tendenz zur funktionsorientierten bzw. technokratischen Stadtentwicklung mit radikaler Planungskultur verstärkte sich durch das Wirtschaftswachstum und die politischen Förderungen bis in die 80er Jahre. Seit Ende der 80er Jahre entwickelte sich langsam ein Bewusstsein für die ökologischen und sozialen Folgen der radikalen Stadtentwicklung. Dementsprechend wurde nun eine nachhaltige bzw. ökologische Stadtentwicklung in der Stadtpolitik bzw. -planung berücksichtigt. Allerdings wurde in der Praxis eine noch radikalere Sanierungsmethode (*korporative Sanierung, Nachfolgebau*) durchgesetzt.

Ab Mitte der 90er Jahre begann sich die bisherige Planungskultur zu wandeln. Wesentliche Gründe dafür waren tragische Unfälle, die viele Menschenleben forderten:

- Zusammenbruch der Hauptverbindungsbrücke „*Sungsu-Daekyo*“ zwischen nördlicher Altstadt und südlicher Neustadt im Jahr 1994 (32 Tote und 17 Verletzte)
- Gasexplosion im innerstädtischen Viertel „*Ahyung-Dong*“ im Jahr 1994 (12 Tote und 170 Verletzte, 127 Wohnungen werden beschädigt)
- Einsturz des gerade eröffneten Nobelkaufhauses „*Sampung*“ im Jahr 1995 (501 Tote und 937 Verletzte).

Die Ursache all dieser Tragödien war auf menschliches Versagen zurückzuführen. Da der Erfolg an den quantitativen Kriterien gemessen wurde, war die Brücke *Sungsu-Daekyo* innerhalb von 3 Jahren rasch und ohne qualitative fachliche Kontrolle gebaut worden. Auch bei der Genehmigung des Kaufhausbaus war das architektonische Design das entscheidende Kriterium, nicht die Qualität der Konstruktion. Die kontinuierliche fachliche Inspektion wurde vernachlässigt und es fehlte an fachlicher Verantwortung über eigene Bauwerke und an der Setzung qualitativer Standards.

Die oben genannten Katastrophen führten jedoch zu einem neuen Bewusstsein. Sie wurden nicht mehr als „gewöhnliche“ Unfälle, sondern als negative Folgen der nachholenden Modernisierung betrachtet. Diese Unfälle wurden für Südkorea zum Symbol dafür, dass die Risiken der Moderne die bisherigen Erfolge der wachstumsorientierten Modernisierung bei weitem übersteigen (Beck 1986). Das Nachdenken über den raschen Modernisierungsprozess und die Umsetzung der kommunalen Selbstverwaltung führten Mitte der 90er Jahre zu einem Umdenken der Stadtpolitik und -planung. Die Schwerpunkte der Planung lagen jetzt vor allem auf der Durchsetzung von Sicherheitsbestimmungen, der Förderung der ökologischen Stadtentwicklungsplanung und der bürgernahen Stadtverwaltung. Auch Fragen der Stadtgestaltung, die sich aus der Kritik an der bisherigen willkürlichen städtebaulichen Entwicklung ergaben, gewannen an Bedeutung. Daraus wurden zwei wesentliche Maßnahmen hinsichtlich der Stadtgestaltung umgesetzt: die Verstärkung der bisherigen Gestaltungsregelung durch Einführung städtebaulicher Rahmenpläne und die Wiederherstellung einzelner historischen Gebäude und Stadtteile.

In den letzten Jahren wurden einige Projekte im Rahmen der „Rekonstruktion der historischen Stadt innerhalb der alten Stadtmauer“ durchgeführt. Bei der Rekonstruktion handelte es sich im Wesentlichen um die abgerissenen Palastkomplexe der letzten Königreiche. Dabei wurden die vorhandenen Verwaltungsgebäude durch neue, historisierende Palastgebäude ersetzt. Es wurde versucht, städtebauliche Identität durch architektonische bzw. städtebauliche Zitate aus der *Choson-Dynastie* zurückzugewinnen. Demgegenüber scheint die Bedeutung der Lokalität, die im Zuge des Globalisierungsprozesses eine entscheidende Rolle spielen wird, in der Praxis nicht gewürdigt zu werden.

Ein weiteres Projekt beinhaltete den Abriss des „*Namsan-Oein-Apartments*“, das die landschaftliche Sichtachse zum mittleren Berg der Stadt „*Nam-San*“ störte. Der Abriss dieses modernen Apartment-Komplexes wurde als symbolischer Akt zur Pflege des Stadtbildes gesehen; an seiner Stelle wurde eine Parkanlage errichtet. Parallelen dazu gibt es bei einem aktuellen Projekt zur Offenlegung des innerstädtischen Flusses „*Chung-Gae-Chun*“³⁰. Das Umbaukonzept von *Chung-Gae-Chun* sieht vor, dass der neu gestaltete Fluss als innerstädtischer Natur- und Erlebnis-

³⁰ Der Fluss „*Chung-Gae-Chun*“ lag in der Mitte der Stadt und war bis Mitte des 20. Jahrhunderts die wichtigste Kanalisation. Im Rahmen des Modernisierungsprojektes in den 60er Jahren wurde dieser Fluss abgedeckt und wurde zur wichtigen Hauptstraße umgewandelt. Seitdem entwickelte sich der Bereich um *Chung-Gae-Chun* zum wichtigsten Standort von verarbeitendem Gewerbe, von Handel und Dienstleistungen und vor allem von den Klein- bzw. Kleinstbetrieben.

raum zur Aufwertung des Stadtteils beitragen soll. Die bisherigen Funktionen als innerstädtische Hauptstraße und traditionsreicher Gewerbestandort für die Kleinst- und Kleinbetriebe sollen zugunsten eines attraktiven urbanen Geschäftszentrums und ökologieorientierten Kulturstadtteils aufgegeben werden. *Chung-Gae-Chun* war in den 70er Jahren als Symbol der wachstumsorientierten Entwicklungspolitik proklamiert worden. Nun, drei Jahrzehnte später, wurde *Chung-Gae-Chun* Opfer der neuen Bewegung des ökologieorientierten Stadtumbaus.

Verfolgt man die gegenwärtige Debatte über die zukünftige Stadtentwicklung, so erkennt man den Versuch, die negativen Folgen der modernen durch eine ökologieorientierte Stadtentwicklung und eine Wiedergewinnung der historischen Baustrukturen abzumildern. Damit unterscheiden sich die Ziele und Inhalte in den 90er Jahren deutlich von der Planungskultur in der Modernisierungsphase durch die Verankerung von ökologischen und ästhetischen Zielen.

„Ökologie und Nachhaltigkeit“ als neues Leitbild der Stadtentwicklung ersetzt das alte Leitbild „Wachstum und Expansion“. Jedoch bleibt die Radikalität der Umsetzung unverändert: Ein Abriss von ganzen Stadtteilen wird nun nicht mehr aus Gründen der Profitmaximierung proklamiert, sondern aus Gründen einer ökologischen Stadtentwicklung. Die städtebauliche Struktur und Architektur, die in der Modernisierungsphase als Symbol des Wachstums entstanden waren, werden seit den 90er Jahren als Fehlentwicklung der Moderne angesehen. Es fehlt in der Planungskultur nach wie vor der Aspekt, dass die alten Bestände ein unabdingbarer Teil der bisherigen, gegenwärtigen und auch zukünftigen Lebensräume sind.

5.2 Perspektiven durch Bestandsentwicklung

Aus der Untersuchung der bisherigen Stadtentwicklung und aktuellen Planungskultur in Seoul wird die Bestandsentwicklung als alternatives Konzept zur zukünftigen Stadtentwicklung vorgeschlagen. Die Notwendigkeiten des neuen Planungskonzepts „Bestandsentwicklung“ ist in den folgenden vier Punkte begründet (Tab. 5.1).

Erstens: die negativen Auswirkungen der radikalen Stadtentwicklung. Hierzu zählen die Zerstörung der vorhandenen Lebensräume, die zunehmende Tendenz zur Homogenisierung der städtebaulichen und soziokulturellen Strukturen, willkürliches Stadtbild und der Verlust der raumbezogenen Identität.

Zweitens: Kritik am Modernisierungsprojekt. Seit den 90er Jahren wird die bisherige wachstumsorientierte Modernisierungspolitik stark kritisiert. Die Probleme der raschen Modernisierung wurden der breiten Gesellschaft bewusst. Darüber hinaus gewann die Umwelt zunehmende Bedeutung. Umwelt galt in der Modernisierungsphase als reiner Produktionsfaktor. Diese einseitige Betrachtung änderte sich in den 90er Jahren: Nun wird die Umwelt als Produktions- und als Reproduktionsfaktor betrachtet (Leipert, zitiert in Konter 1997, S. 142). Aufgrund der vollständigen Versiegelung der Stadt ist die extensive Stadterweiterung innerhalb der städtischen Fläche nicht mehr möglich. Daher wird sich die zukünftige Stadtentwicklung in Seoul fast ausschließlich auf die Sanierung bzw. den Umbau der bereits bebauten Bereiche konzentrieren müssen.

Drittens: Einführung des kommunalen Selbstverwaltungssystems, Zunahme der Bürgerinitiativen, wie z.B. Mieter- und Umweltschutzorganisationen, Frauenförderungen etc. Die Rahmenbedingungen für die räumliche Planungen sind dadurch komplexer und vielseitiger geworden. Die bisherige radikale und einseitige Planungskultur ist wegen der veränderten Rahmenbedingungen, wie z.B. der unterschiedlichen Akteure, der Bürgerinitiativen und verschiedenen Organisationen etc., nicht mehr so ohne weiteres fortzuführen. Schließlich verliert die Planung ihre Durchführungsgewalt im Zuge der Demokratisierung der Gesellschaft.

Viertens: Globalisierung als neue Herausforderung für die Stadtentwicklung. Auch die koreanische Gesellschaft wird seit Anfang der 90er Jahre mit einem weltweit tiefgreifenden Transformationsprozess konfrontiert. Das Thema „Globalisierung“ wurde das wichtigste Ziel der ersten zivilen Regierung seit 1993. So stieg die Tendenz zur neoliberalen Wirtschaftspolitik und Deregulierung erheblich an. Die Gesell-

schaft wird von diesem Globalisierungsprozess gezwungen, den globalen Wettbewerbsbedingungen durch Kostensenkung zu folgen und zugleich die langfristige lokale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Diese Sachzwänge sind die zwei Seiten einer Medaille (Altwater/ Mahnkopf 1999, S. 70). Die Globalisierung ist jedoch wegen dieser Sachzwänge nicht rückgängig zu machen, denn dies wäre „kein zukunftsorientiertes Projekt“ (ebd., S. 537). So unterliegt die koreanische Gesellschaft, wie die anderen Nationalstaaten, auch diesem Transformationsprozess. Das bedeutet für die Stadtentwicklung nichts anderes als die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit am lokalen Standort. Denn die Waren bzw. Dienstleistungen können nur am „Ort“ produziert bzw. erbracht werden, es kann also ohne lokale Bindungen eine Globalisierung nicht stattfinden (ebd., S. 69 ff.). So gesehen gewinnt die lokale bzw. regionale Wettbewerbsfähigkeit der Städte in der Globalisierungsphase erheblich an Bedeutung.

Darüber hinaus wächst der Zwang der Gesellschaft in der Globalisierungsphase, sich mit unterschiedlichen Lebensformen und lokalen und überlokalen Kulturen auseinander zu setzen. Es ist deshalb erforderlich, neue Handlungs- bzw. Umgangsformen mit anderen Kulturkreisen zu entwickeln. Hier liegen die Herausforderungen an die zukünftige Stadtentwicklung. Demnach muss in den Planungsprozess die Akzeptanz gegenüber anderen Lebensstilen bzw. der Respekt vor anders Denkenden integriert werden, um die Rahmenbedingungen für die Koexistenz zwischen Alt und Neu, Tradition und Fortschritt sowie Moderne und Postmoderne zu schaffen.

Tab. 5.1: Veränderte Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Seoul

Transformation zur modernen Gesellschaft: 1963-1987	Formation in eine moderne Gesellschaft: 1987-1996	Transformation zur postmodernen Gesellschaft: seit 1997
Komprimierte Modernisierung	Abgeschlossen	Folge der raschen Modernisierung
<ul style="list-style-type: none"> • expansives Bevölkerungswachstum • extensive Stadterweiterung • Einfluss von privatem Kapital auf die Stadtentwicklung • fehlende Sozialpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Stagnation des Bevölkerungswachstums • extensive und intensive Stadtentwicklung • verstärkte Beteiligung des privaten Sektors an der Stadtplanung • Kompensation durch aktive Bürgerinitiative und gewerkschaftliche Bewegungen 	<ul style="list-style-type: none"> • leichter Rückgang der Bevölkerungsentwicklung (Suburbanisierung) • Stadtbau und Sanierung • privates Kapital als Hauptakteur der Stadtentwicklung • entscheidende Mitwirkung der Bürgerinitiativen bzw. Bewohnerorganisationen an der Stadtentwicklungspolitik
Implementierte Modernisierung	Angeeignet/Anpassung	Neue Abhängigkeit durch Globalisierung
<ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftliche Abhängigkeit • fehlendes Selbstbewusstsein • Entwertung der eigenen Tradition 	<ul style="list-style-type: none"> • Kompensation durch rasantes Wachstum • neue Identität durch Wachstum und Technik • Suche nach eigener Kultur 	<ul style="list-style-type: none"> • verstärkte Abhängigkeit in der Globalisierungsphase • Handlungsnotwendigkeit in Bezug auf andere Kulturkreise • Bedeutungszuwachs der regionalen und lokalen Identität
Autoritäre Modernisierung	Demokratisierung	Deregulierung
<ul style="list-style-type: none"> • Bündnis zwischen Staat und Kapital • Zentralismus • fehlende Instrumente zum Bestandsschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Staat - Kapital - Gewerkschaften • Umsetzung der kommunalen Selbstverwaltung • Instrumentalisierung zur Bürgerbeteiligung 	<ul style="list-style-type: none"> • Durchkapitalisierung der städtischen Gesellschaft • lokale (private) Interessen vor den öffentlichen Interessen
Historische Besonderheiten	Moderne als neue Tradition	Moderne und Postmoderne
<ul style="list-style-type: none"> • materielle Not • Mangel der baulichen Zustände • negative Erfahrungen aus den historischen Ereignissen 	<ul style="list-style-type: none"> • aufgehoben durch Wirtschaftswachstum • aufgehoben => Dominant durch Neubau • überwunden durch Generationswechsel 	<ul style="list-style-type: none"> • Wachstum und Niedergang • Pflege/Instandsetzung der Neubauten oder Abriss/Neubau • Entwertung der koreanischen Moderne und Streben nach Tradition und Superlative

Die bisherige Untersuchung kommt zum Schluss, dass man die Bedeutung der Bestände (zum Begriff siehe unten) in der koreanischen Modernisierungsphase, besonders bei der räumlichen Planung, nicht erkannt hat. Wie Brecht einmal sagte, „erst kommt das Fressen, dann die Moral“ (Brecht 1928 in „Dreigroschenoper“), ist die radikale Stadtentwicklungspolitik in der Modernisierungsphase als notwendige Strategie für die materielle Versorgung zu betrachten, da die Gesellschaft unter der materiellen Not stark gelitten hat. Allerdings scheint angesichts der aktuellen Tendenz der Stadtentwicklung in Seoul die Radikalität der Planungskultur unverändert geblieben zu sein, wie oben Kapitel 5.1 dargestellt hat. Das ist der Grund, warum die Bestandsentwicklung gerade jetzt im 21. Jahrhundert in Seoul notwendig ist.

Wie die Abbildung 5.1 zeigt, ist die Bestandsentwicklung Antwort auf die bisherige radikale Stadtentwicklung und zugleich ein alternatives Planungskonzept im gegenwärtigen Prozess der Transformation in die postmoderne Gesellschaft.

Die Ausgangsposition zur Stadtentwicklung in der vorliegenden Arbeit basiert auf einem Bestandsentwicklungskonzept von KONTER (Konter 1991b). Von dieser Position der Stadtentwicklung und Planungskultur ausgehend, werden die Notwendigkeiten des Bestandsentwicklungskonzepts eingeleitet. Demnach liegt der Grundsatz der Bestandsentwicklung in der Sicherung und Weiterentwicklung der vorhandenen Lebensbedingungen bzw. -zusammenhänge des Menschen im Lebensraum Stadt. Der historisch entstandene sozial-räumliche und baulich-räumliche Bestand darf ohne Not nicht zerstört werden. Das heißt, die Stadtentwicklung soll nicht um jeden Preis stattfinden. Planungsziele und Handlungen müssen durch eine zusammenfassende Betrachtung und wechselseitige Abstimmung räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsaspekte zugunsten des Notwendigen und/oder des möglichen Wandelbaren bzw. Entwickelbaren des Bestandes eingesetzt werden (ebd., S. 113 ff.). „Der Begriff Bestand umfaßt in der Regel ganz allgemein die Gesamtheit aller materiellen wie immateriellen, räumlichen wie nicht räumlichen Lebensbedingungen, -verhältnisse und -zusammenhänge von Menschen in ihren jeweiligen historisch wie alltagsspezifisch unterschiedlichen raumzeitlichen Bezugssystemen“ (ebd., S. 113).

Es geht also nicht um strikte Erhaltung der älteren bzw. der vorhandenen Strukturen und auch nicht um unüberlegtes Wachstum und Fortschritt ohne Rücksicht auf die vorhandene Substanz. Vielmehr geht es um eine Koexistenz zwischen Neu und Alt, Fortschritt und Tradition sowie Wachstum und Grenzen in der Stadtentwicklung. „Die Dialektik von Progression und Konservation birgt zwangsläufig ein breites

Spektrum von grundsätzlich nicht auflösbaren immanenten wie offen konfliktualen Widersprüchen in sich, die nur über offene, demokratische Formen politischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in ihrer Wirkung gemildert werden können. Dazu bedarf es einer anderen politischen und Planungskultur als bisher" (ebd., S. 115).

Die Bestandsentwicklung steht in einem engen Zusammenhang mit dem komplexen Gefüge der baulich-räumlichen, sozial-räumlichen und auch soziokulturellen Bestände, deshalb ist sie kontroverser und konfliktreicher als die bisherige einseitige Stadtentwicklung. So ist die Bestandsentwicklung mit den zahlreichen und vielfältigen Problem- und Konfliktfeldern eng verbunden. Dabei setzt die bestandsorientierte Stadtentwicklung eine demokratische Planungskultur voraus. Eine Definition von „Demokratie“ fällt bei unterschiedlichen AutorInnen, (Werte-) Systemen, politischen Aspekten und historisch-spezifischen Gesellschaftsentwicklungen verschieden aus. Hier geht es aber nicht um eine theoretische Auseinandersetzung über „Demokratie“ oder „Gerechtigkeit“, sondern darum, wie die Planungsverfahren durchgeführt wurden. Demnach wird die Planung als demokratisch verstanden, wenn sie „in Verfahren und Inhalt zu einer Umverteilung von Macht, Einflusschancen und Handlungsmöglichkeiten zugunsten schwächerer gesellschaftlicher Gruppen beiträgt und in Verfahren und Inhalt die Gleichberechtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Wertsysteme und Lebensformen anerkennt und fördert“ (Lanz 1996, S. 17).

Bestandsentwicklung als neues räumlichen Entwicklungskonzept und demokratische Planungskultur als Handlungsstrategie ist die notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Stadtentwicklung und die Herstellung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit. Die städtebauliche, sozial-räumliche und soziokulturelle Vielfalt wird durch die Koexistenz von verschiedenen sozial-räumlichen und baulich-räumlichen Strukturen erst möglich.

5.3 Offene Fragen und weiterer Forschungsbedarf

„... das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft [...] Eine Nation soll und kann von der anderen lernen ...“ (Marx, MEW 23: 12-15, zitiert in Altvater/Mahnkopf 1999, S. 124). So gesehen war die Modernisierung eine Frage der Zeit. Tatsächlich schien es, als ob das westliche Modernisierungsprojekt auf dem gesamten Erdball im 20. Jahrhundert durchgesetzt wurde. Allerdings haben nicht alle Länder dieses Modernisierungsprojekt als gesellschaftlichen Transformationsprozess zur industriellen Gesellschaft de facto durchgesetzt. Ohne Zweifel hat Südkorea in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dieses westliche Modell implementiert und innerhalb von 30 Jahren den gesamten Prozess nachgeholt. Die fremden Institutionen der Modernisierung, vor allem Industrialisierung und Kapitalismus, entwickelten sich im Zuge des Durchführungsprozesses in Südkorea zu einer eigenen spezifischen Form (Kap. 2.4.1).

Die Zeit der Entwicklung ist nicht umkehrbar und der Ort, wo die Entwicklung stattfindet, ist einzigartig, konkret und unübertragbar (Altvater/Mahnkopf 1999, S. 124). Im Gegensatz zu Raum und Zeit ist es nicht zu leugnen, dass man Erfahrungen und Modelle in spätere Zeiten bzw. andere Räume übernehmen bzw. übertragen kann. Denn der Austausch von Informationen und die Übertragung fremder Modelle aus anderen Kulturkreisen bzw. Gesellschaften waren und sind die unabdingbare Voraussetzung der gesellschaftlichen Entwicklung. Der Globalisierungsprozess seit Ende der 80er Jahren hat neue Dimensionen erreicht, die sich über die bisherige territoriale und gesellschaftliche Grenze hinweg bewegen. Dabei steigen die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der internationalen bzw. interkulturellen Verflechtungen erheblich. Allerdings sollten die Modelle aus anderen Ländern bzw. Gesellschaften nicht um jeden Preis übertragen werden. Bei der Anwendung der Modelle aus fremden Kulturen sollten deren Zweckmäßigkeit, die Stimmigkeit der Rahmenbedingungen zwischen den Betroffenen sowie Verträglichkeiten des Modells berücksichtigt werden.

In der vorliegenden Arbeit ging es in erster Linie um die Notwendigkeit von den Planungsmodellen „Bestandsentwicklung“ und „demokratische Planungskultur“, was in den deutschen Städten, besonders in Berlin, durch sog. „behutsame Stadterneuerung“ im Rahmen der internationalen Bauausstellung seit den 80er Jahren praktiziert wurde. Die Bestandsentwicklung ist nicht allein deshalb vorzuschlagen,

weil dieses Modell in diesem entwickelteren Land erfolgreich durchgeführt wurde, sondern deshalb, weil die gesellschaftlichen und räumlichen Rahmenbedingungen in Seoul mit den damaligen Bedingungen von West-Berlin durchaus übereinstimmen, wie z.B. Kahlschlagsanierung der Altbaubestände, Unwirtlichkeit der Großsiedlungen in den 70er Jahren, Kritik an Wachstum, „kritische Rekonstruktion“ als neues städtebauliches Leitbild, zunehmendes Umweltbewusstsein etc. (vgl. Bodenschatz 1991, Häußermann 1993, Mitscherlich 1965).

Angesichts der bisherigen Untersuchung und den gegenwärtigen veränderten Rahmenbedingungen Seouls ist die Übertragung des Grundsatzes von Bestandsentwicklung relevant und auch notwendig. Hier geht es aber nicht um die einfache Übertragung des gesamten Modells auf Seoul, sondern eher um die „Anerkennung der produktiven Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ... in der modernen Stadt“ beim Planungsprozess im 21. Jahrhundert (Konter 1989, S.19). Demgegenüber wird die Frage nach den konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Bestandsentwicklung sowie die Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten der demokratischen Planungskultur in der koreanischen Gesellschaft für den weiteren Forschungsbedarf vor Ort offen bleiben, denn die Planung ist nach den raumzeitlichen Bedingungen im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Anforderungen und Eigenschaften unterschiedlich zu gestalten.

Literaturverzeichnis

Deutsch

- Altwater, E. /Mahnkopf, B. 1997: Grenzen der Globalisierung - Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster
- Bathelt, H./Glückler, J. 2002: Wirtschaftsgeographie - Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive, Stuttgart.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.
- Beck, U. 1994: Risiko Stadt - Architektur in der reflexiven Moderne. In: Schwarz, U. (Hrsg.): Risiko Stadt?, 1994 Hamburg
- Bell, D. 1988: Die nachindustrielle Gesellschaft. In Welsch, W. (Hrsg.) 1988: Wege aus der Moderne, Weinheim, 144-152
- Bell, D. 1990: Zur Auflösung der Widersprüche von Modernität und Modernismus: Das Beispiel Amerikas. In Meier, H. (Hrsg.) 1990: Zur Diagnose der Moderne, München, 21-68
- Bodenschatz, H. 1989: Plädoyer für eine Bestandsentwicklungspolitik. In AG Stadterneuerung (Hrsg.) 1989: Stadterneuerung in Berlin-West Perspektiven einer Bestandsentwicklungspolitik, Berlin, 32-40
- Bodenschatz, H. 1991: Zur Stadtbaugeschichte Berlins. In Bodenschatz, H./Sewing, W. 1991: Stadtbaugeschichte Berlins aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, Berlin, 4-25
- Bremm, H.-J. 1993: Ökonomie, Politik und Raumplanung in alten Industrieregionen. Eine Untersuchung des Strukturwandels in den Regionen Pittsburg und Dortmund, Dortmund (Diss.)
- Choi, Sung.-Duk. 1996: Strategien zur Bewältigung von Suburbanisierungsprozessen im Raum Seoul - Erfahrungen aus Fallstudien London und Berlin, Berlin (Diss.)

- Dangschat, J. S./Dietrich, B. 1999: Regulation, Nach-Fordismus und "global cities" - Ursachen der Armut. In Dangschat, J. S. 1999: Modernisierte Stadt Gespaltene Gesellschaft - Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung, Opladen, S. 73-112
- Danielzyk, R./Oßenbrügge, J. 1993: Perspektiven geographischer Regionalforschung. "Locality Studies" und regulationstheoretische Ansätze. In Geographische Rundschau, Nr. 45 H.4, S. 210-216
- Danielzyk, R. 1998: Zur Neuorientierung der Regionalforschung, Oldenburg
- Dege, E. 2000: Seoul - von der Metropole zur Metropolregion. In Geographische Rundschau, Nr. 52 H. 7-8, S. 4-10
- Duncan, S./Goodwin, M. 1985: Der Lokale Staat und die Umstrukturierung gesellschaftlicher Beziehungen: Theorie und Praxis. In Krämer, J. /Neef, R. (Hrsg.) Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus
- Engelhard, K. 1996: Südkoreas Aufstieg vom Entwicklungs- zum Industrieland. In Geographische Rundschau, Nr. 48 H. 12, S. 696 - 701
- Esser, J./Hirsch, J. 1987: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie - Von der Fordismuskrise zur "postfordistischen" Regional- und Stadtstruktur. In Prigge, W. (Hrsg.) 1987: Die Materialität des Städtischen - Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel/Boston
- Friedrichs, J. 1981: Stadtanalyse - Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Opladen
- Friedrichs, J. 1985 (Hrsg.): Stadtentwicklungen in West- und Osteuropa, Berlin/New York
- Friedrichs, J. 1995: Stadtsoziologie, Opladen
- Frieling, H.-D. 1986: Die Logik der Stadtentwicklung im weltweiten Kapitalmarkt. Ein Thesenpapier. In Frieling, H.-D./Strassel, Jürgen (Hrsg.) 1986: Stadtentwicklung, Weltmarkt, Nationales Wirtschaftswachstum, Oldenburg
- Gaebe, W. 1987: Verdichtungsräume - Strukturen und Prozesse in weltweiten Vergleich, Stuttgart
- Gerlach, P./Apolinarski, I. 1997: Identitätsbildung und Stadtentwicklung, Frankfurt
- Giddens, A. 1997: Konsequenz der Moderne, Frankfurt a. M.

- Habermas, J. 1988: Moderne und postmoderne Architektur. In Welsch, W. (Hrsg.) 1988: Wege aus der Moderne, Weinheim, 110-120
- Hamm, B. 1996: Struktur moderner Gesellschaften, Opladen
- Hanesch, W. (Hrsg.) 1997: Überlebt die soziale Stadt? - Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit -, Opladen
- Haus, W./Schmidt-Eichstaedt, G./Schärfer, R. 1986: Wie funktioniert das? - Städte, Kreise und Gemeinden, Mannheim/Wien/Zürich
- Häußermann, H. (Hrsg.) 1992: Stadt und Raum - Soziologische Analysen, Bamberg
- Häußermann, H. /Siebel, W. (Hrsg.) 1993: Festivalisierung der Stadtpolitik - Stadtentwicklung durch große Projekte, Opladen
- Häußermann, H. /Siebel, W. 1987: Neue Urbanität, Frankfurt a. M.
- Heinelt, H. /Wollmann, H. (Hrsg.) 1991: Brennpunkt Stadt - Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel/Boston/Berlin
- Heinz, W. 1990: Stadtentwicklung und Strukturwandel, Stuttgart
- Helbrecht, I. 1994: Stadtmarketing - Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik, Basel/Boston/Berlin
- Hettlage, R. 2000: Identitäten im Umbruch. In Hettlage, R. /Vogt, L. (Hrsg.) 2000: Identitäten in der modernen Welt, S. 9-51
- Hirsch, J. 1980: Der Sicherheitsstaat - Das Modell Deutschland seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen Frankfurt a. M.
- Hirsch, J. /Roth, R. 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus- Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg
- Ipsen, D. 1997: Was trägt der Raum zur Entwicklung der Identität bei, und wie wirkt sich diese auf die Entwicklung des Raumes aus?. In (IRS) 1997: Raum und Identität - Potentiale und Konflikte in der Stadt - und Regionalplanung, Erkner, S. 15 - 28
- Kang, In-Won 1997: Endogene Regionalentwicklung in Südkorea - Fallstudie Provinz Chungbuk, Dortmund
- Keller, D./Koch, M./Selle, K. (Hrsg.) 1993: Planungskultur in Europa - Erkundungen in Deutschland, Frankreich, Italien und in der Schweiz

- Keim, K. D. 1989: Selbst-produktive Gesellschaft, Stadtentwicklung und Grüne Politik. In Keim, K. D. (Hrsg.) 1989: Arbeit an der Stadt, Bielefeld
- Konter, E. 1989: Plädoyer für eine Bestandsentwicklungspolitik. In AG Stadterneuerung (Hrsg.) 1989: Stadterneuerung in Berlin-West - Perspektiven einer Bestandsentwicklungspolitik, Berlin, S. 9-23
- Konter, E. 1991a: Gutachten zur Stadtentwicklung und Stadtentwicklungspolitik in Neunkirchen/Saar, ISR Studienprojekte Nr. 22, Berlin
- Konter, E. 1991b: Bestandsentwicklung. In: Jahrbuch Stadterneuerung 1990/91
- Konter, E. 1992: Bestandsentwicklung II. In: Jahrbuch Stadterneuerung 1991/92
- Konter, E. 1997: Lebensraum Stadt - Stadt Regulation - Grundlegung einer Planungstheorie und -soziologie -, Berlin
- Krätke, S. 1991: Strukturwandel der Städte - Städtesystem und Grundstücksmarkt in der post-fordistischen Ära, Frankfurt a. M./New York
- Krätke, S. 1996: Regulationstheoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 40, 1996, 7-19
- Kühn, M./Moss, T. (Hrsg.) 1998: Planungskultur und Nachhaltigkeit - Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung, Berlin
- Kunze, R. 1991: Stadterneuerung als Teilstrategie der Stadtentwicklung. In: Jahrbuch Stadterneuerung 1990/91
- Lalli, M. 1989: Stadtbezogene Identität - theoretische Präzisierung und empirische Operationalisierung, TH Darmstadt
- Lanz, S. 1996: Demokratische Stadtplanung in der Postmoderne, Oldenburg (Diss.)
- Läpple, D. 1987: Zur Diskussion über "Lange Wellen", "Raumzyklen" und gesellschaftliche Restrukturierung . In Prigge, W (Hrsg.) 1987: Die Materialität des Städtischen - Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel/Boston, S. 59-71
- Läpple, D. 1991: Gesellschaftszentriertes Raumkonzept - Zur Überwindung von physikalisch-mathematischen Raumauffassungen in der Gesellschaftsanalyse. In Wentz, M. (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt a. M./New York, S. 129-136

- Leborgne, D./Lipietz, A. 1990: Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen. In Borst, R. u.a. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befund aus internationalen Debatte, Basel/Boston/Berlin, 109-129
- Leborgne, D./Lipietz, A. 1994: Nach dem Fordismus - Falsche Vorstellungen und offene Fragen. In Noller, P. u.a. (Hrsg.): Stadt-Welt, Frankfurt a. M./New York
- Lee, Sangjun 1995: Städtischer Strukturwandel und Stadtentwicklungspolitik in Korea und Deutschland, Berlin (Diss.)
- Lee, Tae-Goo 1998: Sanierungspolitik und Sanierungsmaßnahmen und Berlin (Ost) nach der Wiedervereinigung und in Seoul - vergleichende Bewertung, Berlin (Diss.)
- Lipietz, A. 1991a: Zur Zukunft der städtischen Ökologie - Ein regulationstheoretischer Beitrag. In Wentz, M. (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt a. M./New York, S. 129-136
- Lipietz, A. 1991b: Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts. In Leviathan 19, 1991, S. 78-101
- Luhmann, N. 1971: Politische Planung, Opladen
- Luhmann, N. 1994: Gesellschaft. In Fuchs, W. u.a. (Hrsg.) 1994: Lexikon zur Soziologie, Opladen
- Mayer, M. 1996: Postfordistische Stadtpolitik - Neue Regulationsweisen in der lokalen Politik und Planung, In Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 40 1996, S. 20-27
- Mitscherlich, A. 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a.M.
- Oßenbrügge, J. 1992: Der Regulationsansatz in der deutschsprachigen Stadtforschung. Anmerkungen zu Neuerscheinungen. In: GZ 80, 1992, S. 121-127
- Oßenbrügge, J. 1996: Einführung - Regulationstheorie und Geographie. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 40, 1996, 2-5
- Prigge, W. (Hrsg.) 1987: Die Materialität des Städtischen - Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch, Basel/Boston
- Sassen, S. 1996: Metropolen des Weltmarkts - Die neue Rolle der Global Cities, Frankfurt/New York

- Schlusche, G. 1997: Die Internationale Bauausstellung Berlin - Eine Bilanz, Berlin (Diss.)
- Schneider, H. 1997: Stadtentwicklung als politischer Prozeß, Opladen
- Schubert, D. 1997: Stadterneuerung in London und Hamburg - Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung, Göttingen
- Schwert, D. 1998: Strategien der Stadterneuerung für eine soziale Stadt. In Fritz-Schumacher-Kolloquium e.V. (Hrsg.) 1998: Stadterhaltung - Stadtumbau - Stadterneuerung - Strategien zur Steuerung des städtischen Wandels, Hamburg. S. 16-40
- Selle, K. 1991: Planung im Wandel - Vermittlungsaufgaben und kooperative Problemlösungen. In DISP Nr. 106, S. 34-43
- Selle, K. 1997: Planung und Kommunikation - Anmerkungen zur Renaissance alten Themas. In DISP Nr. 129, S. 40-47
- Voigt, M. 1997: System und Umwelt - Raum und Identität in der Systemtheorie. In Thabe, S. (Hrsg.) 1999: Raum und Identität - Identität der Räume, S.122-134
- Weck, S. 1995: Neue Kooperationsformen in Stadtregionen - Eine regulationstheoretische Einordnung - Das Beispiel München, Dortmund

Koreanisch

- Cho, Myung-Rae 1999: Postfordismus und Krise der modernen Gesellschaft, Seoul
- Cho, Sun-Cheol 1994: Räumliche Folge der produktionsorientierten Dienstleistung in Seoul, Seoul (Diss.)
- Choi, Jin-Ho 1998: Regionale Disparität und Regionalisierung. In An, Gae-Chun 1998 (Hrsg.): 50 Years of Sociology and Social Change in Korea, Seoul, 231-254
- Choi, Kun-Hee 1997: Stadtentwicklungspolitik und räumliche Struktur in Seoul, Seoul
- Choi, Mak-Jung 1995: The Seoul Office Market: Characteristics, Trend, and Prospect. In The Journal of Korea Planners Association, Vol. 30, No.6, Dec., 1995, 143-159
- Environment & Landscape Architecture of Korea (ELA), No. 167, March 2002

- Hwang, Hong-Sub 1999: Stadterneuerung. In Institute für Urbangeographie in Korea 1999: Städte in Korea, Seoul, S. 391-415
- Institut für koreanische Stadt (IKS) 1995: Statistik in der Hauptstadtregion, Seoul
- Jang, Se-Hoon 1998: Urbanisierung, Staat und städtische Armut. In Kim, Hyung-Gook/Ha, Sung-Kyu 1998: Sanierung der illegalen Wohngebiete, Seoul, 231-303
- Jin, Jong-Heon 1993: Veränderung des regionalen Arbeitsmarkts und Beschäftigungsverhältnisses. In Institute für Raum und Umwelt 1993: Seoul-Analyse, Seoul, S. 151-181
- Jung, Jin-Sung 1995: Bevölkerungsentwicklung und Urbanisierung in Korea. In Shin, Yong-Ha (Hrsg.): Sozialgesichte in Korea, Seoul, S. 361-386
- Jung, Jun-Ho/Song, Woo-Kyoung 1993: Entwicklung der produktionsorientierten Dienstleistung und Veränderung der Unternehmensstruktur. In Institute für Raum und Umwelt 1993: Seoul-Analyse, Seoul, 129-151
- Jung, Kang-Yong 1998: Soziologische Untersuchung des Konsumtionssubjekts in der Massenkonsumtionsgesellschaft, Seoul (Dipl.)
- Jung, Sook-Kyung 1998: Untersuchung der postmodernen Konsumtionskultur, Seoul (Diss.)
- Kang, Hyun-Soo 1993: Strukturwandel des koreanischen Kapitalismus und Restrukturierung der Industrie in Seoul. In Institute für Raum und Umwelt 1993: Seoul-Analyse, Seoul, S. 57-88
- Kim, Duk-Hyun 1992: Wirtschaftsentwicklung und Entwicklung der räumlichen Struktur in Korea, Seoul (Diss.)
- Kim, Ho-Gi 1999: Modernity and Social Change in Korea, Seoul
- Kim, Hyung-Ki 1988: Monopolistisches Kapital und Lohnarbeit
- Kim, In-Geoul 1998: Geschichte der koreanische Moderne 1945-1990, Seoul
- Kim, Su-Hyun 1996: Eigenschaft und Entwicklungsprozess der sozialen Wohnungspolitik in Korea, Seoul (Diss.)
- Kim, Su-Hyun 1998: Soziale Wohnungspolitik und Erneuerungsmaßnahme. In Kim, Hyung-Gook/Ha, Sung-Kyu 1998: Sanierung der illegalen Wohngebiete, Seoul, 519-543
- Kim, Su-Seok 1998: Untersuchung der Entwicklung des Bürostandorts in Seoul, Seoul (Dipl.)

- Kim, Yong-Chan 1993: Bodenfrage in Seoul. In Institute für Raum und Umwelt 1993: Seoul-Analyse, Seoul, S. 297-330
- Kim, Young-Hwan 1997: Wohnumfeldverbesserung in den sanierten Gebieten, Seoul (Diss.)
- Kwon, Ihl 1995: Changing Mechanism of Land Use and Land Development Process in a newly Developed Urban Area - in the case of Kangnam, Seoul (Diss.)
- Korea Research Institute for Human Settlements (KRIHS) 1996: Land 50 Jahre - Rückblick und Perspektive auf dem 21. Jahrhundert, Seoul
- Lee, Jae-Un 1998: Aufgabe der staatlichen Finanz seit 1980. In Kim, Ki-Tae (Hrsg.): Ökonomie in Korea 1998, Seoul, S. 205-251
- Lee, Jung-Ok 1995: Industrialisierungspolitik in der Kolonialzeit in Korea. In Shin, Yong-Ha (Hrsg.): Sozialgesichte in Korea, Seoul, S. 333-360
- Lee, Ki-Seouk 1998: Räumliche Struktur der modernen Stadt in Korea. In Koreanische Institute für Stadt: Koreanische Städte, Seoul, S. 83-106
- Lee, Un-Kyung 1999: Wandel der räumlichen und industriellen Strukturen in der postindustriellen Gesellschaft, Seoul (Dipl.)
- Lee, Won-Bok 1999: Eigenschaft der koreanischen Urbanisierung und Untersuchung der Stadt- und Landesentwicklungsstrategie, Seoul (Dipl.)
- Lim, Hui-Cheol 1998: Strukturwandel und charakteristische Merkmale. In Kim, Ki-Tae (Hrsg.): Ökonomie in Korea 1998, Seoul, S. 68-91
- Ministry of Finance and Economy, Korea, verschiedene Jahrgänge
- Moon, Mi-Sung 1993: Prozess der regionalspezifischen Umstrukturierung des verarbeitenden Gewerbes. In Institute für Raum und Umwelt 1993: Seoul-Analyse, Seoul, S.89-128
- Nam, Ki-Bum 1997: Umstrukturierung der Wirtschaftsstruktur und Standortpolitik der Industrie. In Land 9, 1997, S. 41-51, Seoul
- Park, Seon-Mi 1991: Eigenschaften der innerstädtischen Erneuerung und deren räumliche Folge in Seoul, Seoul (Dipl.)
- Park, Tae-Hwa 1999: Stadtentwicklung. In Institute für Urbangeographie in Korea 1999: Städte in Korea, Seoul, S. 372-390
- Seoul Development Institute (SDI) 1993: Changing Structure of Manufacturing Industry in Seoul and its Policy Implication, Seoul

- Seoul Development Institute (SDI) 1994a: Policies for Restructuring and Enhancing Industries in Seoul, Seoul
- Seoul Development Institute (SDI) 1994b: Localization of Housing Policy for Seoul, Seoul
- Seoul Development Institute (SDI) 1994c: Entwicklungskonzept für das 21. Jahrhundert - Sektorales Entwicklungskonzept, Seoul
- Seoul Development Institute (SDI) 1996: A Policy Study on the Development of Business Services Industry in Seoul, Seoul
- Seoul Development Institute (SDI) 2001a: Seoul, Twentieth Century – A Photographical History of the last 100 Years, Seoul
- Seoul Development Institute (SDI) 2001b: Seoul, Twentieth Century – Civic Life & Culture of the last 100 Years, Seoul
- Seoul Development Institute (SDI) 2001c: Struktur der sozialen Schichtung in Seoul und Sozialpolitik, Seoul
- Seoul Metropolitan Government (SMG) 1990: Städtebauliche Untersuchung des Zentrenbaus, Seoul
- Seoul Metropolitan Government (SMG) 1991: Chronik der Stadtplanung, Seoul
- Seoul Metropolitan Government (SMG) 1997a: City Masterplan 2011, Seoul
- Seoul Metropolitan Government (SMG) 1997b: Urban Planning of Seoul 1394-2011, Seoul
- Seoul Metropolitan Government (SMG) 2000: Seoul Architecture and Urbanism, Seoul
- Seoul Metropolitan Government (SMG) 2001: Maßnahme zur Differenzierung des allgemeinen Wohngebiets, Seoul
- Seoul Statistical Yearbook von verschiedenen Jahrgängen
- Son, Jung-Mok 1995: Seoul 600 Jahre Geschichte. In Seoul-Analyse 4, S. 37-58, 1995, Seoul
- Son, Jung-Mok 1996: Seoul, Radikale Entwicklung in den letzten 50 Jahren. In Seoul LandInfo 1996 Vol. 5. S. 100-110, Seoul
- Son, Jung-Mok 1998a: Zentrenbau (I). In Land 1998, Vol. 1, S. 130-146, Seoul
- Son, Jung-Mok 1998b: Zentrenbau (IV). In Land 1998, Vol. 4, S. 94-109, Seoul

- Son, Jung-Mok 2000: 5-Mio.-Wohnungsbauprogramm und Entwicklung der neuen Siedlung Mok-Dong. In LandInfo 2000, Vol. 4, S. 116-127, Seoul
- Yoon, Hae-Jung 1996: Typologie für Wohnumfeldverbesserung, Seoul (Diss.)
- Yoon, Hyuk-Kyung 2001: Stadt ▪ Architektur - Seoul + Architektur ▪ Stadt ▪ Wohnung ▪ B-Plan, Seoul
- Yoon, In-Jin 1998: Merkmale der Segregation nach der sozialen Klassen. In Seoul-Analyse 10, S. 228-270, 1998